

Lokale Beschäftigungs Initiativen

Konzepte · Praxis · Probleme

Herausgegeben von
Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Lokale Beschäftigungsinitiativen: Konzepte,
Praxis und Probleme/Udo Bullmann**
... (Hrsg.). (Verf. Jörg Bourgett ...). —
Marburg: SP-Verlag Schüren, 1986
ISBN 3-924800-36-7

NE: Bullmann, Udo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31, 3500 Marburg
1. Auflage, Marburg 1986
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1986
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Roswitha Oswald u. Reinhard Stang, NPP, Neustadt
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda
Printed in Germany
ISBN 3-924800-36-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
 I. Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik	
<i>Udo Bullmann</i> Neokonservative Modernisierung und lokale Alternativen	10
<i>Johann Welsch</i> Gewerkschaftliche Programme und dezentrale Alternativen in der Beschäftigungs- und Technologiepolitik	27
<i>Mike Cooley</i> Politik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität. Der strategische Gesamtansatz in London	47
 II. Lokale Beschäftigungsinitiativen	
<i>Bernhard Pollmeyer</i> Gewerkschaftliche Konzeptionen für eine aktive Beschäftigungspolitik am Beispiel Dortmund	74
<i>Gerd Lobodda / Heinz Pfäfflin</i> Gewerkschaftliche Regionalpolitik im Raum Nürnberg	92
<i>György Széll / Wilhelm Meemken</i> Arbeit und Wissenschaft e.V. - Arbeitnehmerorientierte Regionalförderung in Osnabrück	106
<i>Jörg Bourgett / Heiner Brülle</i> Auf dem Weg zu einer punktgesteuerten kommunalen Beschäftigungspolitik. Das Beispiel Wiesbaden	117
<i>Gerhard Grandke</i> Beschäftigungspolitische Initiativen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen in Offenbach	138
<i>Hans Nauber</i> Arbeitsbeschaffungsprogramme und Qualifizierungsprojekte am Beispiel Hamburg	150
<i>Jürgen Sosna / Günther Dey</i> Netzwerk - Selbsthilfe. Fünf Jahre praktische Alternativen in Bremen	169

III. Umstellung von Technologien und Produkten

Edgar Einemann

Lokale Energieversorgung als politischer Prozeß:

Die Bremer Kontroverse 182

Matthias Kollatz / Joachim Wuttke

Neue Wege in der Abfallwirtschaft 195

Peter Wilke

Alternativen zur Rüstungsproduktion:

Betriebliche und regionale Ansätze 207

IV. Dezentrale Politik:

Begründungen und Begrenzungen

Dieter Eißel

Antithesen zum bürokratischen Kapitalismus 224

Hans-Ulrich Klose / Michael Müller

Selbstbestimmt arbeiten — freier leben.

Die Wiedergeburt der Genossenschaftsidee als
alternativ-ökonomischer Ansatz 243

Edgar Einemann

Anmerkungen zur begrenzten Reichweite
lokaler Alternativen

258

Die Autoren

263

Vorwort der Herausgeber

Die Situation in den westlichen Industrienationen ist seit mehr als 10 Jahren durch eine anhaltende Beschäftigungskrise gekennzeichnet. Die auf der zentralstaatlichen Ebene dominierende konservative Austeritäts- und Modernisierungspolitik trägt zur Verschärfung der Lage der Arbeitslosen, der Sozialleistungsempfänger und der unteren Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten bei. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen der Krise werden dort besonders deutlich, wo die Lebenswelt der Hauptopfer ist; die Probleme sind keine der Statistik und der Wettermeldungen aus der Bundesanstalt für Arbeit (»jahreszeitlich bedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit«), sondern solche der konkreten Existenzbedingungen und sozialen Beziehungen in den untersten politischen Einheiten, in den Kommunen. Die Zuspitzung der Schwierigkeiten in vielen Städten und Gemeinden provoziert eine Situation, in der einem wachsenden kommunalen Handlungsbedarf eine abnehmende dezentrale Handlungsfähigkeit gegenübersteht und eine neue Diskussion darüber erforderlich ist, wie die verbleibenden politischen Spielräume optimal genutzt werden können.

Bei unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Detail ist die bundesrepublikanische Debatte um lokale Alternativen zum herrschenden Trend dabei stark beeinflusst durch das Beispiel britischer Städte, insbesondere der Stadtregierung von Groß-London und ihrer Auseinandersetzung mit dem Thatcher-Kurs. Gewerkschaften und alternative Gruppierungen, Sozialdemokraten und Grüne haben in den letzten Jahren ihre Bemühungen verstärkt, auch hierzulande die Chancen kommunalpolitischer Strategien zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation auszuloten und erste Schritte gegen die zentralstaatliche Spaltungs- und Ausgrenzungspolitik einzuleiten. Politische Erfahrungen mit unzureichenden Modernisierungs- und Abfederungsstrategien und der Druck sozialer Bewegungen bilden mittlerweile den Rahmen für eine Vielzahl von neuen stadtpolitischen und betriebsbezogenen Ansätzen (vgl. Kapitel I: Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik).

Mit diesem Buch wollen wir einen Ausschnitt nicht nur der Diskussion, sondern auch erste Praxiserfahrungen aus unterschiedlichen Städten vorstellen. In einem zweiten Block kommen daher Ansätze zu Wort, die sich explizit als lokale Antworten auf die Massenarbeitslosigkeit verstehen (vgl. Kapitel II: Lokale Beschäftigungsinitiativen). Hier geht es sowohl um die Veränderung gewerkschaftlicher und staatlicher Strukturen (der Aufbau von

Know-How und von entsprechenden Verwaltungsstrukturen ist die Voraussetzung für sinnvolle Interventionen) als auch um Maßnahmen zur Schaffung von Beschäftigung und zur Qualifizierung von Erwerbslosen. Bei allen diesen Experimenten spielen qualitative gesellschaftliche Entwicklungsziele eine große Rolle: welche sozial und ökologisch sinnvollen Arbeiten sollen ausgeweitet, welche Felder der kommunalen Ver- und Entsorgung in Angriff genommen werden?

Ein dritter Block von Beiträgen lenkt den Blick auf eine Reihe von Feldern der dezentralen Reformpolitik, auf denen eine Mobilisierung von Betroffenen und kommunalen Ressourcen zur Verbesserung der Lebensqualität möglich ist; hier gehen Zukunftsvorstellungen in die konkrete Gestaltung von Technologien und Produkten ein, die einen anderen Fortschrittsbegriff andeuten: z.B. sanfte Energiepolitik statt Atomkraft, ökologische Abfallwirtschaft statt Müll- und Giftproduktion und sinnvolle Produkte statt Herstellung von Rüstungsgütern (vgl. Kapitel III: Umstellungen von Technologien und Produkten).

Der Band schließt mit Aufsätzen, die die Möglichkeiten dezentraler Politik noch einmal auf dem Hintergrund aktueller technologischer und ökonomischer Veränderungen aufgreifen und die Verbindung von zentralen und kommunalen Handlungsstrategien für die Perspektiven einer sozialistischen Reformpolitik thematisieren. Neben den Gestaltungsmöglichkeiten und dem exemplarischen Gehalt kommunaler Politik wird hier auch deren begrenzte Reichweite deutlich (vgl. Kapitel IV: Dezentrale Politik: Begründungen und Begrenzungen). Jeder lokale Anstoß für eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik, jedes gelungene kommunale Experiment muß sich notwendig an konservativen Vorgaben und Durchgriffen von übergeordneten Ebenen brechen. Linke Ansätze »von unten« verlangen damit dringend nach der Ergänzung durch eine soziale, demokratische und ökologische Politik auf nationalstaatlicher Ebene — sie können jedoch auch gerade ein Stück der Mobilisierung hierfür sein.

Bremen, im September 1986

Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann

I.

Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik

Udo Bullmann

Neokonservative Modernisierung und lokale Alternativen

1. Massenarbeitslosigkeit und Modernisierungspolitik — wohin steuern die Konservativen?

Auch nach inzwischen mehr als 10-jähriger Dauer ist ein Ende der Beschäftigungskrise in der Bundesrepublik keineswegs abzusehen. Modellrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gehen in der (»mittleren«) Entwicklungsvariante, die von den Autoren als die wahrscheinlichste angesehen wird, noch für das Jahr 2000 von ca. 3,2 Millionen Erwerbslosen (incl. »stiller Reserve«) aus (vgl. W. Klauder u.a. 1985). Wissenschaftler des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB halten diese Prognose in vielerlei Hinsicht noch für zu optimistisch und siedeln das zu erwartende Niveau von Arbeitslosigkeit weitaus höher an (C. Schäfer 1986). Wird regierungsamtlich noch die wirksame Bekämpfung des Problems propagiert, so haben sich neokonservative Zukunftsentwürfe offenbar längst auf seine Dauerhaftigkeit eingestellt. So hält etwa der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, einen deutlichen Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch privatwirtschaftliche Wachstumsförderung auf dem Hintergrund der fortschreitenden Einführung arbeitssparender Technologien für unrealistisch (Biedenkopf 1985, 281; vgl. auch Späth 1985, 220). Im Umgang mit diesem Befund zeigt sich seine »neue Sicht der Dinge« allerdings durchweg alter Dogmatik verhaftet. »Die gegenwärtige Beschäftigungskrise ist keine Krise des produktiven Kerns unserer Gesellschaft, das heißt der Wirtschaft im engeren Sinne« (ebd.). Zentrale politische Aufgabe ist es so auch nicht, die brachliegenden Ressourcen menschlicher Phantasie und Arbeitskraft für die Felder gesellschaftlichen Bedarfs zu mobilisieren und eine bewußtere Gestaltung von ökonomischen und technologischen Entwicklungen zu versuchen. Gefragt sind vielmehr besondere Leistungen »im Bereich der politischen Führung einer demokratischen Industriegesellschaft und der Führung der gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen« (Biedenkopf 1985, 45). Hier gilt es, eine Renaissance ordnungspolitischen Denkens einzuleiten, durch

die die Marktwirtschaft (»soziales Urphänomen«) von falschen Interventionen befreit und die Anpassung »überholter« und »verkrusteter« gesellschaftlicher Organisationsstrukturen (insbesondere des Arbeitsmarktes) an die veränderte Situation vollzogen werden kann.

»Neu« scheint an der aktuellen konservativen Debatte um Arbeitslosigkeit und gesellschaftlichen Wandel so auch weniger das empfohlene Instrumentarium als die relativ offene Ausformulierung der Zielperspektiven zu sein. »Neoklassische« Vorschläge wie die Deregulation arbeitsrechtlicher Beziehungen, die Entlastung der Unternehmen von den Kosten der sozialen Sicherung oder eine umfassende Privatisierung der Daseinsvorsorge im Zuge staatlicher Austeritätspolitik werden kaum noch als Maßnahmen zu einer ernsthaften Minderung der Erwerbslosigkeit präsentiert. Sie sind vielmehr konstitutive Bestandteile eines neokonservativen Modernisierungskonzepts¹, mit dem jenseits der Erwartung von Vollbeschäftigung und dauerhaft hohen Wachstumsraten ein nachhaltiger Umbau der Gesellschaft in sozialstruktureller, technologischer und politisch-ideologischer Hinsicht erwirkt werden soll.

Protagonisten des konservativen Lagers sehen sich gegenwärtig an der Schwelle zu einer neuen Zeit, mit der die »sozialdemokratische Epoche der Massen« zu Ende geht (Genscher 1985). Wird diese Phase mit »standardisierter Massenproduktion«, »Massenmedien, die zur gleichen Stunde die gleichen Programme an Millionen von Fernsehzuschauer senden« und einer vereinheitlichten Lebensweise »außengeleiteter Menschen« identifiziert, so soll die heute einsetzende »Ent-Massung« eine »individualisierte Produktion« ermöglichen, für den Aufbau einer »freien Kommunikationsgesellschaft« sorgen und mit einer »Bildungspolitik Schluß machen, die die Begabungsunterschiede unter den Menschen nicht wahr haben« will (ebd.). Hinter diesem propagandistisch aufbereiteten Entwurf einer individualisierten Zukunftsgesellschaft zeigt sich jedoch schnell der harte Kern des zugrundeliegenden Politikkonzepts. In den neokonservativen Modernisierungsstrategien der Späth, Biedenkopf und Genscher verbindet sich eine kapitalrationale Wirtschafts- und Technologieförderung mit dem Versuch, durch den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Schutzbestimmungen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der gegenwärtigen Umbruchphase auf lange Sicht zu verschieben.

Ökonomisch und technologisch zielt das konservative Modernisierungskonzept auf eine forcierte Entwicklung und Diffusion neuer Technologien. Mit neuen Hochtechnologieprodukten soll es bundesdeutschem Kapital gelingen, in der Auseinandersetzung mit den Weltmarktkonkurrenten erfolgreich zu bestehen und der Republik den Anschluß an die »dritte industrielle Revolution« (Esser/Hirsch 1984) zu sichern. Unter dem Schlagwort der »Informationsgesellschaft« geht es um ein Vordringen in Anlagefelder, die

der Kapitalverwertung bislang noch unzugänglich waren. Insbesondere die Ausbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechniken verspricht, alle Lebensbereiche der Rationalisierung und Kommerzialisierung zu erschließen. Im Unterschied zu rein marktradikalen Positionen sollen im »neuen technokratischen Konservatismus« (Saage 1985) die Handlungsmöglichkeiten aller staatlichen Ebenen für die ökonomische und technologische Durchmodernisierung gebündelt werden. Im Späth'schen Konzept einer »staatlichen Strukturpolitik an den Nahtstellen von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft« (Späth 1985, 104) zählt hierzu neben einer technologieorientierten staatlichen Wirtschafts- und Forschungsförderung etwa auch die Organisation eines insbesondere auf Klein- und Mittelbetriebe bezogenen Technologietransfers und der Versuch, die Fusion von Banken und Großbetrieben voranzutreiben. Die Planung und Entwicklung der neuen Technologien selbst obliegt dabei vornehmlich der Wirtschaft, aber auch dem Staat sowie den »kooperativen« Teilen der Wissenschaft. Sie vollzieht sich unter Ausschluß der Gewerkschaften und oppositionellen gesellschaftlichen Gruppierungen (vgl. Saage 1986, 47). Die Grenze staatlicher Einflußnahme ist jedoch auch eindeutig gezogen. Die Inhalte der von den neuen Technologien hergestellten Produkte, die Entscheidung über ihre gesellschaftliche Nützlichkeit bleibt dem Marktmechanismus überantwortet. Träger der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik ist hier in der auf Hightech-Förderung und Exportoffensiven gestützten Wirtschaftsphilosophie ein mythisch verklärter Unternehmertyp, der »Pionierwettbewerber« (vgl. SVR-Jahresgutachten 1984/85; kritisch Eißel 1986). »Denn welche Produkte zu produzieren, welche neuen Produktionsverfahren einzuführen sind, das können nur der Erfindergeist der Forscher und der Innovationswille der Unternehmer herausfinden, das kann nur der Markt entscheiden« (Gensch 1984, 8).

Während einem als autonom angesehenen technischen Fortschritt so ohne eine Politisierung der damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung der Weg bereitet werden soll, bleibt die Anpassung und Neuformierung gesellschaftlicher Beziehungen eine der wesentlichen politischen Gestaltungsaufgaben im neokonservativen Modernisierungskonzept. Über die seitherige Bonner Wendepolitik hinaus geht es hier einmal darum, den Staat vollends aus der Verantwortung für die Ergebnisse der Einkommensverteilung zu entlassen. Nur ein Ende der »Vollkaskopolitik« mit einer weitgehenden Übertragung der Aufgaben der sozialen Sicherung an die Privathaushalte kann die letztlich drohende »bevormundende Garantie der materiellen Sicherheit durch den allmächtigen Staat« verhindern helfen (Biedenkopf 1985, 385). Zum anderen soll eine umfassende Entregulierung des Arbeitsmarktes unternehmensgerecht flexibilisierte und sozial unterschiedlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse leichter möglich ma-

chen. Wird der Arbeitnehmer der Zukunft zwischen entlohnter und nicht-entlohnter, selbständiger und unselbständiger Arbeit häufiger wechseln und wird es hier zu ständig neuen Aufteilungen kommen, so dürfen ihm »Schutzgesetze« und »Schutzkoalitionen« dabei keine Fesseln anlegen. In der Flexibilisierung und »Reindividualisierung« der Arbeitsverhältnisse liegt vielmehr das »Versöhnungspotential« (Späth 1985, 218), das die menschliche Arbeitskraft in die Lage versetzt, sich einem (hier als sachgesetzlich und alternativlos verstandenen) technischen Fortschritt anzupassen. Die Konturen der angestrebten Arbeitsorganisation von morgen zeigen sich so bereits in der Schattenwirtschaft von heute (Biedenkopf 1985, 294). Insofern kann das »Beschäftigungsförderungsgesetz« von 1985 auch nur als ein »erster Schritt« in die richtige Richtung angesehen werden (Biedenkopf 1985, 305).

Verspricht so erst die Verknüpfung ungesteuerter privatwirtschaftlicher Modernisierung mit der Rücknahme tarifvertraglicher Errungenschaften und staatlicher Sozialtransfers die Überwindung der gesellschaftlichen »Anpassungskrise«, so kann das Ergebnis dieses politischen Konzepts allerdings kaum die angekündigte »Versöhnungsgesellschaft« (Späth 1985) sein. Entlang der neokonservativen Zukunftsperspektiven zeichnet sich vielmehr eine Vertiefung der mit der Krise angelegten Spaltungslinien zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, (noch) gesicherten Kernbelegschaften und in prekären Verhältnissen arbeitenden Menschen ab, die alle Lebensbereiche durchziehen muß.

Stellt der konservative Zukunftsentwurf mit der technologischen Modernisierung gleichzeitig »dezentralere Strukturen mit mehr Selbstverantwortung« und »erweiterten Zuständigkeiten« (Späth 1985, 207) gerade auch für die Arbeitsorganisation in Aussicht, so wird mit der breiteren Durchsetzung neuer Technologien für das Gros der Beschäftigten wohl keineswegs ein Ende von Dequalifizierung und Arbeitsteilung verbunden sein. Zwar werden die Möglichkeiten der räumlichen und zeitlichen Gestaltung des Arbeitsprozesses steigen, doch ist es der unternehmerischen Freiheit überlassen, inwieweit und in welcher Form Dezentralisierungspotentiale sowie auch vorhandene Spielräume für angereichertere und selbstverantwortlichere Arbeitsabläufe wahrgenommen werden. Wenn die fortschreitende mikroelektronische Reorganisation der Produktion bei einzelnen Beschäftigtengruppen zu »job-enrichment« und »-enlargement« führt (vgl. Kern/Schumann 1984), so ist deswegen noch nicht auf eine durchgängige Tendenz zu einer enthierarchisierten und an den Qualifikationen der Arbeitnehmer orientierten Arbeitsorganisation zu schließen (vgl. den Beitrag von D. Eißel in diesem Band). Mit flexibleren »Mensch-Maschinen-Kombinationen« in Verbindung mit der radikalen Individualisierung der Arbeitsverhältnisse ist vielmehr ein »Taylorismus auf höherer Stufe« (Hirsch 1985a, 328) möglich ge-

worden, der eine weitere Aufspaltung der Arbeitenden in relativ autonome und damit privilegierte Gruppen einerseits und dequalifizierte abhängige Massentarbeiter andererseits nach sich zieht. Weiter zu erwartende technologisch bedingte »Freisetzungen« (vgl. Memorandum '86, 102 ff) würden mit einem dauerhaften Überangebot billiger Arbeitskräfte gerade das Reservoir zur Besetzung unsicherer, hochgradig flexibilisierter und wohl auch nicht selten ausgelagerter Arbeitsplätze schaffen. Soziale Sicherheit wäre bei diesem politischen Konzept nach einer umfassenden Privatisierung der Daseinsvorsorge nur noch im »schrumpfenden produktivistischen Kern« der Gesellschaft erreichbar. Die wachsende Zahl Randständiger und Ausgegrenzter bliebe auf die Anhäufung mehrerer ungesicherter und schlecht entlohnter Tätigkeiten verwiesen und spätestens im Fall von Alter und Krankheit damit unzureichend versorgt. Um »Regierbarkeit« auch unabhängig von materiellen Gratifikationen sicherzustellen, drohte ihnen dafür ein umgebauter entsolidarisierter Sozialstaat mit einer Ausweitung seines Kontroll- und Sanktionsapparats. Neue Spaltungs- und Vereinzelungstendenzen würden ebenso in auseinanderfallenden Konsummustern und Lebensmöglichkeiten ihren Ausdruck finden. Neben banalisiertem Massenkonsum, der die Vielen noch im Konsumentenstatus hält, würde es sicherlich ausdifferenzierte Luxusgüterproduktion, edelsanierte Innenstadtbezirke und teure Naturreservate für Wenige geben. Die lückenlose Kommerzialisierung der freien Zeit durch Videos, Telespiele und pay-tv könnte durchaus etwa mit weiterhin vernachlässigten öffentlichen Versorgungseinrichtungen, unbefriedigenden Wohnverhältnissen und einer Verödung zwischenmenschlicher Beziehungen einhergehen (vgl. Hirsch 1985 b).

Das durch den neokonservativen Zukunftsentwurf gezeichnete Bild freier Individuen im »nachsozialdemokratischen Zeitalter« erweist sich so als eher trügerisch. Ergebnis der vorgeschlagenen Modernisierungsstrategien wäre nicht eine im Rahmen solidarischer sozialer Beziehungen zurückgewonnene Individualität, sondern eine nach ihren Möglichkeiten auf sinnvolles Leben und Arbeiten neu hierarchisierte Gesellschaft. In ihr würden sich mit der Verschärfung der sozialen Unterschiede auch die Erlebnisbereiche und Erfahrungen der Menschen voneinander abkoppeln und konservativer Politik damit eine wachsende soziale Basis verschaffen. Inwieweit sich die neokonservativen Zukunftsperspektiven letztlich verwirklichen werden, entscheidet sich auch an der Fähigkeit ihrer Gegner, das zugrundeliegende Fortschrittskonzept samt seiner gesellschaftlichen Auswirkungen zu politisieren. Hierbei wird es wesentlich darauf ankommen, ob Diskussions- und Handlungszusammenhänge zwischen den potentiellen Trägern eines oppositionellen Entwurfs existieren und ob mit nachvollziehbaren Praxisbeispielen für einen anderen Fortschrittsbegriff geworben werden kann. Gelingt aber im Rahmen der angelegten Spaltungspolitik etwa eine Zurückdrän-

gung der Gewerkschaften auf den Status von Branchenvertretungen gesicherter Beschäftigter, die geräuschlose Durchsetzung neuer Marginalisierungen und die Beschränkung alternativer Arbeits- und Lebensformen auf die ihnen zugewiesene Nischenposition, wäre das konservative Projekt ein erhebliches Stück vorangekommen.

2. Die Regionalisierung und Kommunalisierung des Konflikts

Zwar ist der Zentralstaat nach wie vor das entscheidende Konfliktfeld in der Auseinandersetzung um den neokonservativen Modernisierungstyp, doch haben die ökonomische Krise und die Politik der Bundesregierung im Umgang mit der Arbeitslosigkeit auch bisher schon zu einer Dezentralisierung der wirtschaftlichen und sozialen Folgeprobleme geführt. Die Auswirkungen des vorherrschenden Politikmodells werden gerade in den Regionen und Kommunen unübersehbar und transportieren damit auch die grundsätzliche Kontroverse um die Ausrichtung ökonomischer und technologischer Entwicklungsprozesse auf die unteren politischen Ebenen:

- Die unterschiedliche ökonomische Entwicklung der Teilräume des Bundesgebiets führt gegenwärtig zu einer neuen Hierarchisierung unter den Regionen (vgl. Gatzweiler, 1985). Während einzelne Standorte (etwa der Raum Stuttgart oder München) vornehmlich durch die Herstellerfirmen neuer Techniken noch Wachstumsvorteile erzielen können, bewirken Rationalisierungen und sektoraler Wandel Deindustrialisierungsprozesse insbesondere in den sogenannten altindustrialisierten Zonen (Häußermann/Siebel 1985). Diese Regionen sind damit neben den ländlichen Gebieten mit traditionell unterdurchschnittlichem Arbeitsplatzangebot überproportional von Massenarbeitslosigkeit betroffen. Von seiten der offiziellen Politikberatung ist dabei das Ziel eines bundesweiten Ausgleichs der Lebensbedingungen bereits weitgehend abgeschrieben worden. So verweist der Sachverständigenrat die Regionen mit »überholter« Wirtschaftsstruktur etwa auf ihr vergleichsweise »zu hohes Lohnniveau« und empfiehlt — pikanterweise unter dem hier neoliberal gewendeten Schlagwort einer »Regionalisierung der Regionalpolitik« — zwecks Abbau von Investitionshemmnissen die Vorteile deregulierter »freier Wirtschaftszonen« zu überprüfen (vgl. SVR-Jahresgutachten 1984/85, 200 f). Ein schärferer interregionaler Wettbewerb soll letztlich über die jeweiligen Entwicklungsperspektiven entscheiden und die dezentralen politischen Instanzen motivieren, dem Prinzip der privatwirtschaftlichen Wachstumsförderung wieder stärkere Bedeutung beizumessen. Regionale Politik orientiert sich hier nicht an politisch definierten

Entwicklungszielen, sondern besorgt als verlängerter Arm des Zentralstaats die Einpassung der Regionen in das unternehmerbezogene Modernisierungskonzept.

- Insbesondere die von hohen Arbeitslosenzahlen betroffenen Kommunen sehen sich gleich in mehrfacher Hinsicht durch die bundespolitische Problemverschiebung in Dienst genommen und belastet. Reichen die eigenen Haushaltsmittel sowie der Einsatz von traditionellen Verfahren der lokalen Förderung privater Unternehmen bei weitem nicht aus, die ökonomischen Einbrüche am Ort zu kompensieren, so wächst parallel dazu auf kommunaler Ebene der durch zentralstaatliche Zurückhaltung mitbedingte ökologische und soziale Investitionsbedarf (vgl. Tofaute 1985; Welsch 1985 a).

Gleichzeitig sorgt eine Demontage des übergeordneten sozialen Sicherungssystems in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit für ein sprunghaftes Ansteigen der kommunalen Sozialhilfearaufwendungen (vgl. Huster 1985)³.

So zum Opfer bundespolitischer Entwicklungen gemacht, haben zahlreiche Kommunen ihrerseits mit lokaler Rotstiftpolitik und einer Sonderbehandlung für Problemgruppen (wie bspw. der Einberufung von Sozialhilfeempfängern zur Pflichtarbeit nach BSHG, vgl. Münster/Birk 1985) den örtlichen Krisendruck verstärkt. Mit steigender Dauer der Arbeitslosigkeit wird die lokale Ebene damit zu dem Ort, an dem sich die gesellschaftliche Ausdifferenzierung und Entsolidarisierung vollzieht. Allerdings läßt die wachsende Kluft zwischen high-tech modernisierten Bereichen einerseits und ungelösten ökologischen Problemen und sozialer Verelendung andererseits hier auch besonders augenfällig werden, wie inhaltsleer das Ziel der technologischen Modernisierung im neokonservativen Konzept angelegt ist. Kommunale Auseinandersetzungen um den örtlichen ökologischen und sozialen Programmvorrat bieten damit noch am ehesten die Möglichkeit, ein Nachdenken über eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik zu provozieren.

- Ansätze für eine solche Politisierung der Kommunalpolitik sind in den letzten Jahren hinreichend zu verzeichnen. Frauen-, Ökologie- und Arbeitsloseninitiativen signalisieren, daß der lokale Raum zunehmend zum Experimentierfeld für gesellschaftliche Gruppen geworden ist, die weniger vereinzelnde und entfremdete Formen des Arbeitens oder (Über-) Lebens praktizieren wollen (vgl. hierzu die Beiträge von J. Sosna/G. Dey und H.-U. Klose / M. Müller). Mit selbstorganisierten Projekten im Bereich sozialer Dienste, alternativ-ökonomischen Betrieben und Stadtteilinitiativen sind neue Akteure aufgetreten, deren Forderungen nicht zuletzt an die Adresse der kommunalen Verwaltungen gerichtet sind. Für die Gewerkschaften hat die Einbeziehung dezentraler Hand-

lungsmöglichkeiten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auf dem Hintergrund zentralstaatlicher Wendepolitik konkretisieren sie ihre beschäftigungspolitischen Vorstellungen für die regional- und lokalpolitische Diskussion (vgl. die Beiträge von J. Welsch, B. Pollmeyer, H. Pfäfflin / G. Lobodda und G. Széll / W. Meemken). In der Beschäftigungskrise sind die Kommunen so nicht nur die unterste Instanz staatlicher Lastenverschiebung, sondern auch die politische Ebene, die unmittelbar mit den Interessen und Bedürfnissen der Betroffenen konfrontiert ist. Kommunale Politik gerät damit unter Erwartungsdruck, auch über die Grenzen des mit lokalen Mitteln Erreichbaren hinaus (vgl. den Beitrag von E. Einemann). Doch auch bei eingeschränkten örtlichen Handlungsressourcen steht die Frage offen, wie sich deren Einsatz zum zentralstaatlichen Spaltungskonzept verhält. Wird die Tendenz zur Entsolidarisierung durch die lokale Politik weiterhin verstärkt oder gelingt es mit kommunalen Interventionen, Qualifikationen zu vermitteln und zu erhalten, Existenzen zu sichern und Hilfestellung für neue Ansätze einer solidarischen Arbeits- und Lebensorganisation zu geben? Lokale Anti-krisenstrategien, die sich hierauf konzentrieren, könnten mit Hilfe des verstärkten kommunalen Engagements neuer und alter oppositioneller Bewegungen auch ein Stück »Gegenmacht« gegen das neokonservative Modernisierungskonzept mobilisieren (vgl. U. Bullmann / P. Gitschmann 1985).

3. Lokale Handlungsalternativen

Inwieweit kommunalpolitische Handlungsstrategien in der Praxis Spielräume gegen die Auswirkungen neokonservativer Krisenpolitik nutzen, ist noch keineswegs ausgemacht. So wie die Massenarbeitslosigkeit das traditionelle Instrumentarium der kommunalen Sozialpolitik überfordert, so wenig vermögen die herkömmlichen Mittel der lokalen Wirtschaftsförderung in einer Zeit, in der die Neuansiedlungen privater Betriebe in weiten Teilen des Bundesgebiets gegen Null tendieren. Die Entwicklung der finanziellen Handlungsbedingungen auf kommunaler Ebene stellt sich dabei sehr unterschiedlich dar (vgl. Karrenberg/Münstermann 1986). Führt der Krisendruck viele in den Problemregionen gelegene Kommunen an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit, so verbirgt sich hinter einem generellen Verfall der kommunalen Investitionsquote Anfang der 80er Jahre und der allgemeinen Hinwendung zu einer restriktiven Personalpolitik in zahlreichen Städten und Gemeinden auch eine Überkonsolidierung der Etats (vgl. Eißel 1984). Mit der Verlagerung der sozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit auf die lokale Ebene verstärken die Kommunen ebenfalls seit Beginn der

80er Jahre ihre arbeitsmarktpolitischen Initiativen. Das Aktivitätsniveau und die Art der städtischen Konzepte scheinen dabei aber keineswegs allein durch die jeweilige Haushaltslage bestimmt zu sein. Vergleichende Untersuchungen sehen die Art und den Umfang des lokalen Mitteleinsatzes hochgradig von der »Philosophie« der Handelnden beeinflusst und zeigen damit auf, wieviel kommunaler Gestaltungsraum sich auch unter widrigen Bedingungen noch eröffnen kann (vgl. Institut für soziale Arbeit 1985).

Allerdings lassen sich aus der kommunalen Praxis der letzten Jahre noch kaum Beispiele aufweisen, in denen das Ziel einer umfassenden Qualifikations- und Beschäftigungsförderung durchgängig in die politischen Vorgaben der Stadtentwicklung integriert und damit auch zur handlungsleitenden Maxime der kommunalen Einzelressorts erhoben worden wäre. Kennzeichnend scheint wohl eher zu sein, daß die eingefahrenen Untergliederungen der Kommunalverwaltung in Abteilungen für Wirtschaftsförderung einerseits und Ämter der Sozial- und Jugendpflege andererseits einer Koordination lokaler Beschäftigungsinitiativen und stadtpolitischer Teilziele weiterhin im Wege stehen. Wenn dabei ökonomisch und sozialpolitisch motivierte Handlungsansätze auch unter Krisenbedingungen nach wie vor auseinanderfallen, wird kommunale Politik unter ihren Gestaltungsmöglichkeiten bleiben müssen. Besonders deutlich wird dies dann, wenn sich kommunale Reaktionen auf ökonomischen und sozialen Krisendruck nach typischen (kapitalorientierten) Modernisierungs- und (arbeitskräftebezogenen) Nachsorgestrategien unterscheiden lassen. Dies läßt sich in einer »idealtypischen« (und damit notwendig vergrößernden und verkürzenden) Gegenüberstellung zweier gängiger kommunaler Strategien — am Beispiel der technologieorientierten Wirtschaftsförderung in Form der Technologieparks und am Beispiel des sogenannten Zweiten Arbeitsmarktes — verdeutlichen.

4. Technologieparks als Versuch kapitalorientierter kommunaler Wirtschaftsförderung

Die Durchmodernisierung der Wirtschaft entlang des auf Bundesebene verfolgten neokonservativen Entwicklungskonzepts verlangt nach ergänzenden Maßnahmen der Länder und Kommunen. Insbesondere mit einem Technologietransfer für mittlere und kleinere Unternehmen, der Beratung und Hilfestellung für technologieorientierte Gründer sowie der Bereitstellung von Risikokapital wird derzeit in verschiedenen Bundesländern an dem Aufbau einer dezentralen Dienstleistungsstruktur zur Innovationsförderung gearbeitet. Länder- und Gemeindeinitiativen folgen dabei zumeist dem Interventionsmuster neokonservativer Modernisierung auf zentral-

staatlicher Ebene. Werden Förderzentren und -programme in enger Abstimmung zwischen Landesregierung, Forschungsinstituten, Banken, Kammern und Kommunen eingerichtet, bleiben gewerkschaftliche Interessen in aller Regel außen vor (vgl. Bräunling/Peter 1986). Dies gilt insbesondere für die »Parkbewegung«, die Welle der inzwischen wohl über 60 fertiggestellten oder im Aufbau befindlichen Gründer- und Technologiezentren, mit denen im Zeichen des »Silicon-Valley-Fiebers« auch in der Bundesrepublik high-tech-orientierten Unternehmern zum Durchbruch am Markt und der jeweiligen Region zu neuen Wachstumsimpulsen verholfen werden soll. Unterscheiden sich die jeweiligen Zentrumskonzepte doch recht erheblich, so gehen sie allesamt von der Annahme einer ausreichenden Anzahl potentieller Gründer mit innovativen technischen Ideen aus, denen der Marktzugang aufgrund mangelnder unternehmerischer Erfahrung oder fehlender finanzieller Mittel noch verschlossen ist. Hier sollen die häufig in kommunaler Trägerschaft betriebenen Parks Starthilfe in Form von Räumen und Gemeinschaftseinrichtungen, Beratungstätigkeit und Finanzierungsvermittlung anbieten. Für die mögliche Dauer des Zentrumsaufenthalts gibt es dabei ebenso unterschiedliche Regelungen wie für die Belastung der Unternehmen mit Mieten und Umlagen. Die Investitionskosten für die geplanten oder bereits realisierten Objekte (in der Vergangenheit bis zu 18 Mio. DM, vgl. BMWI 1985) werden vornehmlich durch die Bundesländer, auch in Form einmaliger Zuschüsse finanziert. Laut Planung sollen die Betriebskosten zwar in der Mehrzahl der Fälle voll von den Unternehmen getragen werden, doch ist die laufende Praxis der Bezuschussung durch die Länder und Kommunen eher unübersichtlich⁴. Selbst Befürworter des Konzepts warnen daher vor Subventionswettläufen durch eine neue Bürgermeisterkonkurrenz, ähnlich wie bei den Industrieansiedlungen vergangener Zeiten (BMWI 1985).

Ist damit die Gefahr von dauerhaften Fehlsubventionierungen nicht von der Hand zu weisen, so bleibt schon die Grundannahme eines nahezu beliebig großen Reservoirs technologisch innovativer Produktideen wenig belegt. Bei auf jährlich 250 geschätzten technologieorientierten Unternehmensneugründungen im gesamten Bundesgebiet würden 50 bereits bestehende oder geplante Zentren, die durchschnittlich etwa 25 Unternehmen Platz bieten, alleine schon 1.250 Betriebsstätten vorhalten — genug für die nächsten 10 Jahre, vorausgesetzt jeder zweite innovative Neugründer beabsichtigte, sich zunächst in einem solchen Zentrum niederzulassen (vgl. U. Weber 1986). Wird die Verweildauer in den Parks nach dem Prinzip des »Durchlauferhitzers« zeitlich befristet, so müßte die Zahl der Unternehmensgründungen, die in absehbarer Zeit zu einer vollen Belegung führen würde, bereits erheblich höher sein. Bei einer anhaltenden Inflation an eingerichteten Gründerzentren sind daher entweder immense Leerstände un-

vermeidlich oder die Anforderungen an die »Innovationsfähigkeit« der Mieter werden gesenkt. Das Ergebnis von hochsubventionierten, aber zu Gewerbehöfen herabgezogenen Techno-Parks wären einerseits »Flops«, andererseits stärkere Mitnahmeeffekte bei ohnehin marktfähigen Unternehmen.

Auch was die anzunehmenden Beschäftigungswirkungen anbelangt, ist eher Skepsis angebracht. Dem Deutschen Industrie- und Handelstag etwa »erscheinen die Hoffnungen auf kurzfristige Arbeitsmarkteffekte durch die Einrichtung von Technologiezentren als überzogen« (DIHT 1985, 19). Er verweist dabei auf Erfahrungen der Technologieberatungsstelle Ruhr, nach denen in den letzten drei Jahren bei 20 von ihr betreuten technologieorientierten Unternehmensgründungen in den sechs Kammerbezirken Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen und Münster lediglich 68 neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden seien. Kritiker sehen die sichersten Arbeitsplätze bei den Trägern der Zentren selbst; im Schreibdienst, in der Pförtnerloge, in der Verwaltung.

Auch aus einem traditionellen Verständnis lokaler Wirtschaftsförderung heraus scheint es damit für die Kommunen äußerst gefährlich zu sein, den Aspekt der technologischen Innovation auf den high-tech Bereich, also insbesondere auf die Mikro-Elektronik zu verkürzen und dabei zu übersehen, welche Entwicklungschancen in der Weiterentwicklung der Techniken des örtlichen Gewerbebestandes liegen könnten (so Olaf Sund 1986, 97). Ist eine »erfolgversprechende« Einrichtung von Technologieparks nur dort denkbar, wo sie auf bereits ansässige Hochtechnologieproduzenten und einschlägige Forschungsinstitute trifft, so dürfte sich hierdurch die Kluft zwischen prosperierenden Regionen und strukturschwachen Gebieten eher noch vergrößern (vgl. J. Welsch 1985b). Aber auch hier wäre der Versuch der Innovations- und Technologieförderung ausschließlich auf die Interessen des jeweiligen Unternehmensgründers zugeschnitten. Die Neu- und Weiterentwicklung produktiver Ressourcen bliebe blind gegenüber dem ökologischen Bedarf der Region und abgeschottet vom Innovationspotential und den Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer.

5. Der »Zweite Arbeitsmarkt« als Beispiel kommunaler Nachsorgepolitik bei Massenarbeitslosigkeit

Im Unterschied zu wirtschaftsfördernden Maßnahmen setzen die verschiedenen kommunalen Versuche, zeitlich befristete, sogenannte zweite (Ersatz-) Arbeitsmärkte zu organisieren, unmittelbar bei dem Problem der Dauerarbeitslosigkeit an. Für viele der inzwischen wohl rund 700.000 Erwerbspersonen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, scheint hier die einzi-

ge Möglichkeit der Aufnahme einer entlohnnten Beschäftigung zu liegen. Zum Kernbereich des »Zweiten Arbeitsmarktes« werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote für Sozialhilfeempfänger (im Gegensatz zu der häufig als Pflichtarbeit verordneten gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeit gegen Mehraufwandsentschädigung) gerechnet. Sein Umfang wird für 1985 mit ca. 100.000 Personen beziffert (Reissert 1985). Da mit einer Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern zu sozialversicherungspflichtigen Bedingungen schon kurzfristige Einsparungen in den kommunalen Sozialhilfeeats erzielt werden können, dürfte sich dieser Sektor des »Zweiten Arbeitsmarktes« insbesondere auch nach den Förderprogrammen einzelner Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen oder Hessen noch weiter ausgeweitet haben. Die Zahl der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigten ist zwar nach einem zwischenzeitlichen Rückgang auf gegenwärtig knapp 90.000 angestiegen, erreicht damit aber immer noch nur einen kleinen Teil der »schwervermittelbaren« Arbeitslosen. Vorschläge zu einer Ausweitung der AB-Maßnahmen bis hin zum Arbeitsangebot an alle Arbeitslosen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, liegen vor, haben jedoch bundespolitisch bisher wenig Widerhall gefunden. Wird die Größenordnung eines solchen ABM-Ersatzarbeitsmarktes, der im weitestgehenden Konzept 3% aller Beschäftigten aufnehmen müßte, anteilmäßig bereits heute in einzelnen Arbeitsamtbezirken erreicht, so sind die vorgeschlagenen Programme offensichtlich auch durchaus finanzierbar. Modellberechnungen sehen den Kostenaufwand der zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im günstigsten Fall durch wegfallende Unterstützungsleistungen und zusätzliche Steuer- und Beitragseinnahmen nahezu refinanziert (Spitznagel 1985). Bewußt skeptisch gehaltene Annahmen beziffern den tatsächlichen Mehraufwand der öffentlichen Hand für ein Programm, das alle Langzeitarbeitslosen umfaßt, auf 9 Milliarden DM pro Jahr (ca. 13.200 DM je Teilnehmer) (Reissert/Scharpf/Schettkat 1986).

Die mit der Organisation von Beschäftigung im »Zweiten Arbeitsmarkt« verbundenen Probleme sind weithin diskutiert (vgl. z.B. Hanesch 1985). Sie liegen im wesentlichen darin, daß

- bei den Maßnahmeträgern häufig parallel Stellen abgebaut oder andererseits lediglich »zweitklassige« Arbeiten angeboten werden
- mit dem befristeten Arbeitsverhältnis noch nicht der Erhalt oder die Weiterentwicklung der Qualifikation der Beschäftigten verknüpft ist
- während der befristeten Beschäftigungsdauer häufig eine weitere Selektion durchgeführt wird. Den »noch Brauchbaren« winkt eines der raren Dauerarbeitsverhältnisse, während diejenigen, die unter Krisenbedingungen bereits nachhaltig dequalifiziert wurden, mitunter schon vorzeitig ausscheiden

— eine Perspektive nach Beendigung des befristeten Arbeitsverhältnisses insgesamt meist nicht geboten wird.

Inwieweit diese Probleme durchschlagen oder ob die Vorteile eines lokal organisierten »Zweiten Arbeitsmarktes« überwiegen, entscheidet sich wohl entlang der jeweiligen Tätigkeitsfelder und Organisationsformen, letztlich also mit dem dahinterstehenden stadtpolitischen Konzept. Die Chancen kommunaler Politik beginnen da, wo die traditionelle Praxis verlassen wird, lediglich einzelne Maßnahmen des Arbeitsförderungs- oder Bundessozialhilfegesetzes relativ unkoordiniert an den Betroffenen zu exekutieren. Für Ansätze einer sinnvollen lokalen Arbeitsmarktpolitik müßte es vielmehr darum gehen, die verbliebenen kommunalen Möglichkeiten zusammen mit den verfügbaren Mitteln aus Landes- und Bundesprogrammen so zu kombinieren, daß Vorhaben der Beschäftigungsförderung mit ökologischen und sozialen Stadtentwicklungszielen — wie etwa der »Stadtteilreparatur« oder einem Ausbau der sozialen Infrastruktur — verknüpft werden können (vgl. SPI 1986, 66 ff). Angesichts der steigenden Zahl der Dauerarbeitslosen sollten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und für Sozialhilfeempfänger eingerichtete Arbeitsverhältnisse hierbei auch als strategisches Instrument für Ausbildung und Weiterqualifizierung dienen (vgl. den Beitrag von H. Nauber in diesem Band). Gleichzeitig bleibt nach Wegen zu suchen, wie durch eine Verbindung mit Projektförderungen und Existenzgründungshilfen Anschlußperspektiven eröffnet werden können.

Untersuchungen, die zur kommunalen Arbeitsmarktpolitik vorliegen, weisen jedoch aus, daß diese Anforderungen bislang meistens nicht umgesetzt werden konnten. Wird das Problem der Massenarbeitslosigkeit langsam als strukturelle Komponente kommunaler Politik wahrgenommen, so ist eine zwischen den einzelnen Ämtern koordinierte Bearbeitung jedoch noch keineswegs erreicht (so DIFU 1985). Am Beispiel des nordrheinwestfälischen Landesprogramms »Arbeit statt Sozialhilfe« zeigte sich weiterhin, daß lokal offenbar kaum ausgearbeitete Konzepte für die Durchführung kommunaler Beschäftigungsprogramme vorlagen. Der Arbeitseinsatz von Sozialhilfeempfängern ergab sich so meist nicht aus der Überlegung, welche Qualifikationen für die Betroffenen lohnend zu erwerben und welche Arbeitsfelder sinnvoll zu besetzen wären, sondern eher pragmatisch aus den Interessen der sich anbietenden Träger (Institut für soziale Arbeit 1985). Darüber hinaus wurden kommunale Informationsdefizite festgestellt, sowohl was die Arbeitslosenpopulation wie auch was das arbeitsmarktpolitische know-how anbelangt.

Befristete Arbeitsverhältnisse für vormals Arbeitslose werden in einer Phase, in der nicht mehr alle Erwerbslosen in eine Dauerbeschäftigung kommen können, ambivalent bleiben. Sie stehen potentiell immer in Gefahr, zum Teil eines »Sonderarbeitsmarktes« — im schlimmsten Fall zur Vorstu-

fe irgendeiner Form verordneten Arbeitsdienstes — gemacht zu werden. Neue Ausgrenzungen und Stigmatisierungen werden wohl dann am ehesten zu verhindern sein, wenn den Betroffenen die Möglichkeit offensteht, sich in die Ausgestaltung des örtlichen »Zweiten Arbeitsmarktes« einzumischen. Erwähnenswert scheint hier deshalb der Versuch, in neu eingerichteten Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaften umfassende Mitbestimmungsregelungen einzuführen, die damit auch die Verfügungsmöglichkeiten der Gesellschafter, insbesondere der Städte, über die Beschäftigten einschränken (vgl. den Beitrag von G. Grandke in diesem Band).

6. Ansätze für eine integrierte lokale Beschäftigungspolitik

Dennoch wird auch ein sinnvoll organisierter »Zweiter Arbeitsmarkt« nur ein Teilstück umfassender lokaler Antikrisenstrategien sein können. Erforderlich ist es auch oder gerade unter begrenzten lokalen Handlungsspielräumen, wirtschaftsfördernde und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu einem integrierten Konzept lokaler Beschäftigungspolitik zu verknüpfen (vgl. den Beitrag von M. Cooley in diesem Band). Dabei muß die Trennung überwunden werden, daß regionale Modernisierungspolitik in aller Regel nur über rein kapitalfördernde Ansätze betrieben wird und der Faktor Arbeitskraft lediglich unter der Bedingung bereits eingetretener Arbeitslosigkeit Gegenstand von Nachsorge- und Nothilfemaßnahmen ist.

Ein umfassendes Konzept, das alle örtlichen Ressourcen für den sozialen und ökologischen Bedarf mobilisieren will, müßte vielmehr

- das Analyse- und Prognoseinstrumentarium zur Untersuchung von Arbeitsmarkt- und Branchenstrukturen verbessern und die jeweiligen Entwicklungen mit lokalen Arbeitsmarktforen durchschaubar und diskutierbar machen
- den lokalen Programmvorrat und Investitionsbedarf auflisten und seine etappenweise Umsetzung planen (insbesondere in den Bereichen sozialer Dienstleistungen, baulicher Infrastruktur, Abfallwirtschaft, Verkehrsberuhigung, des Umweltschutzes und der Energieversorgung)
- Technikentwicklung und technologische Innovationen in der Region nicht nur unternehmerischem Kalkül überlassen, sondern hier den »Entwicklungsfaktor Arbeit«, also die Phantasie und Kreativität der Arbeitnehmer nutzbar machen (Unterstützung und Zusammenarbeit mit betrieblichen Arbeitskreisen, die sich um die Entwicklung neuer Produkte bzw. humaner und ökologischer Fertigungsverfahren bemühen; Einrichtung von Erfinderkontaktstellen und Werkstätten für Prototypenfertigung; Organisation von Technologie- und Wissenstransfer unter Einschluß der örtlichen Hochschulen)

- ein Förderungsinstrumentarium entwickeln, das auch die Unterstützung und Beratung von Belegschaften, Genossenschaften, selbstverwalteten Betrieben und von Projekten miteinbezieht, die aus befristeten Arbeitsverhältnissen hervorgegangen sind (Erstellen von Marktstudien, Finanzierung von Wagniskapital für sinnvolle Existenzgründungen, Betriebsberatungen).

Anstelle nur auf die Problemdezentralisierung von oben zu reagieren, würde sich Stadtpolitik so in eine Anreger- und Koordinatorenrolle begeben, die die Initiativen der lokalen Akteure (öffentliche und private Unternehmen, Belegschaften und alternative Projekte, etc.) entwickeln hilft und so den eigenen Handlungsspielraum erweitert. Darüber hinaus müßten die eigenen städtischen Ressourcen zu einer offensiven Personal-, Investitions- und Beschaffungspolitik genutzt werden, die sich die Förderung von Qualifikation und Beschäftigung zum obersten Ziel nimmt. Hierauf wären in einem solchen integrierten Ansatz ebenfalls die Unternehmen unter städtischem Einfluß (Sparkassen, städtische Versorgungsbetriebe, Wohnungsgesellschaften, etc.) zu verpflichten. Gleichzeitig müßte es gelingen, Verwaltungsstrukturen zu schaffen, in denen Fragen der lokalen Beschäftigungspolitik nicht länger aufgesplittet behandelt werden (vgl. den Beitrag von J. Bourgett / H. Brülle in diesem Band).

Alternativen zum neokonservativen Entwurf einer kapitalrationalen Modernisierung lassen sich sicherlich nur durch Strategien umsetzen, die die Handlungsspielräume aller politischen Ebenen aktivieren. Qualitative Ziele ökonomischer und technologischer Entwicklung wie der Aufbau sanfter Energieversorgungsstrukturen, der Einstieg in eine neue Abfallwirtschaftspolitik oder die Umrüstung bestehender Kapazitäten auf eine ökologisch und sozial sinnvolle Produktion sind jedoch ohne den »Unterbau« lokaler Mobilisierung und das Ausschöpfen der spezifischen kommunalen Potentiale nicht zu realisieren. Die Chance lokaler Beschäftigungsinitiativen besteht so einerseits darin, gegen das neokonservative Spaltungskonzept praktische Beispiele »neuer Solidarität« zu setzen. Entlang der regionalen Bedarfssituation kann jedoch auch ein Beitrag dazu geleistet werden, den Begriff des »technischen Fortschritts« zu rekonstruieren.

Anmerkungen

- 1 vgl. zum Begriff neokonservativer Modernisierung vgl. Vath 1984
- 2 Der Deutsche Städtetag schätzt die Lücke zwischen jahresdurchschnittlichem Bedarf und tatsächlichen kommunalen Investitionen auf ca. 16,5 Mrd DM, vgl. Karrenberg/Münstermann 1985
- 3 Im Gemeindefinanzbericht werden die Sozialhilfelasten, die alleine auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind, mit jährlich mindestens 2 Mrd DM beziffert (Karrenberg/Münstermann 1986); in einzelnen Städten sind die Hilfeleistungen für Arbeitslose in der ersten Hälfte der 80er Jahre explosionsartig gestiegen, so etwa in Oberhausen von 1,64 Mill. DM (1981) auf 10,43 Mill DM (Jan.-Nov. 1985) oder in Dortmund von 6,91 Mill DM (1981) auf 25,65 Mill DM (1984) (Karrenberg/Münstermann 1986)
- 4 vgl. zu den jährlich anfallenden ungedeckten Kosten eines Gründer- und Technologiezentrums die Berechnungen bei J. Eisbach 1985

Literatur

- Biedenkopf, K.-H. 1985: Die neue Sicht der Dinge, München
- BMWI 1985: Technologieparks in der Bundesrepublik Deutschland, Ms., Bonn
- Bräunling, G./Peter, G. 1986: Am Technologiewettlauf können sich nur noch die Großen beteiligen (II.), in: FR 21.7.1986
- Bullmann, U./Gitschmann, P. 1985: Kommune als Gegenmacht. Überlegungen zu einer notwendigen Diskussion, in: dies. (Hrsg.) Kommune als Gegenmacht, Hamburg 1985
- DIFU 1985: Lokale Arbeitsmarktp Probleme — Fallstudien in vier Städten, DIFU-Materialien 3/85, bearb. v. Kunert-Schroth, H. und Rauch, N., Berlin
- DIHT 1985: Technologieparks, bearb. v. Hahne, U., Bonn
- Eisbach, J. 1985: Gründer- und Technologiezentren — Sackgassen kommunaler Wirtschaftsförderung (PIW-Studien Nr. 1) Bremen
- Eißel, D. 1984: Kommunale Haushaltspolitik in den 80er Jahren: Überkonsolidierung statt Beschäftigungsimpulse, in: WSI-Mitteilungen 12/1984
- Eißel, D. 1986: Regionale Technologie- und Innovationspolitik, in: Brandt, A. u.a. (Hrsg.) Wende gegen Bonn, Hamburg
- Esser, J./Hirsch, J. 1984: Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den »nachfordistischen« Kapitalismus, in: Prokla 56
- Gatzweiler, H.-P. 1985: Die Entwicklung in den Regionen des Bundesgebietes, in: Friedrichs, J. (Hrsg.) Die Städte in den 80er Jahren, Opladen
- Genscher, H.-D. 1984: Die technologische Herausforderung, in: »Außenpolitik« H. 1/84
- Genscher, H.-D. 1985: Der politische Liberalismus rückt wieder in das Zentrum, in FR 4.5.85
- Häußermann, H./Siebel, W. 1985: Neue Technologien — eine Herausforderung für die Kommunen, Ms. (vorgelegt in einer Sitzung des Arbeitskreises Lokale Politikforschung beim Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Bochum)
- Hanesch, W. 1985: »Hilfe zur Arbeit« statt Beschäftigungspolitik?, in: WSI-Mitteilungen H. 7/1985
- Hirsch, J. 1985a: Auf dem Wege zum Postfordismus?, in: Das Argument 151

- Hirsch, J. 1985b: Spaltung oder neue Solidaritäten, in: Opielka, M. (Hrsg.) Die öko-soziale Frage, Frankfurt/M.
- Huster, E.-U. 1985: Politik gegen die Armut oder Politik gegen die Armen?, in: U. Bullmann/P. Gitschmann (Hrsg.) Kommune als Gegenmacht, Hamburg
- Institut für soziale Arbeit 1985: Evaluationsstudie zum Landesprogramm »Arbeit statt Sozialhilfe« NRW, erstellt vom Institut für soziale Arbeit e.V. Münster, bearb. v. Münder, J./Hofmann, H.-J./Wahlig, M.
- Kern, H./Schumann, M. 1984: Das Ende der Arbeitsteilung?, München
- Karrenberg, H./Münstermann, E. 1985: Gemeindefinanzbericht 1985, in: der Städtetag H. 2/1985
- Karrenberg, H./Münstermann, E. 1986: Gemeindefinanzbericht 1986, in: der Städtetag H. 2/1986
- Klauder, W. u.a. 1985: Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung H. 1/1985
- Memorandum '86: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hg) Für eine beschäftigungspolitische Offensive: Sofortmaßnahmen für zwei Millionen Arbeitsplätze, Köln
- Münder, J./Birk, U.-A. 1985: Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit (2. Aufl.), Neuwied
- Reissert, B. 1985: »Zweiter Arbeitsmarkt« — Begriff, Umfang, Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven, in: Loccumer Protokolle 15/85
- Reissert, B./Scharp F./Schettkat, R. 1986: Eine Strategie zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 23/86
- Saage, R. 1985: Staat, Technik und Gesellschaft im Neokonservatismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte H. 9/1985
- Saage, R. 1986: Zur Aktualität des Begriffs »Technischer Staat«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte H. 1/1986
- Schäfer, C. 1986: Auch bei Wachstum bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 eine politische Aufgabe, in: WSI-Mitteilungen H. 3/1986
- Späth, L. 1985: Wende in die Zukunft, Reinbek
- SPI 1986: Soziale Arbeit und Arbeitsmarkt, hrsg. vom Sozialpädagogischen Institut Berlin Walter May, Berlin
- Spitznagel, E. 1985: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Entlastungswirkungen und Kostenvergleiche, in: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung H. 1/1985
- Sund, O. 1985: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik — die Funktion der Kommunen bei der Bewältigung des ökonomischen Strukturwandels, in: Hesse, J.J. (Hrsg.) Erneuerung der Politik »von unten«?, Opladen
- SVR-Jahresgutachten 1984/85: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1984/85 »Chancen für einen langen Aufschwung«
- Tofaute, H. 1985: Öffentlich Investitionsdefizite auf regionaler und kommunaler Ebene, in: WSI-Mitteilungen H. 1/1985
- Väth, W. 1984: Konservative Modernisierungspolitik — ein Widerspruch in sich?, in: Prokla 56
- Weber, U. 1986: Gründer- und Technologiezentren in der kommunalen Wirtschaftsförderung, in: Gründer- und Technologiezentren: Bewertung und alternative Konzepte, hrsg. v. der Technologieberatungsstelle beim DGB Landesbezirk NRW, Oberhausen
- Welsch, J. 1985a: Umweltschutz und regionale Beschäftigungspolitik, in: WSI-Mitteilungen H. 12/1985
- Welsch, J. 1985b: Durch »Technologieparks« zu mehr Arbeitsplätzen? in: WSI-Mitteilungen H. 1/1985

Johann Welsch

Gewerkschaftliche Programme und dezentrale Alternativen der Beschäftigungs- und Technologiepolitik

1. Problemstellung

Unternehmenszusammenbrüche, Betriebsstillegungen und Entlassungen sind Ausdruck der permanenten Umstrukturierung der gesellschaftlichen Arbeit in kapitalistischen Marktwirtschaften. Der hierdurch erzeugte soziale Problemdruck ist dann besonders hoch, wenn wirtschaftlich-strukturelle Umbrüche mit Phasen verlangsamten Wirtschaftswachstums zusammenreffen. Solche Situationen liefern den Boden für die Entstehung neuer Formen des Abwehrkampfes der abhängig Beschäftigten gegen Arbeitsplatzgefährdungen, Arbeitsplatzverluste und Dequalifizierungsprozesse. Nehmen wir das Beispiel der Unternehmenspleiten. Im Zuge der drastischen Verschärfung der Wirtschaftskrise Anfang der achtziger Jahre ist die Anzahl der Pleiten in die Höhe geschneilt. Trotz einer Wiederbelebung der Konjunktur seit 1983 haben die Unternehmenszusammenbrüche Jahr für Jahr neue Rekordmarken erreicht. Lag die Anzahl der Insolvenzen 1984 bei 16.500, so stieg sie 1985 auf 18.900. Auch für 1986 wird ein nochmaliger Anstieg auf rund 19.000 Insolvenzfälle erwartet. Für die betroffenen Arbeitnehmer bedeuten Unternehmenspleiten den Verlust des Arbeitsplatzes. Zum Beispiel wurden die insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste für 1985 auf rund 170.000 geschätzt. Gerade in den von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Regionen des Bundesgebietes ist auch die Anzahl von Pleiten überdurchschnittlich hoch. Die Chance, bei Verlust des Arbeitsplatzes auf einen anderen Arbeitsplatz in der Region zu wechseln, ist in diesen Regionen für die entlassenen Arbeitnehmer gleich Null. Deshalb ist es kaum überraschend, daß sich seit Anfang der 80er Jahre die Initiativen von Betriebsübernahmen durch die Belegschaften häufen. Diese Initiativen sind oft mit für die Bundesrepublik neuen, radikaleren Formen des Widerstandes der Arbeitnehmer gegen Unternehmerentscheidungen, wie z.B. Werksblockaden und Betriebsbesetzungen, verbunden. Für die Betroffenen stellt der Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze in der Regel die einzige Per-

spektive dar, dem Schicksal der Dauerarbeitslosigkeit zu entgehen. Für die bundesdeutschen Gewerkschaften bedeutet diese neue Form dezentraler, betriebspolitischer Initiativen eine Herausforderung, die nicht einfach zu bewältigen ist, widersprechen sie doch nicht nur einem weit verbreiteten traditionellen gewerkschaftlichen Selbstverständnis, das auf Sozialpartnerschaft und eine klare Rollenteilung zwischen unternehmerischen Aufgaben und gewerkschaftlichen Schutzfunktionen baut, sondern stoßen sie doch auch auf vielerlei rechtliche Probleme und Schranken.

Nun kann man in den letzten Jahren beobachten, daß Betriebsbesetzungen und Versuche der Betriebsübernahme durch die Belegschaft nicht die einzigen Formen des Kampfes um Arbeitsplätze, um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen blieben. Es gibt inzwischen eine Vielfalt dezentraler Initiativen vor Ort, die sich nicht nur auf die betriebliche Ebene, sondern teilweise auch auf die Ebene der Branche oder der Region beziehen. Wie sind solche dezentralen Initiativen im Verhältnis zur allgemeinen gewerkschaftlichen Politik und Programmatik, wie sie von den zentralen Ebenen der Einzelgewerkschaften und des Gewerkschaftsbundes sowie von Gewerkschaftstagen formuliert und beschlossen werden, einzuschätzen? Welche Rolle spielen solche Initiativen vor Ort für die gewerkschaftliche Politik insgesamt?

2. Beschäftigungs- und technologiepolitische Programmatik der Gewerkschaften

Gewerkschaftliche Politik im Hinblick auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen hat sich in den letzten Jahrzehnten auf die Intensivierung der Forderungspolitik gegenüber dem Staat konzentriert. Den Gewerkschaften war es in den sechziger Jahren gelungen, ihre Forderung nach Einführung einer keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik in der Bundesrepublik durchzusetzen. Damit waren dem Staat die Instrumente in die Hand gegeben, seiner im Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes enthaltenen beschäftigungspolitischen Verantwortung auch Rechnung tragen zu können. Mit dem Eintreten der Massenarbeitslosigkeit, der Verschärfung der ökologischen Krise und den wachsenden Gefährdungspotentialen für abhängig Beschäftigte aufgrund des zunehmenden Einsatzes neuer Techniken haben die Gewerkschaften ihre beschäftigungs-, umwelt- und technologiepolitischen Vorstellungen ab Mitte der siebziger Jahre weiter entwickelt und den neuen Herausforderungen angepaßt. Mit den »Vorschlägen des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung«, die 1977 erstmals vorgelegt und die inzwischen wiederholt aktualisiert wurden¹, dem DGB-Programm »Umweltschutz und qualitatives Wachstum«² und den »Vorschlägen des

DGB zur sozialen Steuerung des technischen Wandels«³ liegt gegenwärtig eine ausgereifte gewerkschaftliche Programmatik zu wirtschaftlichen und sozialen Kernproblemen dieser Gesellschaft vor, welche Arbeitnehmerinteressen fundamental berühren. Eingebettet werden diese problemfeldbezogenen Konzepte in ein erneuertes Grundsatzprogramm des DGB, wie es 1981 nach intensiver Diskussion beschlossen wurde⁴. Ein für alle gewerkschaftliche Programmatik seit Mitte der siebziger Jahre charakteristischer Grundzug ist die Forderung nach Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und deshalb nach der Beschäftigungsorientierung aller Felder der staatlichen Politik. Nach gewerkschaftlichen Vorstellungen ist Vollbeschäftigung allerdings durch eine undifferenzierte Forcierung des Produktionswachstums auf dem heutigen Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte und bei wachsenden ökologischen Risiken nicht mehr zu erreichen. Deshalb muß es darum gehen, brachliegende wirtschaftliche Ressourcen in die Produktionsfelder zu schleusen, in denen noch unbefriedigte Bedürfnisse gegeben sind. Dies gilt vor allem für den vielschichtigen Bereich gesellschaftlicher Bedürfnisse, z.B. nach gesunder Umwelt, sicherer und umweltverträglicher Energieversorgung, nach einem ökologieverträglichen Verkehrssystem oder nach mehr und besserer Bildung und Ausbildung. Die Entwicklung und der Einsatz neuer Techniken sollen sich an sozial- und umweltverträglichen Gestaltungszielen orientieren. Neue Techniken sollen vor allem die Engpässe der Versorgung in den skizzierten gesellschaftlichen Bedarfen beseitigen helfen und der Humanisierung der Arbeit dienen.

3. Veränderte Bedingungen für gewerkschaftliche Schutz- und Gestaltungspolitik

Nun müssen die Gewerkschaften spätestens seit Anfang der achtziger Jahre die Erfahrung machen, daß ihre Forderungspolitik gegenüber dem Staat mehr und mehr ins Leere läuft. »Die Gewerkschaften mußten erkennen, daß die Parteipolitik der Volksparteien auf das Gewinnen von Wahlen ausgerichtet war und nicht auf die Befriedigung gewerkschaftlicher Forderungen«⁵. Die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Schutz- und Gestaltungsfunktionen haben sich anhaltend verschlechtert. Angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme gelingt es immer weniger, die Interessen der Arbeitnehmer an gesicherten und ausreichenden Erwerbs- und Beschäftigungsgrundlagen zu wahren. Durch Wachstumskrise und forcierte Rationalisierungsprozesse haben sich nicht nur die materiellen Existenzgrundlagen (durch mehrjähriges Absinken der Realeinkommen), sondern auch die Arbeitsbedingungen in vielen Betrieben nachhaltig

verschlechtert. Die Zunahme der Umweltbelastungen, der weitgehende Stopp des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur und das weiterhin unzureichende Angebot preiswerten Wohnraums in den Ballungsgebieten haben darüber hinaus zu einer Gefährdung der allgemeinen Wohn- und Lebensbedingungen großer Teile der Arbeitnehmerschaft geführt. Mit der zunehmenden Verbreitung neuer arbeits- und kapitalsparender Technologien, den anhaltenden Arbeitsplatzverlusten in bedeutsamen Industriezweigen und der Gefährdung der wirtschaftlichen Substanz ganzer Regionen werden die Gewerkschaften vor völlig neue Herausforderungen gestellt.

Vor dem Hintergrund zunehmender und neuer Herausforderungen an gewerkschaftliche Schutz- und Gestaltungspolitik werden die Gewerkschaften gleichzeitig mit dem Problem konfrontiert, daß die Grenzen traditioneller gewerkschaftlicher Politik gerade in den Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und gewaltigem sozialen Problemdruck in den letzten Jahren immer spürbarer werden. Gegenüber dem langfristigen Arbeitsplatzabbau im Industriesektor haben sich die gewerkschaftliche Betriebs- und Unternehmenspolitik als immer weniger ausreichend erwiesen. Die Montanmitbestimmung hat zwar in den Bereichen der Stahlindustrie und des Bergbaus Massenentlassungen und soziale Katastrophen vermeiden helfen, sie hat jedoch die Schrumpfung des Arbeitsplatzpotentials in diesen Branchen nicht verhindern können. Ähnliches gilt für die gewerkschaftliche Betriebspolitik. Die Grenzen der betrieblichen Beschäftigungspolitik (z.B. Ausschöpfung der Möglichkeiten des Betriebsverfassungs- und Kündigungsschutzgesetzes, auch von eventuell bestehenden Rationalisierungsschutzabkommen; Abbau von Überstunden) sind gerade in den von strukturellen Krisen betroffenen Sektoren seit Anfang der 80er Jahre erheblich enger gezogen. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren aus diesen Erfahrungen die Schlußfolgerung gezogen, sich stärker auf ihre autonomen Handlungsmöglichkeiten zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, sprich auf die qualitative Tarifpolitik, zu besinnen. Die Ergebnisse und Auswirkungen der in der letzten Tarifrunde erkämpften Verkürzung der Wochenarbeitszeit zeigen, daß dieses gewerkschaftliche Handlungsfeld aus beschäftigungspolitischer Sicht von herausragender Bedeutung ist. Dennoch kann der besondere soziale Problemdruck, der sich in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit konzentriert, hierdurch allenfalls gemildert werden. Ohne tiefgreifende Änderungen in der staatlichen Beschäftigungspolitik — dies muß man nüchtern festhalten — wird gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik trotz ihres herausragenden Stellenwertes auf Dauer überfordert. Deshalb ist die Frage nach neuen Perspektiven der gewerkschaftlichen Interessenvertretungspolitik zu stellen. Welche Rolle können dezentrale Initiativen in diesem Zusammenhang spielen?

4. Gewerkschaftliche Politik und dezentrale Alternativen

Wir wollen unter »dezentralen Alternativen« zunächst Handlungskonzepte und -vorschläge verstehen, die sich auf die Lösung konkreter wirtschaftlicher und sozialer Probleme vor Ort richten. »Alternativ« sind solche Handlungskonzepte dann, wenn sie sich vorrangig und unmittelbar an den Interessen der abhängig Beschäftigten bzw. der Betroffenen orientieren. Als »dezentral« wollen wir solche Initiativen bezeichnen, die auf der betrieblichen, sektoralen und / oder regionalen Ebene entworfen, gestaltet und / oder durchgeführt werden. Dezentrale Alternativen werden nicht nur von örtlichen Gewerkschaftsgliederungen getragen. In den letzten Jahren haben auch Bürgerinitiativen, Umweltschutzgruppen, Friedens-, Frauen- und Arbeitsloseninitiativen eine inzwischen unübersehbare Vielzahl von Aktivitäten entfaltet, die auf eine bessere Alternative des Wirtschaftens, Lebens und Arbeitens abzielen. Ohne die Bedeutung dieser Initiativen schmälern zu wollen, bleibt festzuhalten: Dreh- und Angelpunkt der Durchsetzung einer anderen Lebensweise bleibt die Einflußnahme auf die Produktionsverhältnisse, bleibt die Durchsetzung sozialer Maßstäbe in der gesellschaftlichen Produktion. Vor diesem Hintergrund kommt den Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Initiativen vor Ort besondere Bedeutung zu, da sie allein die entscheidende Klammer zwischen der Durchsetzung der Arbeits- und der Lebensinteressen der abhängig Beschäftigten zu bilden vermögen.

Die Ausfüllung dieser zentralen Funktion ist nicht einfach. Bereits das eingangs angerissene Beispiel der wachsenden Zahl von Betriebsübernahmen und Betriebsbesetzungen zeigt, daß die Großorganisation Gewerkschaft durch solche Initiativen mit neuen Ansprüchen konfrontiert wird, die mit der traditionellen gewerkschaftlichen Politik in Konflikt geraten können. Nun ist das Verhältnis von gewerkschaftlicher Politik und Programmatik einerseits und dezentralen gewerkschaftlichen Initiativen andererseits weitaus komplexer, als dieses Beispiel andeutet. Auch ist das im Beispiel angelegte widersprüchliche Verhältnis keineswegs zwingend: Gewerkschaftliche Politik, soweit sie sich in Programmen und Forderungen an den Staat niederschlägt, muß in vielen Feldern, gemessen an den unmittelbaren differenzierten Interessenlagen der Mitgliederschaft, notwendig allgemein bleiben. Zudem richten sich die Forderungen an jene staatliche Ebene, von der aus Arbeitnehmerinteressen am stärksten tangiert werden, und dies ist die zentralstaatliche Ebene. Dezentrale Initiativen sind für gewerkschaftliche Politik allein deshalb unabdingbar, da es darum gehen muß, die recht allgemein gehaltenen Programme auf die jeweils besonderen örtlichen und betrieblichen Bedingungen und konkreten Interessenlagen zu beziehen.

Die Bedeutung dezentraler Aktivitäten wächst in Situationen, in denen die Forderungspolitik gegenüber dem Zentralstaat aufgrund der Dominanz konservativer Positionen im politischen System ins Leere läuft. Dezentrale Initiativen z.B. in der Beschäftigungspolitik bergen unter solchen Rahmenbedingungen, wie sie seit Anfang der achtziger Jahre gegeben sind, folgende Vorteile:

1. Die politischen Konstellationen in den Länder- und Kommunalparlamenten sind äußerst heterogen, was für günstigere Durchsetzungsmöglichkeiten für gewerkschaftliche Forderungen zumindest in einem Teil der Regionen spricht.
2. Begünstigt werden die Durchsetzungschancen auch durch den Umstand, daß sich die Formulierung beschäftigungspolitischer Forderungen auf konkrete und sichtbare Defizite der jeweiligen regionalen Wirtschaftsstrukturen unmittelbar beziehen kann.
3. Damit zusammenhängend ergibt sich die Möglichkeit, an der Betroffenheit und den spezifischen Erfahrungen der abhängig Beschäftigten in der Region anzuknüpfen, d.h. regionenbezogene Beschäftigungsstrategien erlauben eine größere Nähe zu den unmittelbaren Arbeits- und Lebensinteressen derjenigen, ohne deren Beteiligung die politische Durchsetzungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Forderungen nicht gesichert werden kann.
4. Zusammengenommen bedeutet dies, daß die Mobilisierungsfähigkeit regionenbezogener Beschäftigungskonzepte im Verhältnis zu bundesweit ausgerichteten Vorschlägen vergleichsweise größer ist.

Bezieht man diese positiven Aspekte dezentraler Initiativen auf die aktuellen Probleme der allgemeinen gewerkschaftlichen Forderungspolitik, so läßt sich festhalten, daß durch eine breite Bewegung dezentraler Ansätze eine soziale Schubkraft entstehen kann, die die Durchsetzungsfähigkeit gewerkschaftlicher Alternativkonzepte auch gegenüber einer konservativ ausgerichteten zentralstaatlichen Politik verbessert.

Damit läßt sich eine durchaus fruchtbare Wechselwirkung von gewerkschaftlicher Programmatik einerseits, dezentralen gewerkschaftlichen Aktivitäten vor Ort andererseits konstatieren: Dezentrale Initiativen greifen konkrete Probleme vor Ort auf. Bei ihrer Suche nach Lösungskonzepten erfüllen gewerkschaftliche Programme eine Orientierungsfunktion. Umgekehrt ist gewerkschaftliche Programmatik zu ihrer Umsetzung in erheblichem Ausmaß auf dezentrale Initiativen angewiesen: Nicht nur müssen gewerkschaftliche Programme auf konkrete Interessen- und Problemlagen zugeschnitten werden, auch haben sie gerade bei Vorherrschen eines gegen Arbeitnehmerinteressen gerichteten zentralstaatlichen Kurses nur dann eine Umsetzungschance, wenn eine breite Gegenmachtbildung »von unten« erfolgt.

Die wechselseitige Bedingtheit und Beeinflussung von gewerkschaftlicher Politik und Programmatik einerseits, dezentralen Initiativen andererseits läßt sich weiter ausleuchten, wenn man sich die bisherigen Erfahrungen mit der bunten Palette dezentraler Ansätze vor Augen führt. Versucht man diese Ansätze zu klassifizieren, so läßt sich einmal unterscheiden zwischen Ansätzen, die durch eine gewerkschaftspolitische Rahmenkonzeption von Gewerkschaftszentralen ins Leben gerufen werden (z.B. das »Aktionsprogramm Arbeit und Technik« der IG Metall), und Ansätzen, die »autonom« aufgrund spezifischer betrieblicher und / oder örtlicher Problemkonstellationen entstanden sind (z.B. die Versuche der Betriebsübernahme in Belegschaftshand). Die Ansätze lassen sich auch danach unterscheiden, auf welcher Ebene sie angesiedelt sind: auf der betriebs-, der branchen- oder der regionalpolitischen Ebene. Wir wollen die zahlreichen Initiativen im folgenden unter den letztgenannten Kriterien einordnen und kurz skizzieren.

5. Wachsende Vielfalt dezentraler Initiativen der Gewerkschaften

5.1 Betriebspolitische Ansätze

Hierzu zählen einmal die Ansätze, die sich aus der Abwehr von Arbeitsplatzvernichtungen entwickelt haben, d.h. die Übernahme von Betrieben in Belegschaftshand, der Ansatz »Beschäftigungsplan statt Sozialplan« sowie die zahlreichen Belegschaftsinitiativen, die sich mit dem Aufbau alternativer Produktionen befassen. Hierzu rechnen auch alle jene betrieblichen Aktivitäten, die sich auf den Rahmen von Aktionsprogrammen beziehen, wie z.B. das »Aktionsprogramm: Arbeit und Technik« der IG Metall.

Betriebsübernahmen durch die Belegschaft

Vorrangiges Ziel dieser Initiativen ist die Erhaltung der eigenen Arbeitsplätze. Seit Anfang der 80er Jahre häufen sich die Versuche von Betriebsübernahmen (z.B. AEG-Werk Brunnenstraße, West-Berlin; Olympia-Werk, Leer; Arendt, Sersheim; Gebrüder Hoffmann, Eibelstädt; Schmalbach-Lubeca, Velbert; Mönninghoff, Hattingen)⁶. Vielfach gehen diesen Versuchen Betriebsbesetzungen voraus, um die schnelle Betriebsschließung und den Abtransport von Anlagen, Produkten etc. zu verhindern, aber auch, um den eigenen Forderungen nach Weiterführung des Betriebes Nachdruck zu verleihen. Der Großteil der Versuche der Betriebsübernahme durch die Belegschaft ist bisher gescheitert. Bekannte erfolgreiche Betriebsübernahmen sind die Fälle Glashütte Süßmuth (bereits seit 1970) und das Voith-Werk, Bremen, das als AN Maschinenbau und Umweltschutzanlagen GmbH weitergeführt wird (seit 1983). Die Gewerkschaften tun sich schwer

mit Belegschaftsaktivitäten zur Betriebsübernahme⁷. Dies gilt weniger im Hinblick auf die praktische Unterstützung solcher Ansätze, die von den örtlichen Gewerkschaftsgliederungen stets gewährt wurden. Schwierigkeiten bereitet vor allem die Integration dieser Ansätze in das Gesamtgebäude gewerkschaftlicher Programmatik. Die Gewerkschaften befürchten, daß solche Initiativen wesentliche gewerkschaftspolitische Grundsätze in der Tarif- und Humanisierungspolitik unterlaufen könnten. Deshalb hat die IG Metall zwar einerseits solchen Initiativen größtmögliche Unterstützung zugesagt, hat diese Unterstützung jedoch andererseits an konkrete »gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Mindestbedingungen« gebunden⁸.

Die »Beschäftigungsplan-Strategie«

Auch dieser Ansatz ist Teil des betrieblichen Abwehrkampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung. Es gibt bisher erst einen einzigen Versuch, über die Durchsetzung eines Beschäftigungsplanes eine Alternative zur bisherigen Sozialplan-Politik, bei der ja Arbeitsplatzverluste hingenommen werden, zu entwickeln, nämlich bei Grundig, Nürnberg⁹. Hier sollen Entlassungen dadurch vermieden werden, daß die Produktpalette des Unternehmens möglichst rasch durch Entwicklung und Aufnahme neuer Produktlinien diversifiziert wird. Gleichzeitig sollen Produktivitätssteigerungen vorrangig der Humanisierung der betrieblichen Arbeitsbedingungen dienen. Nicht zuletzt wurde vereinbart, daß die Beschäftigten vorausschauend auf die für neue Produktlinien erforderlichen Qualifikationsanforderungen hin weitergebildet werden sollen. Zwar ist es der IG Metall nicht gelungen, in der Vereinbarung über den Beschäftigungsplan auch einen Verzicht des Managements auf Entlassungen durchzusetzen, der Beschäftigungsplan hat jedoch gegenüber dem sonst üblichen Sozialplan zweifellos erhebliche Vorteile. Vor allem bietet er den Beschäftigten eine konkrete Perspektive, für die es sich aussichtsreich zu kämpfen lohnt.

Die Ansätze »Alternative Produktion«

Auch diese Belegschaftsinitiativen sind vor allem zur Abwehr aktueller oder potentieller Beschäftigungsrisiken in verschiedenen Bereichen der Metallindustrie (Werftindustrie, Maschinenbau, Flugzeugbau) entstanden. Der Hintergrund: Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter haben nur wenig Möglichkeiten, auf die unternehmerische Produktions- und Investitionspolitik Einfluß zu nehmen. Steht ein Unternehmen bereits vor dem Zusammenbruch, so bleibt oft nur noch der Sozialplan. Um gar nicht erst in eine solche Defensivposition zu geraten, ist es für Arbeitnehmer notwendig, sich frühzeitig und langfristig mit den Entwicklungspotentialen »ihres« Unternehmens zu beschäftigen. Dies versetzt sie in die Lage, die Unternehmenspolitik der Vorstände kritisch zu begleiten und ihre eigenen Vorstellungen

und Aktivitäten in Betriebsversammlungen, über den Betriebsrat und über die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat immer wieder zum Ausdruck zu bringen. Auf diese Weise kann versucht werden, auf Managemententscheidungen Einfluß zu nehmen, was zur Verhinderung späterer Betriebsschließungen durchaus beitragen kann.

Aber nicht nur die Abwehr von Beschäftigungsrisiken spielt bei diesen Arbeitskreisen »Alternative Fertigung« eine Rolle. Im Rüstungsbereich geht es neben dem Streben, die Abhängigkeit der Arbeitsplätze von der unsicheren und politisch-moralisch zweifelhaften Rüstungsproduktion zu vermindern vor allem darum, den Sinn der eigenen Arbeit und deren Ergebnisse zu verändern: es geht um die Entwicklung und Produktion sozial nützlicher und gesellschaftlich notwendiger Güter und Dienstleistungen. Hierin liegt die »neue Qualität« dieser Initiativen auch in gewerkschaftspolitischer Hinsicht: Sie zielen nicht allein auf die Gestaltung des Arbeitsprozesses, sondern auch auf Beeinflussung der Arbeitsergebnisse. Sie stellen die Frage nach dem Gebrauchswert der hergestellten Produkte und schlagen damit die Brücke zu zentralen strukturpolitischen Problemstellungen: Welche Produkte sollen vorrangig hergestellt werden? Welche Produktionsbereiche sollen zurückgefahren werden? Sollen brachliegende Produktionskapazitäten in der Region durch den Konkurrenzmechanismus vernichtet oder durch staatliche Hilfen erhalten werden? Lassen sich brachliegende Ressourcen zur Abdeckung gesellschaftlicher Bedarfe mobilisieren? Es ist vor diesem Hintergrund kaum überraschend, daß sich Elemente des Ansatzes »Alternative Fertigung« in fast allen dezentralen Initiativen, seien es Betriebsübernahmeversuche, branchenpolitische oder regionalpolitische Konzepte der Gewerkschaften, wiederfinden. Die Ansätze zum Aufbau alternativer Produktionen sind aus den Belegschaften heraus entstanden¹⁰. Sie werden i.d.R. getragen durch die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper. In verschiedenen Fällen haben diese Aktivitäten auch zur Bildung von Arbeitskreisen auf lokaler oder regionaler Ebene geführt. Einigen betrieblichen Arbeitskreisen ist es gelungen, eine kontinuierliche Arbeitsweise aufzubauen und stabile Strukturen zu entwickeln. Die betriebspolitischen Ansätze zur Produktkonversion blieben auf die Gewerkschaften nicht ohne Einfluß. Sie haben zu einer breiten Diskussion innerhalb der Organisation geführt. »Ergebnis dieser Diskussion war nicht zuletzt eine Vielzahl von Anträgen zum 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1983, die auf eine Verstärkung der gewerkschaftlichen Unterstützungsaktivitäten in diesem Bereich hinauslaufen, sowohl für die rüstungsproduzierende Industrie, als auch für andere Branchen, in denen Arbeitsplatzprobleme vorhanden oder erkennbar sind. Die entstandenen Aktivitäten in den Betrieben sollen ausgeweitet und stärker in bestehende bzw. noch zu schaffende Strukturen der Organisation eingebunden werden«¹¹.

Das IG Metall-Aktionsprogramm: Arbeit und Technik

Dieses auf Aktivitäten auf der dezentralen Ebene abzielende Politikkonzept unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht von den bisher skizzierten betriebspolitischen Ansätzen: Zum einen geht es vorrangig um die Durchsetzung von Alternativen der Arbeitsprozeßgestaltung, d.h. sozialverträglicher und humanisierungsgerechter Formen des Technikeinsatzes und der Arbeitsorganisation, zum anderen handelt es sich um einen von der Gewerkschaftszentrale her entwickelten Politikansatz, der auf eine breite Mobilisierung dezentraler betriebspolitischer Aktivitäten zielt. Die IG Metall versucht mit diesem Ansatz, das gewerkschaftspolitische Ziel der sozialen Kontrolle der Technikgestaltung von der Ebene her anzugehen, auf der alltäglich massenhaft um die Art und Weise des Technikeinsatzes gerungen wird. »Dazu sind konkrete Alternativen zu den Rationalisierungskonzepten der Unternehmer zu formulieren. Sie müssen von Betriebsräten, gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern und den betroffenen Arbeitnehmern aufgegriffen und getragen werden ... Ziel ist eine betriebsübergreifende Massenbewegung: Arbeit und Technik für den Menschen...«¹².

Die neue Qualität dieses Ansatzes liegt u.a. darin, daß sich die Gewerkschaft im Hinblick auf das Feld der Techniksteuerung und Technikgestaltung nicht auf eine Forderungspolitik gegenüber dem Staat, z.B. mit dem Ziel einer alternativen staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik, beschränkt, sondern versucht, die eigenen Handlungsmöglichkeiten massiv auszuschöpfen.

Die Mobilisierung der betriebspolitischen Initiativen bleibt jedoch kaum ohne Konsequenzen auch für staatliche Politik. Aus dieser Bewegung heraus resultieren gewiß stärkere Anforderungen an eine Arbeitsorientierung staatlicher Technologie-, Struktur- und Industriepolitik: »Wenn in '1000 und mehr' Betrieben menschengerechte Arbeitsbedingungen und humane Techniken 'nachgefragt' werden, dann stellt das eine nicht zu unterschätzende 'Marktmacht' dar, die auch überbetriebliche Wirkungen zeigen wird: bei den Entwicklern und Herstellern neuer Techniken, in der Durchsetzungsfähigkeit von tarifpolitischen Forderungen, in der Technologie-, Industrie- und Wirtschaftspolitik bei der Verringerung der Massenarbeitslosigkeit«¹³. Mit dem Aktionsprogramm übernimmt die Gewerkschaftszentrale eine offensive Mobilisierungs-, Koordinations- und Unterstützungsfunktion für dezentrale Initiativen. Der Erfolg dieses politischen Ansatzes wird davon abhängen, ob dieser Impuls von der dezentralen Ebene her aufgenommen, engagiert umgesetzt und damit mit Leben erfüllt wird.

5.2 Branchenpolitische Ansätze

Die Formulierung von strukturpolitischen Gestaltungskonzepten für einzelne Branchen ist die Domäne der nach dem Industrieverbandsprinzip organisierten Einzelgewerkschaften. Solche Konzepte sollten die jeweilige Branchensituation analysieren, Gefährdungspotentiale für Arbeitnehmerinteressen aufzeigen und branchenpolitische Lösungsvorschläge zur Bewältigung dieser Gefährdungspotentiale präsentieren. Gewerkschaftliche Branchenkonzpte gibt es bisher nur für wenige Wirtschaftszweige. Hierzu zählen einige Zweige der metallverarbeitenden Industrie. Auch das Programm »Bauen und Umwelt«, welches 1984 von der IG Bau-Stein-Erden konzipiert wurde, kann als branchenpolitisches Konzept eingeordnet werden. Die bisherigen branchenpolitischen Konzepte sind Reaktionen auf aktuelle oder potentielle Strukturkrisen. Die Konzepte wurden von den Zentralen der jeweils zuständigen Einzelgewerkschaften erarbeitet. Branchenkonzpte sind im wesentlichen Bestandteile der gewerkschaftlichen Forderungspolitik gegenüber dem Staat. Sie sind jedoch zugleich Anlaß, über die Erfordernisse und Möglichkeiten verstärkter gewerkschaftlicher Umsetzungsaktivität nachzudenken.

Branchenpolitische Konzepte in der Metallindustrie

Die IG Metall hat bisher Branchenkonzpte für die Stahl- und Werftindustrie, für die Automobilindustrie und die Unterhaltungselektronik erarbeitet. Alle Branchenkonzpte gehen von aktuellen und vorhersehbaren Risiken für die abhängig Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen aus. Auf dieser Grundlage werden die Erfordernisse und Möglichkeiten einer zukunftsbezogenen Branchensteuerung im Interesse der Arbeitnehmer entwickelt. Als institutionelle Vorschläge finden sich in allen Branchenkonzpten die Forderungen nach Einrichtung von Branchenausschüssen sowie nach gleichberechtigter Partizipation der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften an der Branchenlenkung. Für die Stahlindustrie wird darüber hinaus die Vergesellschaftung der Branche gefordert, für die die Gewerkschaft inzwischen ein konkretes Konzept vorgelegt hat¹⁴. Ein wichtiges Element aller branchenpolitischen Ansätze stellt die Forderung nach frühzeitiger Diversifizierung der Produktionspalette dar, wobei auf die betriebspolitischen Initiativen zur »Alternativen Produktion« Bezug genommen wird. Durchgehend ist auch die Forderung nach einer vorausschauenden Qualifizierungspolitik für die Arbeitnehmer.

Alle Branchenkonzpte haben eine regionalpolitische Komponente, da die Branchenskapazitäten für bestimmte Standorte von erheblicher beschäftigungspolitischer Bedeutung sind. So sind die Kapazitäten der Werftindustrie an der norddeutschen Küste konzentriert. Die Stahlindustrie stellte bisher in erheblichem Umfange Beschäftigungsmöglichkeiten für die Regionen

Ruhrgebiet (Thyssen, Krupp, Hoesch), Saarland (Arbed Saarstahl), Bremen (Klöckner) und Peine-Salzgitter bereit. Deshalb fordert die IG-Metall aus regional- und beschäftigungspolitischen Gründen den Erhalt der bisherigen Stahlstandorte. Zur Durchsetzung dieser Forderungen und zur Verhinderung von Betriebsschließungen wurden vielfältige Aktivitäten entfaltet, die von Flugblattaktionen bis hin zu Massendemonstrationen und temporären Arbeitsniederlegungen reichten.

Die Automobilindustrie zählt — im Unterschied zu den anderen angesprochenen Branchen — bisher zu den wachstums- und beschäftigungstragenden Industriezweigen im Bundesgebiet. Dennoch sind bereits heute die Grenzen des Wachstums dieser Branche sowie erhebliche Beschäftigungsrisiken auszumachen. Deshalb fordert die IG Metall für diesen Sektor eine vorausschauende Branchenpolitik des Bundes und hat auch für diesen Bereich ein entsprechendes Branchenkonzept vorgelegt¹⁵.

Das Programm »Bauen und Umwelt«

Der unmittelbare Hintergrund dieses Programmvorschlages der IG Bau-Steine-Erden ist die seit Jahren anhaltende Strukturkrise in der Bauwirtschaft, die allein zwischen 1980 und 1985 mit einem Verlust von einer Viertel Million Arbeitsplätze (nur im Bauhauptgewerbe!) verbunden war. Gemessen am Höchststand der Branchenbeschäftigung Anfang der 70er Jahre (Bauhauptgewerbe: 1,6 Mio Beschäftigte) ist bis Mitte der 80er Jahre mehr als jeder dritte Arbeitsplatz in diesem Sektor vernichtet worden¹⁶.

Die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden forderte bereits frühzeitig, d.h. vor dem Auslaufen des Zukunftsinvestitionsprogramms Anfang der 80er Jahre, beschäftigungs- und strukturpolitische Maßnahmen des Bundes, um den weiterlaufenden Prozeß der Arbeitsplatzvernichtung zu stoppen. Als Gegenkonzept zur branchenpolitischen Kahlschlagsanierung (»Gesundschumpfungs«-Konzept) der Bundesregierung präsentierte die Gewerkschaft 1984 den Vorschlag eines 15-Mrd.-Investitionsprogramms zur Verbesserung der Umwelt. Sie knüpfte damit an die vorhandenen Lücken in wichtigen gesellschaftlichen Bedarfsbereichen an. Die brachliegenden Kapazitäten im Baubereich sollten zur Verbesserung der Versorgungssituation in den Bereichen Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Abfallbeseitigung, Energieversorgung, Verkehrswesen sowie Stadtsanierung und Dorferneuerung mobilisiert werden. Mit Hilfe eines solchen Programms könnten im Bausektor rund 400.000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden. Das Programm »Bauen und Umwelt« wurde in der Zentrale der Einzelgewerkschaft erarbeitet. Es stellt eine Forderung an den Bund dar, der zur Verwirklichung eines solchen Programms eine federführende Rolle übernehmen müßte. Da die Durchsetzungschancen für eine solche Forderung auf der zentralstaatlichen Ebene derzeit ungünstig sind,

mußte sich die Gewerkschaft Gedanken über andere Möglichkeiten der Umsetzung machen. Diese läuft gegenwärtig über eine Mobilisierung der dezentralen Ebene, über Informationsveranstaltungen und Diskussionen, über die Thematisierung der Forderung auf Betriebsversammlungen sowie über die Entwicklung konkreter Forderungen nach Umweltinvestitionen gegenüber allen öffentlichen Gebietskörperschaften. Mit dieser Mobilisierungskampagne sollen nicht nur möglichst viele Umweltinvestitionen in den einzelnen Regionen bewirkt werden, sondern es geht auch darum, ein politisches Druckpotential aufzubauen, um den Bund in die bisher unausgefüllte Leitfunktion eines öffentlichen Umweltschutzinvestitionsprogramms zu drängen.

5.3 Regionalpolitische Initiativen

Viele Branchenkapazitäten sind im Bundesgebiet ungleichmäßig verteilt. Die Konzentration von Branchenkapazitäten auf bestimmte Standorte hat zur Konsequenz, daß die Existenzfähigkeit der jeweiligen Regionen von der Entwicklung der dominierenden Industriezweige abhängt. Branchenkrisen mit Betriebsschließungen und Entlassungen in solchen Zweigen bilden den Hintergrund auch von regionalpolitischen Initiativen örtlicher Gewerkschaftsgliederungen. Die einzelgewerkschaftliche Betriebs- und Branchenpolitik stößt in diesen Problemsituationen schnell auf Grenzen: Betriebspolitische Initiativen haben nur eine Überlebenschance, wenn sie in überbetriebliche regionale Programme und Entwicklungskonzepte eingebettet werden. Branchenpolitische Konzepte bleiben innerhalb der Sektorengrenzen, sie reichen nicht darüber hinaus: Ersatzarbeitsplätze in der Region lassen sich nur durch branchenübergreifende regionalpolitische Strategien schaffen. Daß gewerkschaftliche Initiativen auf der lokalen und regionalen Ebene in den letzten Jahren einen Aufschwung erfahren haben, ist weiterhin auf folgenden Umstand zurückzuführen: Die Interessen der Arbeitnehmer beziehen sich nicht nur auf die Produktionssphäre (Arbeitsplatz, Betrieb, Branche) sondern wurden wesentlich bestimmt durch die allgemeinen Lebensbezüge, wie z.B. die Wohnsituation, soziale Bindungen, regionale Bindungen, kulturelle Beziehungen etc. Gewerkschaftliche Politik kann an diesen allgemeinen Lebensbedingungen und -interessen umso weniger vorbeigehen, wie diese in besonderem Maße gefährdet sind. Das ist in den letzten Jahren in zunehmendem Maße der Fall. Hieraus ergibt sich ein Druck, die organisationsbedingte starke Fixierung der gewerkschaftlichen Politik auf die Produktions- und Arbeitssphäre in Richtung einer stärkeren regionalpolitischen Orientierung aufzulockern und das gewerkschaftliche Handlungsfeld auszuweiten.

Dies ist in den letzten Jahren zunehmend geschehen. Regionalpolitische Initiativen der örtlichen Gewerkschaftsgliederungen¹⁷ umfassen öffentlich-

keitswirksame Aktivitäten zur Aufklärung der Bevölkerung über regionale Beschäftigungsrisiken, über Defizite in der regionalen Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, sie beinhalten auch Aktivitäten, die zum Aufbau von Modellen für eine arbeitnehmerorientierte integrierte Regionalpolitik führten. Nicht zuletzt geht es um Aktivitäten zur Verbesserung der Abstimmung zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen Politikträgern in der Region und zwischen den Regionen.

Initiativen zur Mobilisierung öffentlichen Drucks auf die beschäftigungspolitischen Akteure in den Regionen

Ein wichtiges Element öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten ist die Durchführung oder Initiierung von regionalen Arbeitsmarktkonferenzen. Gewerkschaften haben kaum einen institutionell abgesicherten Einfluß auf die lokale und regionale Wirtschaftspolitik. Deshalb ist die Entfaltung öffentlichen Drucks der Hauptansatzpunkt zur Beeinflussung der regionalen Beschäftigungspolitik (bes. der regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderung). Regionale Arbeitsmarktkonferenzen ermöglichen eine öffentlichkeitswirksame Thematisierung regionaler Beschäftigungs- und Versorgungsprobleme sowie die Verbreitung gewerkschaftspolitischer Lösungsvorschläge. Zentrale Voraussetzung, aber auch Bestandteil öffentlichkeitswirksamer Initiativen ist die Verbesserung der Informationsbasis über die Problemlage der jeweiligen Region. Eine engagierte und systematische gewerkschaftliche Informationspolitik trägt vor allem zur Früherkennung von Gefährdungspotentialen für Arbeitnehmerinteressen bei. Deshalb gibt es auf regionaler und sektoraler Ebene zahlreiche Initiativen zur Erstellung von Unternehmens-, Branchen- und Regionalanalysen. Zum Beispiel gibt es inzwischen über 30 gewerkschaftliche Regionalanalysen, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der regionalen Arbeits- und Lebensbedingungen befassen (Arbeitsmarktsituation, Wohn- und Umweltbedingungen, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, regionale Auswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen etc.¹⁸). Darüber hinaus gibt es Versuche, die Regionalanalysen zu einem regionalen Frühwarnsystem weiterzuentwickeln, in dem zukunftsbezogene Informationen aus den Betrieben und Branchen der Region mit regionalen Daten und Vorausschätzungen zusammengefaßt werden.

In vielen Regionen des Bundesgebietes haben die lokalen und regionalen Gewerkschaftsgliederungen bestehende öffentliche Investitionsbedarfe ermittelt. Diese regionalen Lücken in der Infrastrukturausstattung wurden inzwischen in einer Untersuchung von DGB/WSI für das gesamte Bundesgebiet zusammengefaßt.¹⁹

Gewerkschaftliche Regionalanalysen, Frühwarnsysteme und Infrastrukturbedarfsanalysen sind in vielen Regionen der Ausgangspunkt und die Grundlage für die Entwicklung regionalpolitischer Forderungen und Be-

schäftigungsprogramme. So hat die IG Metall Hamburg, in Abstimmung mit dem örtlichen DGB die Erarbeitung eines Beschäftigungsprogramms für die norddeutsche Küstenregion initiiert, welches das 1980 veröffentlichte DGB-Küstenstrukturprogramm fortschreiben und aktualisieren soll²⁰.

Auf kommunaler Ebene wurde z.B. vom DGB-Kreis München ein kommunales Investitionsprogramm vorgeschlagen. Ähnliche Projekte finden sich inzwischen in einer Vielzahl von Kommunen und Regionen.

Neben der Durchführung von Arbeitsmarktkonferenzen nutzen die Gewerkschaften vielfältige Kanäle, um ihre regionenbezogenen beschäftigungspolitischen Konzepte und Forderungen an die Öffentlichkeit zu bringen: Pressegespräche, Kontaktaufnahme zu Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern der verschiedenen Parteien, Öffentlichkeitsarbeit vor allem auch im Vorfeld von Regional- und Kommunalwahlen, öffentliche Stellungnahmen zu kommunalen Haushaltsplänen usw.²¹.

Initiativen zum Aufbau von Modellprojekten für eine arbeitnehmerorientierte integrierte Regionalpolitik

Diese Initiativen gehen über die bisher angesprochenen regionenbezogenen Ansätze in entscheidenden Punkten hinaus:

- sie sind nicht mehr bloße Forderungspolitik gegenüber dem Staat, sondern stellen bereits konkrete Umsetzungsschritte in Richtung einer arbeitnehmerorientierten Regionalpolitik dar;
- insofern bilden sie ein konkretes Alternativmodell gegen die traditionelle kommunale und regionale Wirtschafts- und Technikförderung²², welches die Interessen der abhängig beschäftigten Bevölkerung in der Region in den Mittelpunkt des Politikansatzes stellt;
- sie stellen einen integrierten regionalpolitischen Ansatz dar, weil sie innovations-, qualifizierungs-, infrastruktur- und beschäftigungspolitische Zielsetzungen und Maßnahmen zusammenführen und verknüpfen wollen;
- sie stellen auch eine institutionelle Neuerung in der regionenbezogenen Politik dar, weil Gewerkschaften bei diesen Ansätzen beachtliche Mitwirkungsmöglichkeiten institutioneller Art eingeräumt werden.

Die bisher bekanntesten Beispiele für solche Initiativen sind das »Entwicklungszentrum Dortmund — Modell östliches Ruhrgebiet« sowie das »Zentrum Arbeit, Technik, Umwelt« in Nürnberg²³. Durch diese Initiativen werden zahlreiche Zielsetzungen und Elemente gewerkschaftlicher Programmatik modellhaft in der Praxis umgesetzt. Der exemplarische Charakter dieses Ansatzes macht jedoch auch gleichzeitig seine Grenzen deutlich: Es kann aus gesamtgewerkschaftlicher Perspektive sicherlich nicht darum gehen, nunmehr einen flächendeckenden Aufbau von arbeitnehmerorientierten Entwicklungszentren im gesamten Bundesgebiet anzustreben. Hier-

durch wären die Gewerkschaften nicht nur überfordert, eine solche Perspektive würde auch den wesentlichen Kern gewerkschaftlicher Regional- und Beschäftigungspolitik übersehen: es geht nicht um die Entlassung der öffentlichen Hand aus ihrer regional- und beschäftigungspolitischen Verantwortung, vielmehr geht es um eine Stärkung gewerkschaftlicher Einflußnahme auf regional- und beschäftigungspolitische Strategien der öffentlichen Instanzen. In diesen Rahmen ist der gewerkschaftliche Ansatz zum Aufbau von Entwicklungszentren einzuordnen.

Ansätze zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Kapazitäten im Handlungsfeld Kommunal- und Regionalpolitik

Die Intensivierung der gewerkschaftlichen Arbeit im kommunal- und regionalpolitischen Bereich hat schnell die Engpässe gewerkschaftlicher Politik in diesem Handlungsfeld spürbar werden lassen. Einerseits hinken die personellen und sachlichen Kapazitäten der örtlichen Gewerkschaftsgliederungen permanent hinter den wachsenden Herausforderungen hinterher, andererseits ist der zunehmende Koordinationsbedarf zwischen den verschiedenen Trägern gewerkschaftlicher Politik nur mühsam in ausreichendem Umfang abzudecken.

Ein Ansatzpunkt, um diese Situation zu verbessern, ist die Einrichtung von struktur- und regionalpolitischen Arbeitskreisen, in denen sich die Gewerkschaftsgliederungen der Region regelmäßig treffen, um Erfahrungen auszutauschen und um die regionalen Probleme sowie die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten und Forderungen zu diskutieren. Solche Arbeitskreise bestehen inzwischen z.B. in der Region Nürnberg und in Dortmund. Auch sind die örtlichen Gewerkschaftsgliederungen in den letzten Jahren verstärkt dazu übergegangen, zusätzliche, teils externe Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen, z.B. durch Verstärkung der Kooperationsbeziehungen mit örtlichen Hochschulen, auch durch stärkere Einbeziehung der Innovationsberatungsstellen der IG Metall und der Technologieberatungsstellen des DGB in die Beantwortung regionalpolitisch relevanter Problemstellungen.

Gerade im Hinblick auf die Bewältigung der wachsenden Anforderungen an die Gewerkschaften im kommunal- und regionalpolitischen Handlungsfeld bleiben eine Fülle von bisher ungeklärten Problemen und offenen Fragen, die hier nur aufgelistet werden können: Wie ist die Zusammenarbeit der Einzelgewerkschaften auf regionaler Ebene zu verbessern? Wie können betriebs- und branchenpolitische Ansätze besser mit regionalpolitischen Initiativen verknüpft werden? Welche Rolle können die DGB-Ortskartelle zur Verbesserung der innergewerkschaftlichen Koordination auf regionaler Ebene spielen? Wie kann das Zusammenwirken gewerkschaftlicher Arbeit

in der Region und anderen regionalen Initiativen (z.B. Bürgerinitiativen) intensiviert werden? Welche Aktivitäten auf Ortsebene könnten die gewerkschaftlichen Vorstellungen der Einrichtung von regionalen Wirtschafts- und Sozialräten bzw. Strukturräten einer Realisierung näher bringen?

6. Schlußfolgerungen und Perspektiven

Greifen wir vor dem skizzierten Hintergrund die Frage des Wechselverhältnisses von gewerkschaftlicher Politik und Programmatik einerseits, dezentralen gewerkschaftlichen Initiativen andererseits erneut auf. Wir hatten festgestellt: Dezentrale Initiativen haben für die Konkretisierung und Durchsetzung gewerkschaftlicher Programmforderungen einen erheblichen Stellenwert. Wir können nunmehr zusätzlich konstatieren: Dezentrale Initiativen sind ein vorwärtstreibendes Moment für gewerkschaftliche Politik und Programmatik. Sie stellen »alte« Fragen der Gewerkschaftsbewegung neu. Sie erproben neue Antworten auf drängende Probleme. Sie eröffnen neue Chancen und Dimensionen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Sie zwingen die Gewerkschaften, sich mit neuen Wegen und Möglichkeiten des Kampfes um den Erhalt und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten auseinanderzusetzen.

Nehmen wir als Beispiel die Initiativen zum Aufbau alternativer Produktionen. Die Frage nach dem Gebrauchswert von Produkten als solche ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung gewiß nicht neu. Sie ist in der Forderung nach »Qualitativem Wachstum« ebenso enthalten wie im Konzept der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung. Das »Neue« an den Belegschaftsinitiativen »Alternative Fertigung« liegt darin, daß sie eine lange Zeit verschüttete gewerkschaftspolitische Dimension in praktischer Absicht wieder freilegen. Denn die Entscheidungen über die Inhalte und die Ausrichtung der Produktion haben die Gewerkschaften spätestens seit Beginn des »Wirtschaftswunders« in den frühen 50er Jahren in der Praxis den Unternehmern, dem Markt und/oder dem Staat weitgehend überlassen. Mit der konkreten Frage »Was sollen wir für wen produzieren?« durchbrechen die Initiativen die bisherige Beschränkung praktischer Gewerkschaftspolitik auf das Feld der Tarifpolitik und die unmittelbare Schutzfunktion für die Arbeitnehmer im Arbeitsprozeß. Sie eröffnen darüber hinaus der mitbestimmungspolitischen Programmatik der Gewerkschaften, welche auf die formelle Beteiligung der Gewerkschaften bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen zielt, eine neue, an konkreten Sachproblemen orientierte Perspektive. Nicht zuletzt stellen sie einen Ansatz dar, um potentielle innergewerkschaftliche Konfliktlagen zwischen gewerkschaftsprogrammatischen Zielsetzungen und den unmittelbaren Arbeitsplatzinteressen einzelner Be-

triebsbelegschaften zu entschärfen. Solche Konfliktpotentiale gibt es in zahlreichen programmatischen Bereichen: bei der Forderung nach Abrüstung und Rüstungsexportbeschränkung, beim Drängen auf konsequentere Umweltpolitik oder hinsichtlich des jüngsten DGB-Kongreßbeschlusses eines schnellstmöglichen Ausstiegs aus der Kernenergie. Die Durchsetzung dieser gewerkschaftlichen Forderungen wirft die Frage nach Ersatzarbeitsplätzen für die in der Rüstungsindustrie, in den umweltbelastenden Wirtschaftszweigen und in der Nuklearindustrie gefährdeten Arbeitsplätze auf. Hierfür sind beschäftigungspolitische Alternativen zu entwickeln, wobei neben Arbeitszeitverkürzungen der Aufbau alternativer Produktionen durchaus eine Perspektive zu bieten vermag.

Erfüllen dezentrale Initiativen damit für gewerkschaftliche Politik und Programmatik vielfältige positive Funktionen, so ist nicht daran vorbeizugehen, daß sie an die Gewerkschaften gleichzeitig zusätzliche Anforderungen stellen. Dezentrale Initiativen drohen zu scheitern, wenn sie nicht von den Gewerkschaften unterstützt werden. Daß dies nicht immer einfach ist, hat die Diskussion im Zusammenhang mit Betriebsübernahmen durch die Belegschaft ebenso gezeigt wie die bisherige Erfahrung mit betriebs- und branchenübergreifenden regionalpolitischen Initiativen (Kapazitätsprobleme, Koordinationsprobleme, Mobilisierungsprobleme). Dezentrale Initiativen können darüber hinaus versanden und/oder zur Stärkung von Betriebs- und Regionalegoismen führen, wenn sie nicht untereinander vernetzt und in übergreifende Konzepte eingebettet werden. Die Vernetzung von betriebs-, branchen- und regionalpolitischen Initiativen für die jeweiligen Regionen ist notwendig, um eine stabile regionale Kommunikationsstruktur aufzubauen und um z.B. den Aufbau »alternativer Überkapazitäten« in einzelnen Regionen sowie eine Konkurrenz alternativer Produktionsansätze um zu enge regionale Märkte zu vermeiden. Die Einbettung dezentraler Initiativen in regionenübergreifende Konzepte ist notwendig, weil nicht alle Regionen mit den gleichen Ressourcen bestückt sind und deshalb eine Arbeitsteilung zwischen den Regionen erfolgen muß. Hinzu kommt das Erfordernis, regionale und sektorale Disproportionalitäten im gesamtwirtschaftlichen Prozeß zu vermeiden. Nicht zuletzt liegt es auf der Hand, daß die Ziele des interregionalen Ausgleichs der Lebens- und Arbeitschancen nur aus gesamtstaatlicher Sicht und bei zentraler Verantwortlichkeit realisiert werden können.

Die Erfordernisse der Vernetzung und Einbettung dezentraler Initiativen stellen nicht nur zusätzliche Anforderung an die gewerkschaftliche Organisationsarbeit, sie erzwingen auch eine erneute Diskussion gewerkschaftlicher Programmatik und bieten dabei die Chance, gewerkschaftliche Programmforderungen mit neuem Leben zu füllen. Nehmen wir die Programmforderungen nach Investitionslenkung, volkswirtschaftlicher Rah-

menplanung und öffentlichen Investitionsmeldestellen für Großunternehmensinvestitionen. Diese Forderungen sind seit langem Bestandteil gewerkschaftlicher Programmatik, ohne daß die Gewerkschaften ihrer Realisierung bisher auch nur einen Schritt näher gekommen wären. Diese Forderungen gewinnen einen völlig neuen Stellenwert, wenn wir sie vor dem Hintergrund einer wachsenden Bewegung dezentraler Initiativen neu betrachten. Diese Konzepte könnten den Vernetzungs-, Koordinations- und Unterstützungsbedarf dezentraler Initiativen praktisch abdecken. Hierzu müßten sie jedoch im Hinblick auf diesen Bedarf entsprechend konkretisiert werden. Natürlich wäre diese Konkretisierung noch nicht identisch mit der Durchsetzung der Konzepte im politischen Raum. Durch die Verknüpfung dieser Forderungen jedoch mit einem praktisch-politischen Handlungsbedarf in Betrieben, Branchen und Regionen könnten die Durchsetzungschancen für diese Konzepte auf jeden Fall verbessert werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Leminsky, G., Otto, B., Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Zweite, völlig überarbeitete Auflage, Köln 1984, S. 439 ff. und S. 471 ff.
- 2 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Umweltschutz und qualitatives Wachstum, Düsseldorf 1985.
- 3 DGB-Technologie/HdA (Hrsg.), Neue Informations- und Kommunikationstechniken — Eine Stellungnahme des DGB, Düsseldorf 1984, S. 59 ff.
- 4 Vgl. dazu Leminsky, G., Otto, B., Politik und Programmatik ..., a.a.O., S. 34 ff.
- 5 Ebda, S. 9
- 6 Vgl. dazu Hommel, G., Nottenbohm, H.-G., Betriebe in Belegschaftshand, Handlungsbedingungen und -möglichkeiten beim Versuch der Übernahme von Betrieben durch die Beschäftigten, Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 22, Düsseldorf 1985.
- 7 Vgl. dazu Bierbaum, H., Betriebe in Belegschaftshand, Ein Beitrag zur Beschäftigungspolitik, in: Bierbaum, H., Riege, M. (Hrsg.), Die neue Genossenschaftsbewegung, Hamburg 1985, insbes. S. 50 ff.
- 8 Vgl. IG-Metall-Bundesvorstand, Möglichkeiten und Grenzen einer Betriebsübernahme durch die Belegschaft, abgedruckt in Frankfurter Rundschau vom 29.3.1985.
- 9 Vgl. Lobodda, G., Pfäffling, H., Grundig: Beschäftigungsplan statt Sozialplan, in: Lobodda, G., Richter, G., (Hrsg.), Antworten auf den »Späth-Kapitalismus«, IMU-Institut-Studie 4, München 1985, S. 98 ff.
- 10 Vgl. dazu ausführlich Duhm, R. u.a. (Hrsg.), Wachstum alternativ, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1983/84, Berlin (W) 1983; Mehrens, K. (Hrsg.), Alternative Produktion, Arbeitnehmerinitiativen für sinnvolle Arbeit, Köln 1985.
- 11 Mehrens, K., Alternative Produktion und gewerkschaftliche Politik, in: Mehrens, K. (Hrsg.), Alternative Produktion ..., a.a.O., S. 22.

- 12 IG-Metall-Bundesvorstand, Aktionsprogramm: Arbeit und Technik — »Der Mensch muß bleiben«, Frankfurt/M. 1984, S. 9.
- 13 Ebda.
- 14 Vgl. Näheres dazu u.a. Welsch, J., Branchenreport 1985/86, in Kittner, M. (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1986, insbes. S. 216 ff.
- 15 Einen knappen Überblick über die Branchenkonzepte der IG Metall gibt Bierbaum, H., Strukturpolitische Vorschläge der IG Metall zur Beschäftigungssicherung, in: Lobodda, G., Richter, G. (Hrsg.), Antworten ..., a.a.O., S. 66 ff.
- 16 Zur Strukturkrise in der Bauwirtschaft und zum Programm »Bauen und Umwelt« vgl. Welsch, J., Branchenreport 1984/85, in: Kittner, M. (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1985, S. 223 ff.; vgl. auch die umfangreiche Dokumentation IG Bau-Steine-Erden-Bundesvorstand (Hrsg.), Bauen und Umwelt, Arbeitsplätze für die Zukunft, Fachtagungsband, Frankfurt/M. 1985; zum Erfordernis einer systematischen Verknüpfung von umwelt-, struktur- und beschäftigungspolitischen Erfordernissen in der Region vgl. Welsch, J., Umweltschutz und regionale Beschäftigungspolitik — Zur Verknüpfung von Arbeit und Umwelt in der Region, in: WSI-Mitteilungen 12/1985.
- 17 Es liegen inzwischen einige Sammelbände vor, die eine Vielzahl von Fallstudien zu solchen Initiativen enthalten, z.B. Lobodda, G., Richter, G. (Hrsg.), Antworten ..., a.a.O.; Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 10/1985, Themenschwerpunkt: Regionale Bildungs- und Beschäftigungspolitik; Fricke, W., Seifert, H., Welsch, J. (Hrsg.), Mehr Arbeit in die Region, Chancen für regionale Beschäftigungsinitiativen, Bonn 1986.
- 18 Vgl. Kost, K., Leben und Arbeiten — Regionalanalysen der Hans-Böckler-Stiftung, in: Die Mitbestimmung Heft 7-8/1984.
- 19 DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Defizite öffentlicher Investitionspolitik auf regionaler und kommunaler Ebene — Ergebnisse einer Umfrage bei DGB-Landesbezirken und DGB-Kreisen (Bearbeitung H. Tofaute, WSI) Düsseldorf 1984.
- 20 Vgl. dazu z.B. Wand, K., Beschäftigungspolitische Initiativen in der norddeutschen Küstenregion, in: Fricke, W., Seifert, H., Welsch, J. (Hrsg.), Mehr Arbeit ..., a.a.O., insbes. S. 83 ff.
- 21 Vgl. dazu O.V., Regionale Beschäftigungspolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung, Fachtagung von DGB und WSI, Tagungsband, Düsseldorf 1985.
- 22 Vgl. zu den neueren Ansätzen der kommunalen Wirtschaftsförderung kritisch: Welsch, J., Durch »Technologieparks« zu mehr Arbeitsplätzen? — Ein neuer Ansatz der Strukturpolitik aus gewerkschaftlicher Sicht, in: WSI-Mitteilungen 1/1985.
- 23 Diese beiden Ansätze sind inzwischen vielfach beschrieben worden, stellvertretend seien genannt: Pollmeyer, B., Lokale Beschäftigungspolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung am Beispiel Dortmund, in: Fricke, W., Seifert, H., Welsch, J. (Hrsg.), Mehr Arbeit ..., a.a.O., S. 106 ff.; Pfäfflin, H., Richter, G., Konzept und Aufbau des Zentrums Arbeit, Technik, Umwelt — ZATU — für die Industrieregion Mittelfranken, in: Lobodda, G., Richter, G. (Hrsg.), Antworten ..., a.a.O., S. 215 ff.

Mike Cooley

Politik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität

Der strategische Gesamtansatz in London

Zur Einführung

Vor einhundert Jahren begann Charles Booth¹ seine monumentale Studie über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in London. Der erste von schließlich siebzehn Bänden wurde 1889 veröffentlicht. Er enthielt einen Überblick über die Lebens- und Arbeitswelt der Bevölkerung Ost-Londons, die erschreckenden Arbeitsunfälle in den Docks, über das Ausbeutungssystem im Schneider- und Schuhmacherhandwerk, die in monotone Handgriffe zerstückelte Akkordarbeit in der Möbelindustrie und den Untergang der Seidenweberei in Spitafields (ein Ortsteil Londons). Booth schätzte, daß von der Million Einwohner, die Gegenstand seiner Untersuchungen waren, 100.000 in tiefer Armut lebten, während 200.000 weitere, sofern sie nicht Not litten, mit ihrem Einkommen gerade ihre Existenz sichern konnten. Er begriff, daß er in Ost-London mit dem das ganze Land prägenden Problem von Armut und Verelendung geradezu idealtypisch konfrontiert wurde: »Wenn das, was sich hier gezeigt hat, als das gravierendste Armutsproblem unseres Landes gelten kann, wenn wir annehmen, daß dieser Distrikt die am stärksten von Armut, Not und Elend betroffene Bevölkerung beherbergt, dann können wir auch behaupten, daß mit der exemplarischen Darstellung des Armutsproblems hier in London auch die Lösungen beispielgebend gefunden werden können. Verelendung und Armut in London zu besiegen hieße dann, sie überall zu besiegen.«

1886 war für London ein Jahr der Krawalle und Unruhen; Aufruhr gegen die Erhöhung der Brotpreise und die steigende Arbeitslosigkeit. 1889 war auch das Jahr des »Gas-Streiks«, des Hafen-Streiks und der Entstehung einer neuen Gewerkschaftsbewegung. Es war auch das Gründungsjahr des »London County Council« (LCC, Londoner Grafschaftsrat) mit seiner radikalen Mehrheit, einem Kern von aus der Arbeiterklasse stammenden Stadträten, die entschlossen waren, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Londoner Bevölkerung zu verbessern. Der Nachfolger des LCC wurde

der »Greater London Council« (GLC, Stadtrat von Groß-London) und die Ähnlichkeiten der heutigen Situation mit der vor einhundert Jahren sind auffallend. Der GLC vertrat direkt und indirekt zwischen acht und elf Millionen Menschen. Er verwaltete einen jährlichen Haushalt von drei Milliarden Pfund und beschäftigte 94.508 Personen (inklusive der kommunalen Erziehungsbehörde, der »Inner London Education Authority«). Der GLC war eine der größten kommunalen Gebietskörperschaften der Welt.

Hintergrund

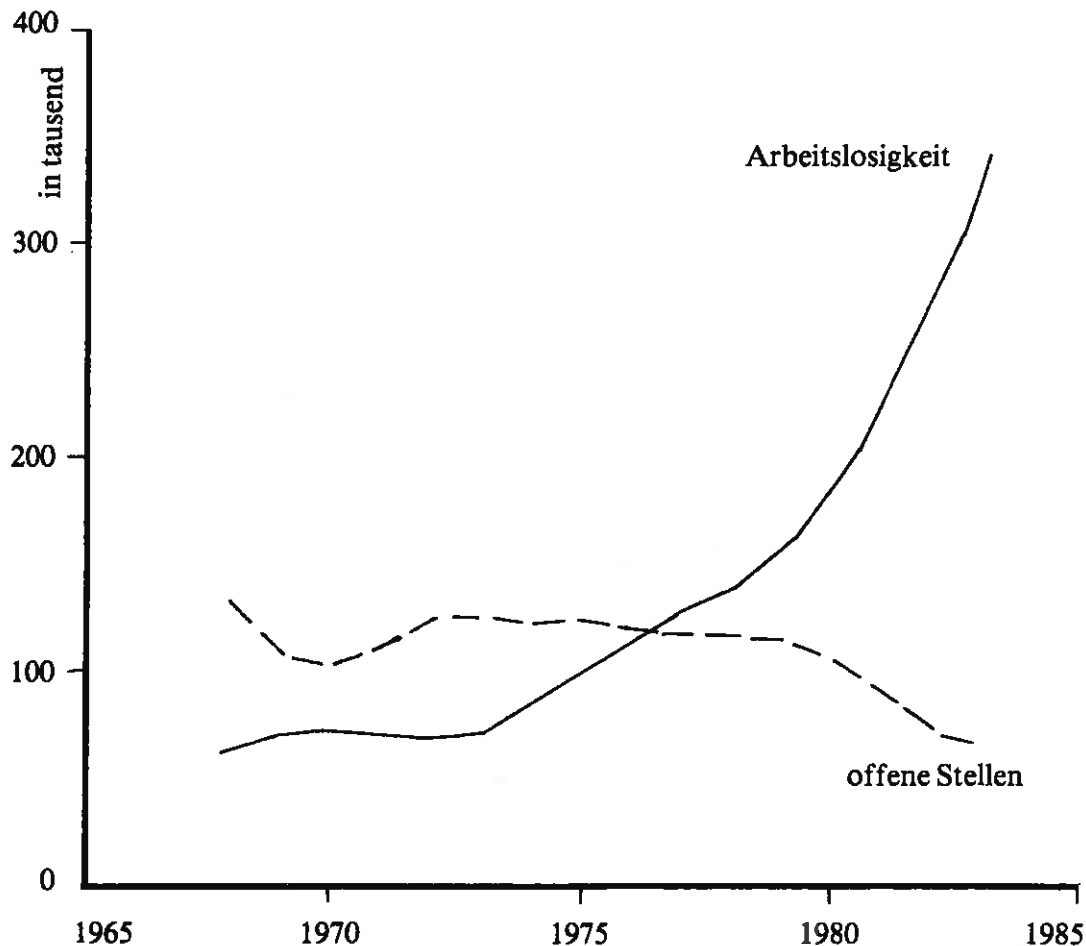
Das Industrie- und Beschäftigungsprogramm des »Greater London Council« wird in Großbritannien und im Ausland als eines der bedeutendsten der in den letzten Jahren entstandenen Projekte eingeschätzt. Es ist deshalb wichtig, zu analysieren, wie diese Politik entstanden ist und zu prüfen, wie sie umgesetzt wurde. Diese Strategie gegen Arbeitslosigkeit und Armut entwickelte sich nicht aus zahllosen chaotischen Sitzungen irgendwelcher Bürokraten der Stadtverwaltung. Sie entstand aufgrund einer ganzen Kette von äußeren Einflußnahmen durch die Gewerkschaften, die Bevölkerung und politische Aktivisten. Sie entstand auch aus der realistischen Einschätzung, daß die Arbeitslosigkeit Ausdruck tiefer Strukturprobleme sei und tatsächlich größer als kleiner werden würde. Das Industrie- und Beschäftigungsprogramm entstand zu einer Zeit in den späten siebziger Jahren, als es Voraussagen gab, in denen davon ausgegangen wurde, daß selbst bei Verstetigung ihrer damaligen volkswirtschaftlichen Wachstumsraten die Länder der Europäischen Gemeinschaft gegen 1990 insgesamt 20 Millionen Arbeitslose zu verzeichnen hätten. Eine besondere Anregung ging von den sehr praktischen und praktikablen Vorschlägen einer Gruppe von Industriearbeitern aus, die zu dieser Zeit Pläne für eine alternative Produktion entwickelten. Obwohl solche Planungen oft als Vorschlag angesehen werden, die vor allem für ein niedriges oder mittleres Technologieniveau geeignet schienen, war die Wirklichkeit des berühmten »Lucas Workers Plan«² eine andere. Er umfaßte Vorschläge für eine sehr große Bandbreite an Apparaturen und Maschinen, von Geräten für Behinderte bis zu Energieversorgungssystemen, hochentwickelten Transportsystemen und nach menschlichen Bedürfnissen ausgerichteten Industriemaschinen. Als gegen Ende der siebziger Jahre die Lucas-Arbeiter nicht in der Lage waren, die Labour-Regierung zu überzeugen, daß eine gesamtgesellschaftliche, landesweite Strukturveränderung die Übernahme alternativer Industrieprogramme (wie ihres »Corporate Plan«) erforderte und mit dem Antritt der Thatcher-Regierung wurde es immer deutlicher, daß andere Strategien benötigt wurden, um diese Planungen (wenn auch zunächst nur als Beispiele für die

Möglichkeiten einer anderen Produktionsweise) Realität werden zu lassen. Darum entschieden die Lucas-Arbeiter sehr bewußt, an eine Anzahl von lokalen und regionalen Verwaltungen heranzutreten, um diese von der Bedeutung ihres ganz anderen Zugangs zu industriellen und ökonomischen Planungen zu überzeugen. Zu den angesprochenen Kommunen, die in irgendeiner Form diese Ideen übernommen haben, gehörten Sheffield, West Midland, Manchester und im besonderem Maße London (das der eigentliche Gegenstand dieses Aufsatzes sein soll).

Als die Lucas-Arbeiter zuerst mit der Londoner Kommune über ihre Planungen diskutieren wollten, kontrollierten noch die Konservativen die lokale Verwaltung. Die Lucas-Leute orientierten sich deshalb an der oppositionellen Labour-Party und als Resultat der intensiven Diskussionen in der Partei wurde in ihr Wahlprogramm die Erklärung aufgenommen, daß im Falle einer Rückkehr zur Macht die Londoner Labour-Party versuchen würde, die Industrie nach den Konturen des Lucas-Workers-Plan zu restrukturieren. Diese Zusage bezog sich nicht nur auf die Herstellung alternativer Produkte, sondern auch auf alternative Arten der Produktion selbst und auf eine Einbeziehung der Bevölkerung in die Industrieplanungen. Die Allgemeinheit sollte über die Produkte und Dienstleistungen, die sie benötigte, selbst bestimmen. Darüber hinaus war es auch ein Versuch, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in einer Form zu entwickeln, mit der gesellschaftlich benachteiligte Gruppen und ethnische Minderheiten besonders unterstützt werden konnten.

Das zentrale, ausführende Organ, in dem diese Probleme diskutiert und gelöst werden sollten, war der »Greater London Enterprise Board« (GLEB, Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung). Kurz vor der Wahl erklärte die Labour-Party in ihrem Wahlmanifest, daß im Falle ihrer Regierungsübernahme in London der GLC 32 Millionen Pfund jährlich zur Schaffung und Finanzierung des GLEB zur Verfügung stellen werde. Man meinte, daß GLEB als unabhängige Gesellschaft etabliert werden sollte, damit er schneller als die schwerfällige Bürokratie auf Anforderungen reagieren könnte. Für die meisten lokalen Behörden in Großbritannien gilt (selbst wenn sie für dich arbeiten, was auch nicht immer sicher ist), daß sie mindestens allein sechs Monate brauchen, um Berichte und Denkschriften durch die verschiedenen Ausschüsse zu bekommen. Es leuchtet ein, daß im Falle eines drohenden Firmenbankrotts solche Zeitabläufe nicht akzeptabel sind. In den ersten drei Jahren seiner Arbeit hat der Greater London Enterprise Board 208 Unternehmen geschaffen, restrukturiert oder unterstützt. Und als Folge dieser Interventionen konnten 4.700 neue Arbeitsplätze geschaffen werden (die Zahl der durch GLEB-Aktivitäten indirekt geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätze liegt mehrmals so hoch). Die durchschnittlichen Kosten der von GLEB geschaffenen Arbeitsplätze lagen bei 4.000

Schaubild 1: Offene Stellen und Arbeitslosigkeit in Groß-London



Pfund, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Finanzierung eines Arbeitslosen (Familienvorstand mit mehreren Angehörigen) ungefähr 7.000 Pfund im Jahr kostet. Um diese Arbeitsplätze zu schaffen, war es notwendig, die Struktur der regionalen Industrien und die Struktur der vorhandenen Arbeitslosigkeit zu untersuchen. Schaubild 1 zeigt die Entwicklung von freien Stellen und die Arbeitslosenquote im Gebiet von Groß-London. Hier muß außerdem berücksichtigt werden, daß die Arbeitslosigkeit in London auch räumlich ungleich verteilt ist. Durch Untersuchungen der wirtschaftsgeographischen Lage wurde deutlich, daß das höchste Niveau der Arbeitslosigkeit in Innenstadtbezirken liegt, die schon seit langem Arbeiterbezirke sind. Diese Bezirke sind gleichzeitig Zentren eines hohen Bevölkerungsanteils an ethnischen Minderheiten. Eine differenzierte Analyse der Arbeitslosenstruktur ergab folgendes:

1. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen liegt in London heute bei über 400.000. Damit ist sie um das Dreifache höher als 1979. Aber in der offiziellen Statistik der gemeldeten Arbeitslosen wird das Problem nur geschönt dargestellt. Gegen Ende 1985 dürfte (aufgrund unserer Schätzungen, die von einem genaueren Begriff der Arbeitslosigkeit ausgehen) die Zahl der Arbeitslosen schon bei 540.000 gelegen haben. Dazu müßten noch 36.000 Arbeitsplätze für Teilzeitarbeiter, die eine Vollbeschäftigung suchen, und weitere 140.000 qualifizierte Arbeitsplätze, um fachlich gut ausgebildeten Personen einen ihrer fachlichen Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz anbieten zu können, gerechnet werden.
2. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in London lag im Dezember 1985 bei 10 Prozent und damit unterhalb des landesweiten Durchschnitts von 13,5 Prozent. Aber diese Angaben verschleiern die großen Unterschiede innerhalb Londons. In sieben Stadtteilen liegt die Rate bei 20 Prozent; in Hackney und Tower Hamlets wird unter der männlichen Bevölkerung eine Arbeitslosenquote von 30 v.H. erreicht. Die schwarze Bevölkerung und die Behinderten sind von Arbeitslosigkeit am schwersten betroffen. 1985 lag die durchschnittliche Arbeitslosigkeit des afrikanisch-karibischen Bevölkerungsanteils bei 16 gegenüber 7 Prozent unter der weißen männlichen Bevölkerung.
3. Die Ausgaben der öffentlichen Hand für jeden registrierten Arbeitslosen in London betragen nach genauer Schätzung 120 Pfund pro Woche, das sind 2,4 Milliarden Pfund im Jahr.
4. Wenn auch diese Unkosten einigen Unternehmen zugute kommen, weil sie ihnen erlauben, scharf gegen Lohnniveau und Arbeitsbedingungen vorzugehen, so ist selbst diese Funktion der Arbeitslosigkeit dort disfunktional, wo sie Höchststände erreicht und Langzeitarbeitslosigkeit mit sich bringt. Andauernde Arbeitslosigkeit ist keine Quelle für eine industrielle Regeneration und hat schon zu einem Verfall von Fertigkeiten und Kenntnissen geführt, so daß selbst in einer Phase eines geringen konjunkturellen Aufschwungs wieder mit der Verknappung eines qualifizierten Arbeitskräfteangebots gerechnet werden muß.
5. Durch die in den letzten Jahren nicht erfolgte Änderung der britischen Regierungspolitik hatte der GLC nur eine sehr begrenzte Möglichkeit, den Arbeitslosen Hilfe zukommen zu lassen, indem er z.B. Arbeitslosenzentren einrichtete, indem er 1985 zum Arbeitsplatzjahr erklärte und zahlreiche Veranstaltungen zum Problem der Massenarbeitslosigkeit organisierte und indem er Initiativen zur Entwicklung eines Ausbildungs- und Schulungsprogrammes forderte, das mit dem Niedriglohn und Minimalausbildungsprogramm der Thatcher-Regierung brach. Wenn Regionen und Kommunen ihren Teil bei der Herstellung von Vollbeschäftigung übernehmen sollen, so benötigen sie dazu finanzielle Unterstützung durch die Zentralregierung.

Eine genaue Untersuchung der Struktur der Arbeitslosigkeit in London zeigt das besondere Problem der ethnischen Minderheiten. Wenn beispielsweise Personen der westindischen Bevölkerungsgruppe angehören, ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie arbeitslos werden, ungeachtet ihrer Geschlechtszugehörigkeit doppelt so hoch wie bei Weißen der gleichen Schicht bzw. des gleichen Berufs (s. Tabelle 1). Selbst wenn sie einen Arbeitsplatz haben, leben sie überproportional häufig in Gegenden mit der geringsten Wohn- und Lebensqualität, werden weniger gut bezahlt und haben geringste Aussichten, sich zu verbessern (s. Tabelle 2). Die Analysen zeigten eine weitverbreitete Diskriminierung in den unterschiedlichsten Formen. Kompensatorische Schritte, mit denen diese Fehlentwicklungen korrigiert werden sollten, umfaßten die Einrichtung einer Abteilung für ethnische Minderheiten (LCEB) und ein spezifisches Arbeitsbeschaffungsprogramm für sie, z.B. in Form einer Wirtschaftsförderung für Betriebe mit Angehörigen dieser ethnischen Gruppen. Die Lage der schwarzen Bevölkerung Londons kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

- a) Schwarze sind in Großbritannien und in der Dritten Welt als eine Quelle billiger Arbeitskraft in Arbeitsbereichen eingesetzt worden, für die Weiße nicht zur Verfügung standen. Wegen der in Großbritannien bestehenden rassistischen Vorurteile und Diskriminierungen werden Schwarze in der Regel unabhängig von ihrer Ausbildung mit den schlechtbezahltesten, körperlich anstrengendsten und am wenigsten qualifizierten Arbeiten betraut.
- b) Auch aus diesen Gründen stieg die Arbeitslosigkeit unter der farbigen Bevölkerung in den 70er Jahren, als die Beschäftigungslage sich insgesamt rapide verschlechterte, dreimal so schnell an wie unter der weißen Bevölkerung. 1980 stieg sie (nach dem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung und Berufsausbildung) viermal so schnell. Zwischen 1980 und 1981 wuchs in London die Arbeitslosigkeit insgesamt um 35, unter Schwarzen jedoch um 57 Prozent, 1984 war nach Aussagen der dritten Schätzung des Instituts für politische Studien (die zum Teil durch den GLC finanziert und 1984 veröffentlicht wurde) die Arbeitslosigkeit unter Afrikanisch-karibischen zweimal so hoch wie unter der weißen und anderthalbmal so hoch wie unter der asiatischen Bevölkerungsgruppe.
- c) Besonders schwer sind in London ältere asiatische Männer und junge Afrikaner von der Arbeitslosigkeit betroffen. Nach Angaben des »Nationalen Wohnbauberichts« waren schon um 1977/78 22 Prozent der männlichen und 24 der weiblichen afro-karibischen Bevölkerung in der Altersgruppe zwischen 15 und 19 Jahren arbeitslos. Die Vergleichszahlen für die gleichaltrigen Weißen lagen bei 7 Prozent männlicher und 8 Prozent weiblicher Arbeitslosigkeit. Der Stadtrat von Lambeth (ein

Stadtteil von London) gab an, daß 1982 in seinem Bezirk 60 Prozent der afro-karibischen Bevölkerung unter 19 Jahren arbeitslos war.

- d) Die Vorstellung, daß große Teile der asiatischen Bevölkerungsgruppe durch das Betreiben von kleinen und kleinsten Firmen, Geschäften etc. profitieren und diesen Belastungen entkommen könnten, sind ein Mythos. Diese Unternehmen existieren gewöhnlich am Rande des Überlebens und die Lage ihrer Beschäftigten ist oft besonders schlecht.
- e) Die Gefahr, arbeitslos zu werden, ist für schwarze Frauen im allgemeinen noch höher als für schwarze Männer. Ganz besonders wohl für die große Zahl von schwarzen Frauen, die ohne soziale Absicherung auf quasi versteckten Arbeitsplätzen, etwa als Heimarbeiterinnen arbeiten.
- f) Die bittere Realität, daß schwarze Arbeiter schlechteren Berufen als Weiße nachgehen und viel häufiger arbeitslos werden, haben sie sich nicht selbst zuzuschreiben. Sie ist das Ergebnis des in der britischen Kolonialvergangenheit angesiedelten weißen Rassismus.
- g) Dieser Rassismus sorgt dafür, daß die Qualifikationen und Fähigkeiten der Schwarzen häufig ignoriert und daß Schulungsprogramme diese Diskriminierung zementieren anstatt sie zu bekämpfen.
- h) Diese Lage wird durch rassistisch wirkende Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetze verschlimmert, die auch die Gefährdung schon im Lande arbeitender Schwarzer erhöhen.
- i) Bis jetzt haben die Gewerkschaften wenig getan, um sich ernsthaft diesen Problemen zu widmen, ungeachtet des besonders hohen Anteils von Schwarzen unter den Gewerkschaftsmitgliedern.
- j) Der GLC unternahm einige Schritte, um den Rassismus in der Arbeitswelt zu bekämpfen und die Interessen der schwarzen Arbeiter Londons zu verteidigen. Während diese Aktionen schon für sich genommen wichtig waren und noch wichtiger werden, falls sie von anderen Institutionen und Organisationen aufgegriffen werden, wird letztendlich der Beschäftigungsrassismus nur durch ein nationales Aktionsprogramm überwunden werden können, das einerseits auf eine umfassende gesellschaftliche Bekämpfung des Rassismus und andererseits auf die Erneuerung der bisher vernachlässigten Innenstadtbezirke, wo zur Zeit der größte Anteil der schwarzen Bevölkerung Großbritanniens lebt, zielt. Diese Gruppe selbst wird dabei eine Schlüsselrolle in dem Regenerierungsprozeß spielen müssen. Lokale, regionale und nationale Aktionsprogramme werden nur erfolgreich sein können, wenn sie organisch verbunden werden mit den Basisinitiativen und -aktionen der schwarzen Bevölkerung gegen Rassismus und für die Verteidigung ihrer legitimen Interessen.

Von diesen Überlegungen ausgehend hat es einen konsequenten Versuch gegeben, mehr qualifizierte Arbeitsplätze für Angehörige ethnischer Min-

derheiten zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit wurde darauf gerichtet, sicherstellen zu können, daß die neu geschaffenen Arbeitsplätze nicht die vielfältigen sozialen Ghettosituationen reproduzieren oder in nicht produktiven volkswirtschaftlichen »Abfallbereichen« angesiedelt wurden. In dieser Hinsicht zog die Technologie-Abteilung des GLEB durch ihre Technologienetzwerke (siehe unten) ihre Produktbank heran, um Produktionsbereiche für Unternehmen von ethnischen Minderheiten zu entwickeln und gleichzeitig Hinweise auf neue Produktionstechnologien zu geben, die die Leistungsfähigkeit der in diesen Betrieben Arbeitenden und ihre Arbeitsbedingungen verbessern sollten. In einem Jahr ihrer Tätigkeit konnten dadurch 1984/85 im Bereich dieser Betriebe 1.682 Arbeitsplätze geschaffen werden (siehe Tabelle 3).

Frauen

Die Untersuchung der Struktur von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung enthüllte bedeutende Diskriminierungen von Frauen; in einigen Sektoren wurde festgestellt, daß Frauen bei gleicher Leistung ca. 40 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, daß ihre Chancen auf Fortbildungs- und Schulungsprogramme schlechter waren, daß sie meistens in Berufen konzentriert waren, die schlechter bezahlt wurden (wie in der Krankenpflege und in bestimmten Bereichen der Büroarbeit). So setzt sich das Schreib- und Büropersonal zu 97 Prozent aus Frauen zusammen, während nur 5 v.H. der in der maschinellen Produktion Beschäftigten (unabhängig vom Qualifikationsniveau) Frauen sind. Darüber hinaus sind gerade 13 v.H. der Ingenieure und Wissenschaftler Frauen. Um sich diesen Problemen zu widmen, setzte die Regionalregierung einen Frauenausschuß ein, der über einen beträchtlichen Fonds verfügte, mit dem Frauengruppen finanzielle und organisatorische Unterstützung gewährt werden konnte. Die regionale Analyse ergab weiter, daß Einrichtungen wie Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn man die geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktprobleme korrigieren will. Es wurde deutlich, wie wenig solcher Kindertagesstätten zur Zeit in London existieren (berücksichtigt man darüber hinaus ihr begrenztes Einzugsgebiet, wird das Problem noch deutlicher). Zur Zeit läuft eine starke Kampagne, um die Zahl der Kindertagesstätten zu vergrößern, damit mehr Frauen in den Stand versetzt werden, zu arbeiten oder Ausbildungs- und Schulungskurse zu besuchen, um so letztendlich höher qualifizierte und besser bezahlte Arbeitsplätze besetzen zu können. Mit diesem Ausbauprogramm schafft man gleichzeitig eine Reihe von Dienstleistungsarbeitsplätzen für Personen, die in den Tagesstätten als Lehrer und Betreuer arbeiten können.

Die Regionalregierung als Arbeitgeber

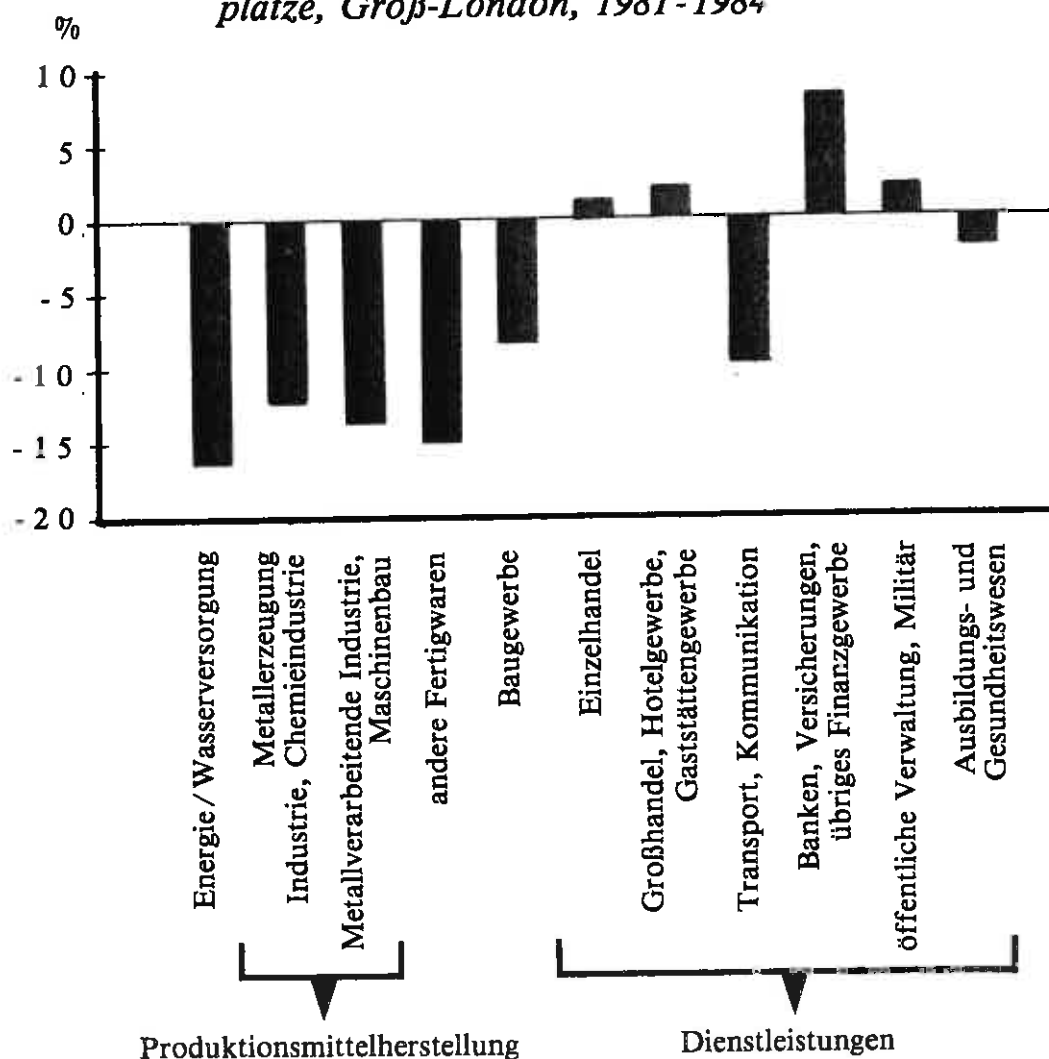
Eine Untersuchung der größten Arbeitgeber der Region ergab, daß die öffentliche Hand eine bedeutende Rolle in diesem Bereich spielt. Die mit Abstand größten Arbeitgeber waren die Verwaltungen der Londoner Stadtteile mit insgesamt 240.891 Beschäftigten. Der GLC beschäftigt darüber hinaus 94.000 Personen (siehe Tabelle 4) und es leuchtet ein, daß der Weg, die Einstellungs- und Beschäftigungspraktiken zu beeinflussen und Diskriminierungen auszuschließen, in dem beispielsetzenden Verhalten der Regionalverwaltungen selbst liegt. Diese Vorreiterrolle können sie nicht nur bezüglich ihrer eigenen Beschäftigten einnehmen; als wichtige Konsumenten von Gütern und Dienstleistungen können sie auch versuchen, bessere Einstellungsverhältnisse durch spezifische, an Bedingungen gebundene Erfüllungsverträge durchzusetzen. Zu diesem Zweck wurde eine Abteilung eingerichtet, die kontrollieren und dafür sorgen sollte, daß der Bezug von Gütern und Dienstleistungen gleichzeitig der Realisierung von Gleichheits-, Gesundheits- und Sicherheitsnormen und der Umsetzung von Formen der industriellen Demokratie diene. Diese Programme sind immer noch in einer frühen Entwicklungsphase und es ist deshalb zur Zeit schwierig, ihren Nutzungseffekt abzuschätzen. Auf der Ebene der von den öffentlichen Verwaltungen direkt Beschäftigten sind Untersuchungen über die verschiedenen Benachteiligten-Gruppen (wie Frauen, Farbige, Behinderte) durchgeführt worden. Eine solche Gruppe ist die der Behinderten — Tabelle 5 zeigt, wie viele von ihnen von den lokalen Verwaltungen beschäftigt werden. Infolge dieser Untersuchungen machten die meisten der lokalen Verwaltungen in Einstellungsanzeigen deutlich, daß sie als Arbeitgeber Chancengleichheit durchsetzen wollten und daß sie keine Person aufgrund ihrer Rasse, Hautfarbe, Sexualität, Behinderung oder ihres Alters diskriminieren werden. Zusätzlich zu diesen Einstellungspraktiken sind verstärkte Anstrengungen unternommen worden, um Genossenschaften und neue Firmen, die spezifische Arbeitsplätze für Behinderte einrichten, zu etablieren und zu unterstützen.

Neue Formen des Eigentums

In dem Versuch, mit den oben beschriebenen Problemen fertig zu werden, wurden Anstrengungen gemacht, bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze dafür zu sorgen, daß sie besser qualifiziert und mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und guter Bezahlung verbunden waren. Es wurde auch darauf gesetzt, daß neue Formen des betrieblichen Managements und des betrieblichen Eigentums zu neuen und besseren Möglichkeiten für die Arbeiter führen würden, ihre Arbeitsumwelt zu kontrollieren. In diesem Zu-

sammenhang wurde der Entwicklung des genossenschaftlichen Sektors besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Der Greater London Enterprise Board hatte eine eigene Abteilung, die sich mit der Entwicklung und Unterstützung von Kooperativen beschäftigte und Ratschläge für Unternehmen bzw. Gruppen von Arbeitern, die eine Genossenschaft gründen wollten, gab. Als Folge dieser Beratertätigkeit und der Bereitstellung von Finanzierungshilfen durch eine Genossenschaftsagentur wurden fast 100 Kooperativen gegründet. Zwar beschäftigten diese Firmen nur eine geringe Zahl von Personen, aber sie zeigen bereits, wie hoch das Arbeitsplatzpotential eines dynamischen Genossenschaftssektors sein könnte. Heute hat London, und das ist auch eine Konsequenz dieser Unterstützungs- und Entwicklungspolitik, einen hohen Anteil an Genossenschaftsbetrieben als andere Teile des Landes (siehe Tabelle 6 und 7).

Schaubild 2: Prozentuale Veränderungen in der Zahl der Arbeitsplätze, Groß-London, 1981-1984



Die Industriestruktur

Parallel zu den oben beschriebenen Untersuchungen des Arbeitskräftepotentials wurde auch eine Analyse der Beschäftigungs- und Industriestruktur in London durchgeführt. Als erstes wurde deutlich, daß selbst während der Existenzphase des GLC eine dramatische Verringerung im industriellen, produzierenden Sektor stattgefunden hat, die auch nicht durch eine Ausweitung des Dienstleistungssektors aufgefangen wurde (Schaubild Nr. 2). Wenn man die historische Entwicklung berücksichtigt, wird deutlich, daß der industrielle Sektor Mitte der 50er Jahre auf seinen Höhepunkt anwuchs und danach beträchtlich zurückging (siehe Tabelle 8). Es herrschte die Überzeugung vor, daß eine solide Ökonomie, ob nun auf regionalem oder nationalem Niveau, einen dynamischen industriellen Sektor benötigt, um den Wohlstand zu produzieren, mit dem dann Dienstleistungen finanziert werden können. In London muß darüber hinaus die starke Dominanz des Finanzkapitals über das industrielle Kapital berücksichtigt werden. Diese Vormacht wird am deutlichsten durch den Schwung demonstriert, mit dem London zur »Finanzhauptstadt der Welt« mit einer Konzentration auf den internationalen Devisenhandel und der Möglichkeit, »versteckte Gewinne« verschiedenster Art unterbringen zu können, wurde. Es war notwendig, diese Veränderungen im weiteren Rahmen des südostenglischen Raumes zu untersuchen und sich nicht nur auf das Gebiet des GLC zu beschränken (Tabelle 9). Hieraus wurde eine Analyse der verschiedenen industriellen Sektoren entwickelt und im GLEB wurde eine »Industrie-Strategie-Abteilung« gebildet, die für einzelne Branchen und Unternehmen Sanierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen entwickeln sollte, um letztendlich eine Renaissance in diesen Produktionsbereichen herbeizuführen. In einigen Fällen, wie z.B. in der Möbelindustrie, wurde der Versuch gemacht, dieses Vorgehen auf mehreren Ebenen zu verankern, durch:

1. einen Zusammenarbeitsvertrag zwischen den Unternehmern der Branche und einer Verbindung zu der allgemeinen Einkaufspolitik der öffentlichen Hand.
2. Finanzierung und Kauf einiger wichtiger Schlüsselunternehmen durch den GLEB selbst.
3. Eine vom Design bestimmte Produktionspolitik, in der der Branche neue Produktvorschläge geliefert werden und zentrale Anlagen durch ein Londoner Institut für Möbeldesign aufgestellt wurden, die die Unternehmen der Möbelbranche mit kreativen Designvorschlägen belieferten und durch Einsatz eines computergestützten Designs verstärken konnten.
4. Verbesserte Produktionsmittel, mit denen die Produktivität erhöht werden konnte, und mit denen man gleichzeitig auf die Fähigkeiten und den

Einfallsreichtum der in der Branche Beschäftigten aufbauen konnte. Ein Beispiel dafür war der Einfall eines Handwerkers als Sonderanfertigungen und Auftragsproduktionen entworfene Möbelstücke durch ein flexibles maschinelles Verfahren auch im generalisierten Arbeitsgang (und falls gewünscht auch im großen Umfang) herstellen zu können. Solche Branchenstrategien wurden auch für die Nahrungsmittelindustrie, die Unterhaltungsindustrie, die KFZ-Zulieferindustrie, die Instrumentenbranche und den Hochtechnologiesektor entwickelt. In einigen Fällen war diese Planung spezifisch an bestimmten Stadtteilen Londons ausgerichtet. So wurde z.B. in West-London, wo sich der Maschinen- und Gerätebau in der Krise befand, eine kombinierte Branchen- und Regionalstrategie entwickelt, um neue Produkte an den Markt zu bringen und gleichzeitig neue Technologien einzuführen (insbesondere Mikroelektronik), mit denen an in der Region schon vorhandene Qualifikationen und Ausbildungsniveaus angeknüpft werden konnte. Ein Beispiel für solche neuen Produkte ist ein großräumiges Verlade- und Transportfahrzeug mit einem selbststeuernden Bremskontrollsystem und fortgeschrittener Mikroelektronik zur Kontrolle des motorischen und elektronischen Betriebes. Um die Kenntnisse der im Raum West-London Beschäftigten in die Restrukturierungspläne einbeziehen zu können, wurden dreitägige öffentliche Anhörungen veranstaltet, an denen Gemeindevertreter, lokale Institutionen und Ausschüsse teilnahmen. Als Folge dieser Diskussionen wurde dann ein Sanierungsplan für West-London erstellt. Auf diese Art und Weise wurde nach und nach für alle Londoner Regionen eine neue Industriestrategie entwickelt, die in einem 500-seitigen Gutachten zusammengefaßt wurde.

Regionalpolitik kann aber dann letztendlich nur erfolgreich sein, wenn ihr eine landesweite Strukturpolitik entspricht. Deshalb wurden ständig zwischen der neuen Londoner Strukturpolitik und der landesweiten Entwicklung Vergleiche durchgeführt (Tabelle 10). Die regionale und nationale Politik mußte darüber hinaus in einen internationalen Rahmen eingepaßt werden. Eine Anzahl von Plänen wurde im GLC entwickelt, um diese Einpassung zu gewährleisten; die Londoner Regionalregierung schuf dazu eine Agentur zur Abwicklung von Handelsbeziehungen mit Ländern der Dritten Welt (mit dem Namen »TWIN-Trading«, Gesellschaft für gegenseitige und gleiche Handelsbeziehungen). Diese Organisation versucht, Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Dritte-Welt-Ländern aufzubauen und Produkte und Dienstleistungen auf der Basis einer gegenseitigen Nicht-Ausbeutung zu liefern. Diese Lieferung von Produkten und Dienstleistungen wird unter Umgehung des internationalen Bankensystems auf der Basis eines internationalen Tauschhandels abgewickelt. In der Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt können diese langfristig ihre Agrarproduktionen im Austausch für Fabrikanlagen und Maschinen, die sie als Teil ihrer

langfristigen volkswirtschaftlichen Entwicklung benötigen, abgeben. In einigen Fällen brauchen die Länder der Dritten Welt gebrauchte Fabrikationsmaschinen, deren Instandsetzung wiederum in London selbst Arbeitsplätze für ungelernte und gelernte Monteure und Techniker schaffen würde und die darüber hinaus, durch Erarbeitung eines Ausbildungsprogramms für Techniker aus den Dritte-Welt-Ländern, selbst zu einer Anhebung des dortigen Qualifikationsniveaus führen würde.

Regionalvermögen

Um diese Regionalpolitik für London umzusetzen, war es notwendig, dafür zu sorgen, daß die Vermögenswerte Londons voll eingesetzt werden konnten. In der Regel wird unter Vermögenswerten festgelegtes Kapital und zur Verfügung stehende Finanzmittel verstanden. Die neue Londoner Regionalpolitik betonte demgegenüber, daß der wichtigste Vermögenswert jeder Region in der Ausbildung, dem Einfallsreichtum und der Kreativität ihrer Bevölkerung liegt. Für London bedeutet das eine verstärkte Heranziehung von menschlicher Kompetenz, menschlichen Fähigkeiten und Gewandheiten. Einerseits fand sich diese in den Institutionen des Bildungs- und Wissenschaftsbetriebes und andererseits in den praktischen Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen der Bevölkerung. Im Fall der Erstgenannten richtete der GLEB seine inzwischen international berühmt gewordenen Technologie-Netzwerke ein. Darunter versteht man die Organisation, in denen die maschinellen Anlagen und humanen Komponenten der Universitäten und technischen Fach- bzw. Hochschulen mit den Fertigkeiten und dem Einfallsreichtum von »Normalbürgern« gekoppelt werden. In London gibt es fünf Netzwerke, zwei arbeiten stadtteilgebunden und drei produktorientiert, nämlich ein Energienetzwerk, ein Transportnetzwerk und ein Netzwerk, das sich mit neuen Technologien beschäftigt. Jedes Netzwerk hat eine Hauptstelle und eine Reihe von Werkstätten und Büros, in denen die Bevölkerung an der Entwicklung von neuen Produkten und Dienstleistungen mitarbeiten kann. In jedem Netzwerk gibt es für die Werkstätten mindestens viermal so viel Platz wie für die Büros (denn alles, was mit lokaler Verwaltung zu tun hat, steht in der Gefahr, sehr schnell zum Papierkrieg und Berichtsfetischismus auszuarten, ihm sollte von vorneherein ein Riegel vorgeschoben werden). Die Gebäude der jeweiligen Netzwerke befinden sich zwar in unmittelbarer Nähe zu einer Universität oder Technischen Fach- bzw. Hochschule, aber nie auf dem Gelände der Universität selbst. Denn eine Universität wird von den Arbeitslosen, den nicht theoretisch ausgebildeten Bürgern und den ethnischen Minderheiten als Bedrohung empfunden (viele Studenten empfinden wohl ebenso, haben aber zum gegen-

wärtigen Zeitpunkt keine Alternative). Diese räumliche Nähe macht es den Akademikern und der Bevölkerung möglich, sich quasi auf »neutralem Grund« zu treffen. In jedem Netzwerk gibt es fünf oder sechs Technologen, Naturwissenschaftler und Ökonomen, die ihre theoretischen Kenntnisse mit dem Wissen der Bürger in Beziehung setzen und so neue Fertigkeiten vermitteln und verstärken können, um so neue Produkte und Dienstleistungen auf den Weg zu bringen. Das Ergebnis dieser Anstrengungen ist die Einrichtung einer Produktbank mit zur Zeit ungefähr 5.500 Produkten (ein Produkt kann in diesem Zusammenhang eine Idee oder ein Konzept bedeuten, schon als Prototyp existieren oder sogar schon in kleinen Mengen vorhanden sein, bzw. produziert werden).

Die Technologienetzwerke liefern auch vielfältige Variationen eines Technologietransfers von den Universitäten und technischen Hochschulen in sinnvolle Industrieproduktion. Sie sind gleichzeitig auch ein Weg, um sozial nützliche Produkte, die verschiedenste im Großraum London bestehende gesellschaftliche Bedürfnisse besser als bisher befriedigen könnten, zu planen und operationalisierbar zu machen. Der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, ihrer Kreativität und ihrem Wissen am Arbeitsplatz freien Lauf zu lassen (zum Beispiel im Produktionsablauf, im Schulungsbereich oder in anderen Bereichen) ist ein weiteres Mittel, die Vermögenswerte Londons einzusetzen. Um dies erreichen zu können, hat der GLEB das Konzept des »Unternehmensplans«, das folgende Schlüsselemente enthält, entwickelt:

1. Die Hauptziele des Unternehmensplans liegen in der Steigerung der Kontrollmöglichkeiten der Arbeitenden über ihre Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und die Gesamtorganisation und -planung des Unternehmens. Der Plan muß klar von Vorschlägen zur »industriellen Mitbestimmung«, die in der Theorie auch von der derzeitigen konservativen Regierung unterstützt werden und als Mittel gedacht sind, die Kontroll- und Herrschaftsfunktionen des Managements zu stärken und nicht zu beschränken und die kollektive Stärke der Gewerkschaften zu schwächen, unterschieden werden. Die Vorschläge des GLC zur Unternehmensplanung waren demgegenüber darauf gerichtet, die Stärke und demokratische Tradition der Gewerkschaften als Bausteine einer neuen Industriepolitik zu nutzen, den Rahmen für die Tarifverhandlungen auszuweiten und so die Prinzipien der Demokratie aus dem politischen Raum in Bereiche der ökonomischen Planung zu übertragen.
2. Der GLEB nutzte seinen Einfluß als Verwalter von Investitionsfonds des Greater London Council, um das Konzept des Unternehmensplans durchzusetzen. GLEB hatte aber gleichzeitig darauf zu achten, daß die finanzielle Unterstützung nur solchen Unternehmen zugute kam, die ökonomisch überlebensfähig waren. Demokratie am Arbeitsplatz wird

somit zwangsläufig von den Gesetzen des Marktes oder von der Politik der Zentralregierung eingeschränkt und ist kein Ersatz für eine demokratische Kontrolle über ökonomische Entscheidungen auf dem nationalen Niveau. Eine weitere Beschränkung bestand in der Struktur der Firmen, in die GLEB (als lokale, mit äußerst begrenzten Mitteln in der verheerenden Londoner Wirtschaftsstruktur arbeitende Organisation) investieren konnte. Die meisten dieser Firmen arbeiteten in Krisenbranchen, in denen eine hohe Konkurrenz herrschte und Gewerkschaften fast gar nicht oder nur schwach vertreten waren. Die katastrophale Lage in diesen Branchen mit meist mittelgroßen Firmen war auch durch das Versagen des Managements mitverursacht worden. Für GLEB bestand die Schwierigkeit darin, eine kurzfristige Entspannung durch Rekrutierung anderer Betriebsleitungen oder durch die von den Beschäftigten selbst zu vollziehende Betriebsübernahme zu erreichen. Gerade in diesen Krisenbranchen war die Etablierung des Unternehmensplanes äußerst schwierig, aber das konnte natürlich kein Grund sein, solche Branchen zu vernachlässigen.

3. Diese Realität führte dazu, daß der erste Schritt, den GLEB oft machen mußte, in der Etablierung von Gewerkschaften in diesen Betrieben bestand. Die nächsten Schritte umfaßten dann eine Verbesserung und Anpassung der Löhne und Arbeitsbedingungen, die Einrichtung von kollektiven Verhandlungsstrukturen und die Einrichtung eines Schulungsprogramms (sowohl für die Belegschaft als auch für das Management). Die von GLEB gleichfalls durchgesetzten Garantieerklärungen der Unternehmensleitungen, die der Belegschaft uneingeschränkten Zugang zu Informationen über ihr Unternehmen verschafften, waren ein weiterer Bestandteil dieser Politik. Dieses Vorgehen lieferte die Grundlage, auf der das Konzept des »Unternehmensplans« aufgebaut und weiter entwickelt wurde. Dies wiederum schloß innerbetriebliche Diskussionen und Verhandlungen, die weit über die traditionellen Gegenstände von Tarifverhandlungen hinausgingen, ein. In das kollektive Verhandlungsrecht von Belegschaften und Gewerkschaften wurden auch Fragen von Gleichstellung und Chancengleichheit einbezogen.
4. Die Finanzierungsabkommen mit GLEB enthielten eine Verpflichtungserklärung, einen solchen Plan auszuführen. Einige Pläne wurden in der Vergangenheit als formell rechtsverbindliche Dokumente abgefaßt. Doch die Vorstellung, Unternehmenspläne könnten mit einem Schlag erreicht werden, wurde schon zu einem frühen Zeitpunkt von GLEB aufgegeben; Unternehmensplanung wird nun eindeutig als fortlaufender Prozeß, der einen hohen Grad des Experimentierens umfaßt, verstanden. Andere Methoden sind entwickelt worden, um sowohl die Einbeziehung der Belegschaft in Entscheidungsprozesse über Produktion,

Finanzierung und Kalkulation und zukünftige Planungen als auch über Fragen, die traditionellerweise eher in den Bereich der Tarifverhandlungen gehören, zu gewährleisten. Dies beinhaltet eine Umwandlung in genossenschaftliche Strukturen ebenso wie die Wahl von Belegschaftsvertretern in den Aufsichtsrat und/oder andere Leitungsgremien, die Bildung von verschiedenen Kommissionen mit Vertretern der Belegschaft und der Leitung, in denen der Unternehmensplan behandelt wird, usw.

5. Zugegebenermaßen sind die vom GLEB durchgesetzten Verbesserungen von fast zwangsläufiger Begrenztheit. Aber wir glauben, daß das Projekt der Unternehmensplanung ein notwendiger Schritt in Richtung auf eine Demokratisierung des Arbeitsplatzes war; hier wurden Erfahrungen gemacht und auch Lehren gezogen, auf die eine zukünftige nationale Politik aufbauen kann.

Bescheidene Erfolge

Aus dem oben geschriebenen könnte der falsche Eindruck entstehen, daß diese Entwicklung eine große positive Wirkung auf die Strukturprobleme im Raum London gehabt hat. Zuerst soll berücksichtigt werden, daß die Finanzierungsmittel, die für die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Verfügung standen, nur 32 Mio. Pfund im Jahr betrugen, dies sind 3 Pfund pro Einwohner in der Region Groß-London. Dies ist nicht mehr als Kleingeld, wenn man es mit den Summen vergleicht, die den multinationalen Firmen zur Verfügung stehen. Die eigentliche Bedeutung der Restrukturierungsprogramme lag nicht so sehr in den tatsächlich erreichten Strukturveränderungen, sondern eher in der beispielhaften Demonstration, was an Industriepolitik möglich wäre, wenn ausreichende Mittel von der Zentralregierung bereitgestellt würden. Es konnte gezeigt werden, daß Arbeitsplätze in London mit 60% der Kosten, die die Gesellschaft für einen Arbeitslosen aufbringen muß, geschaffen werden können. 4.000 sinnvolle Arbeitsplätze sind entstanden, aber auch hier muß berücksichtigt werden, daß im Falle z.B. einer Schließung des Ford-Zweigbetriebes in Dagenham mehr Arbeitsplätze auf einen Schlag vernichtet würden, als durch GLEB in den letzten drei Jahren eingerichtet werden konnten. Das Projekt hat die Möglichkeit geschaffen, Produkte und Dienstleistungen unter dem Aspekt ihres Gebrauchswertes statt wie bisher ihres Tauschwertes zu betrachten. Es hat gezeigt, welches Potential für die Öffnung eines großen gesellschaftlichen Marktes besteht und es hat gleichfalls deutlich gemacht, daß es Alternativen zum derzeitigen Anwachsen der strukturellen Arbeitslosigkeit und zum Verfall der Innenstadtbezirke gibt. Es war verbunden mit einer umfassenden Kampagne gegen Diskriminierung jeder Art, mit der Problematik der

Art und Weise unserer heutigen Produktion, mit neuen Formen von Schulung und Ausbildung, die in den nächsten Jahren allgemein eingeführt werden müssen, mit der Diskussion über die Qualität des innerstädtischen Transportwesens und insbesondere mit dem Nachweis, welche Chancen ein großangelegtes Arbeitsbeschaffungsprogramm hätte, das durch eine Strategie der infrastrukturellen Entwicklung (einhergehend mit einem großen Wohnungsbauprogramm, neuen Energiesystemen für die Städte, einem Wachstum im Bereich der Gesundheitsdienste und einer Ausweitung von Ausbildungsmöglichkeiten für die ganze Bevölkerung) bestimmt würde.

Nachsatz:

Weil der GLC diese Politik gegen Arbeitslosigkeit und für Industriereform betrieben hat, beschloß die Thatcher-Regierung seine Abschaffung und die Auflösung aller anderen städtischen Selbstverwaltungen in Großbritannien.

Anmerkungen

- 1 Charles Booth, 1840-1916, englischer Reeder und Sozialreformer, der wichtige Untersuchungen zur Lage der arbeitenden Bevölkerung in Großbritannien durchführte und zu einem Begründer der statistischen Methoden in der Sozialwissenschaft wurde. Hauptwerk: »Life and Labour of the People in London«, 17 Bände, 1889-1903 (Anm. d. Übers.).
- 2 Lucas Aerospace, ein britischer Luftfahrtkonzern, dessen Belegschaft in den 70er Jahren führend in der Erarbeitung eines technologischen Alternativplans beteiligt war, es wurden z.B. entwickelt: kollektive Solarheizsysteme, künstliche Nieren, ein Laufapparat für Kinder, die an Spina bifida erkrankt sind, ein Straßenschienenbus u.a. mehr. Der Autor dieses Beitrags, Mike Cooley, war einer der Hauptinitiatoren des Alternativplans und Chefkonstrukteur bei Lucas Aerospace (Anm. d. Übers.)

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Noetzel.

Tabelle 1: Arbeitslosenquote in Groß-London

Ethnische Herkunft	Männer		Frauen		Gesamt	
	%		%		%	
	1979	1981	1979	1981	1979	1981
Afrika/Karibik	9	18	14	13	11	16
Indien/Nepal/Pakistan/Bangladesch	3	12	9	13	5	12
Andere*	3	7	4	7	3	7
Gesamtbevölkerung	3	8	4	7	4	8

* »Andere« bedeutet hier sowohl die weiße Bevölkerung Großbritanniens als auch europäische Einwanderer.

Tabelle 2: Beschäftigung und ethnische Herkunft, Groß-London, 1981

	Afrika, Karibik		Indien, Pakistan, Nepal, Bangladesch		Andere		Gesamt	
	M	F	M	F	M	F	M	F
	%	%	%	%	%	%	%	%
Akademiker, Unternehmer, leitende Angestellte	4	3	20	6	26	9	25	9
Andere Nicht-Handarbeiter	8	51	25	56	23	60	22	59
Facharbeiter	49	3	36	12	30	4	31	5
angelernte und ungelernete Arbeiter	38	41	19	27	18	24	18	25
Sonstige	1	1	0	—	4	3	4	3
jeweilige Gesamtbevölkerung (in tausend = 100 %)	65	65	93	47	1,617	1,168	1,776	1,280

Hinweis: Der hohe Anteil von Frauen in der Gruppe der »Nicht-Handarbeiter« erklärt sich durch den hohen Frauenanteil im Bürobereich.

Tabelle 3: *Arbeitsbeschaffungsprojekte für ethnische Minderheiten*

Projektarten	Zahl der	geschaffene oder gesicherte Arbeitsplätze	Investitionen durch GLEB in tausend Pfd.
Firmen im Besitz von Angehörigen einer ethnischen Minderheit	19	151	797
durch LCEB finanzierte ethnische Kooperativen	22	93	264
durch GLEB finanzierte ethnische Kooperativen	11	73	389
durch die Technologie-Abteilung angeregte Firmenneugründungen	3	3	n.a.
durch die Technologie-Netzwerke angeregte Neugründungen	8	n.a.	n.a.
Projekte im Bereich Unterhaltungsindustrie	3	n.a.	66
LCEB-Projekte, die auf Finanzmittel warten	10	40	166
Gesamt	76	360	1.682

Hinweis: In anderen von GLEB unterstützten Firmen betrug die Zahl von für Angehörige der ethnischen Minderheiten geschaffenen oder geretteten Arbeitsplätze 349.

Tabelle 4: Die hundert größten Arbeitgeber in London, 1978

Öffentlicher Sektor	Beschäftigte	Privater Sektor	Beschäftigte
lokale Verwaltungen, 29 Stadtteile von London	245.891	Ford	30.855
Zentralverwaltungen	99.237	Thorn EMI	22.273
GLC	94.508	Marks and Spencer	13.275
Öffentlicher Nahverkehr	56.910	Sainsbury	12.035
Gesundheitsdienst	44.899	Lloyds Bank	10.941
Luftfahrtgesellschaft (BA)	43.010	London Co-op	10.386
Post	36.460	Nat. West Bank	10.272
Eisenbahn	32.148	Barclays Bank	6.805
Städt. Polizei	31.855	Mirror Newspapers	6.031
BBC	18.268	Midland Bank	6.031
Energie (o. Elektrizität)	15.765	RACS	5.812
Elektrizität	10.192	STC	5.693
Hafen	5.551	Boots	5.634
		Express Newspapers	5.544
		Shell	5.480
		Trusthouse Forte	5.359
		Unigate	5.330
		Plessey	5.288
		Cleaners Ltd	5.246
Gesamt	677.784	Gesamt	178.348

Hinweis: Im privaten und öffentlichen Sektor waren bei den hundert größten Arbeitgebern insgesamt 856.132 Personen beschäftigt, davon 79% im öffentlichen und 21% im privaten Sektor.

Tabelle 5: Anteil von Behinderten am Personal von lokalen Gemeindeverwaltungen im Raum Groß-London, Januar 1986

Gemeinden	Registrierte Behinderte	%	Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr
Barking	45	0,8	0
Barnet	48,5	0,5	- 6,5
Bexley	26	0,5	-12
Brent	102	1,2	+ 4
Bromley	23	0,2	0
Camden	140	1,8	+ 1
Corporation of London	43	1,6	0
Croydon	146	2,0	- 6,5
Ealing	40,5	0,4	-14,5
Enfield	82	0,9	+ 1
Greater London Council	382	0,4	0
Greenwich	63	1,0	+ 4
Hackney	82	1,0	+45
Hammersmith	23	0,5	0
Haringey	82	0,8	- 2
Harrow	33	0,5	- 3
Havering	83	1,2	0
Hillingdon	81	1,0	0
Hounslow	52	0,7	0
Islington	62	1,0	0
Kensington and Chelsea	28	0,9	+ 1
Kingston upon Thames	28	0,5	- 9
Lambeth	85	0,8	+16
Lewisham	130	2,0	+ 8
Merton	39	1,0	+ 6
Newham	394	3,7	- 3
Redbridge	42	0,7	0
Richmond upon Thames	13	0,3	- 5
Southwark	96	1,3	- 3
Sutton	16	0,4	- 1
Tower Hamlets	49	1,0	-11
Waltham Forest	72	0,9	0
Wandsworth	36	0,8	- 7
Westminster	41	0,8	- 3

Tabelle 6: Verteilung der Genossenschaften nach Wirtschaftsbereichen (jeweils in %)

	Bauwirtschaft	Prod. Gewerbe	Dienstleistungen	Verkehr	Einzelhandel
Greater London	38	18	42	14	16
Home Counties	—	9	6	14	—
S. Wales & S. West	12	3	10	29	10
W. Midlands	13	9	4	—	13
E. Midlands & E. Anglia	12	12	8	—	6
North	13	6	13	29	13
North East	—	15	10	—	6
N. Wales & N. West	—	9	6	14	16
Scotland	12	18	2	—	19
N. Ireland	—	—	1	—	—
Total	100	100	100	100	100

Tabelle 7: Regionale Verteilung der Arbeitergenossenschaften

Distrikt	%
Greater London	29
Home Counties	9
S. Wales & S. West	11
W. Midlands	7
E. Midlands & E. Anglia	7
North	10
North East	6
N. West & N. Wales	11
Scotland	8
N. Ireland	1
Total	100

Tabelle 8: *Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur in London, 1861 - 1981 (in tausend)*

	1861	1921	1951	1971	1981
Maschinenbau, Investitionsgüterindustrie	469	1.053	1.523	1.049	671
Bauindustrie	98	147	283	196	163
Transport + Kommunikation	138	347	420	440	373
Einzel- und Großhandel	139	535	599	525	477
Versicherungen, Finanzen, Banken	34	110	187	404	463
Öffentliche Verwaltung, Militär	45	210	317	334	315
akademische, fundierte, private, profitorientierte Dienstleistungsberufe	74	207	365	508	601
Erziehungs- und Gesundheitswesen	—	—	—	392	424
Alle Dienstleistungen	903	2.090	2.743	2.622	2.636
Alle Beschäftigten	1.479	3.216	4.288	3.939	3.528

Tabelle 9: *Veränderungen in der Beschäftigungslage 1971-1981 und die zukünftige Entwicklung 1980-1990*

	1971 - 1981		1980 - 1990	
	London	SE*	London	SE
Land, Forstwirtschaft, Fischerei	+ 1,5	-18,2	0,0	-16,6
Bergbau	+ 2,8	-0,1	+ 0,4	+ 0,3
Nahrungsmittel/Tabak	-39,3	-6,7	-29,9	-6,0
Kohle und Ölprodukte	+ 0,4	-1,5	-2,1	-2,0
Chemie	-17,4	-1,7	-27,7	+ 9,9
Metallerzeugung	-12,4	-5,4	-5,1	-3,1

	1971 - 1981		1980 - 1990	
	London	SE*	London	SE
Maschinenbau	-30,3	-31,4	-23,4	-28,4
Geräte- und Instrumentenbau	-16,5	-3,2	-8,5	-8,5
Elektroindustrie	-59,7	+19,3	-12,4	-3,3
Schiffbau	-3,8	-11,5	-1,0	+1,6
KFZ	-16,2	-34,7	-3,7	17,2
andere Metallindustrie	-31,3	-7,2	-29,1	-4,6
Textilien	-3,5	-4,1	-3,6	-4,1
Lederwaren	-48,3	-10,4	-17,0	-5,3
Glas, Ton, Ziegel	-9,2	+11,5	-3,6	-11,2
Holz und Möbel etc.	-19,6	-7,1	-17,8	+0,3
Papierindustrie, Verlage, Druckereien	-43,8	-12,4	-19,4	-2,5
andere herstellende Industrie	-27,9	-12,0	-10,8	-24,0
Bauindustrie	-33,1	+14,3	-31,9	+15,1
Gas, Elektrizität, Wasser	-19,7	+0,4	-23,0	+1,9
Transport und Kommunikation	-65,9	+25,4	-73,2	+15,6
Einzel- und Großhandel	-54,1	+91,2	-89,8	+48,2
Versicherungen, Banken, Finanzen	+49,6	+84,9	+18,2	+69,1
akademisch fundierte, private Dienstleistungen, wissenschaftliche Dienste	+93,0	+176,4	+1,2	-48,6
verschiedene Dienstleistungen	+43,3	+129,7	-47,2	+152,2
öffentliche Verwaltung und Militär	-52,6	-39,8	+36,0	-37,9
TOTAL	-414,0	+345,7	-424,4	+91,3

*SE = die südöstliche Region Großbritanniens ohne London

Tabelle 10: Anteil von ausgesuchten Londoner Dienstleistungsbereichen an der britischen Volkswirtschaft, 1981

Bereiche	Zahl der Beschäftigten (in tausend)	% am britischen Gesamtaufkommen
Lufttransport	55	60
Gewerkschafts-, Unternehmensorganisationen	18	48
Dienstleistungen für Firmen wie: Management-Beratung, Marktforschung, Public Relation, privater Postbetrieb, private Arbeitsvermittlung, Sicherheitsagenturen etc.	66	41
Banken, Finanzen	162	35
private, profitorientierte akademische Dienstleistungen wie Architekten, Designer, Wirtschaftsprüfer, Psychologen etc.	47	28
Telekommunikation, Post	127	29
Computer, Großrechner	15	28
Versicherungen	60	27
Unterhaltungs- und Freizeitindustrie	107	25
Straßen- und Bahntransport von Personen	91	24
Zentralregierung	118	23
andere Transportgewerbe	98	20
Polizei, Justiz, Militär	77	20
Handel, Gaststätten, Kundendienste	688	17
Lokale Verwaltungen	103	16
Gesundheitswesen	204	16
Erziehung / Ausbildung	191	13
Forschung / Entwicklung	15	12
Alle Unternehmensdienstleistungen	347	33
Alle Dienstleistungen	2.663	20

II. Lokale Beschäftigungsinitiativen

III.

Umstellung von Technologien und Produkten

Edgar Einemann

Lokale Energieversorgung als politischer Prozeß: Die Bremer Kontroverse

1. Energiepolitische Diskussion

Die Energiepolitik kann für sich beanspruchen, das inzwischen aus einer Vielzahl von Blickwinkeln »ausgeleuchtete« Feld konkreter Technik-Anwendung zu sein: auf kaum einem anderen Gebiet hat es eine ähnlich tiefeschürfende und öffentlichkeitswirksame Diskussion der Bedingungen, Folgen und Alternativen des Technikeinsatzes gegeben. Es ist deutlich geworden, daß es keine technologischen Sachzwänge, sondern politische Gestaltungsspielräume gibt und die bewußte Entscheidung für den einen oder anderen Pfad der Energieversorgung möglich ist — Energiepolitik ist Ausdruck von Gesellschaftspolitik.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und vertiefende Beweisführung kann zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion um die Kernenergie — gerade nach dem Reaktorunglück in der Sowjetunion — kurz festgehalten werden:

- die regierungsoffiziellen Prognosen des zukünftigen Energiebedarfs haben sich als weit überhöht erwiesen, die reale Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch übersehen und die großen Energiesparpotentiale ignoriert
- die These vom billigen Atomstrom hat einer kritischen Überprüfung nicht standgehalten, die öffentlichen Leistungen bei der jahrzehntelangen Forschungsförderung und die Kosten der Wiederaufarbeitung/Endlagerung unzureichend thematisiert sowie größere Unfälle nicht einkalkuliert; die Gründe für das faktische Ende der Kernenergie in den USA sind vor allem im ökonomischen Bereich zu suchen
- nicht nur die spektakulären Reaktorunfälle von Harrisburg und Tschernobyl, sondern auch die »kleineren« Störfälle und Probleme des laufenden Betriebes, Schreckensmeldungen über Verseuchungen in der Umgebung von Wiederaufbereitungsanlagen sowie die nach wie vor ungelöste Entsorgung (die Abfälle strahlen z.T. tausende von Jahren) lassen die Atomkraft als ökologisch ungeeignete Variante der Energieversorgung erscheinen

- die nicht gegebene Rückholbarkeit der Technologie und die Belastung zukünftiger Generationen, die besonderen Sicherheitsmaßnahmen z.B. bei der Bewachung von Kernkraftwerken und Atomtransporten, die verbesserten Möglichkeiten der Atombombenproduktion und die Gefährdungen im Falle von terroristischen Aktionen gegen Kernkraftwerke begründen die demokratische und ethische Unverantwortbarkeit dieser Technologie.

In Verbindung mit der moralischen, politischen, ökonomischen und ökologischen Kritik der Kernenergie, an der von einer mächtigen und reichen Atom-Lobby trotz der inzwischen mehrheitlichen Ablehnung in der Bevölkerung festgehalten wird, wurden zugleich alternative Konzepte der Problemlösung entwickelt. In die Konkretisierung solcher »Ausstiegs-Szenarien« gehen unterschiedliche Überlegungen ein — sie sind sowohl unter Arbeitsplatz- wie Ökologie- und Demokratie-Gesichtspunkten tragfähig und bilden die Basis für politische Annäherungstendenzen von SPD, Grünen und Gewerkschaften.

2. Lokale Alternativen

Als Resultat der Alternativ-Überlegungen zur Großtechnologie Kernkraft sind Energiestrategien formuliert worden, die auf zwei Prinzipien basieren: Maximale Einsparung von Energie und Dezentralität der Versorgung, wobei gerade die Verbindung von Strom- und Wärmeerzeugung (und deren Nutzung als Fern- bzw. Nahwärme) eine optimale Nutzung der eingesetzten Ressourcen (minimale Umwandlungs- und Transportverluste) sowie eine optimale Anpassung an den Bedarf (Möglichkeit des Abschaltens einzelner Blöcke) garantiert.

Dezentrale Spar- und Versorgungsstrategien sind nicht nur unter ökologischen und demokratischen Gesichtspunkten, sondern auch ökonomisch vernünftig: Sie sind die kostengünstigste Lösung und zugleich zur Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen geeignet. Die rationelle Energieversorgung für Regionen kann genaue Siedlungsstrukturen erfassen und kommt unter Berücksichtigung von Stadtplanungskriterien zum Einsatz dezentraler Technologien wie Blockheizkraftwerken, gasgetriebenen Wärmepumpen, Müllpyrolyseanlagen, Solarenergie und Biogas. Die Versorgung von Stadtteilen oder großen Wohnblöcken kann durch wirbelschichtbefeuerte Blockheizkraftwerke geschehen.

Erforderlich ist eine Neudefinition der Rolle der Energieversorgungsunternehmen, die anstelle der Bereitstellung immer neuer Versorgungskapazitäten Anreize und Beratungsleistungen zur Energieeinsparung anbieten sollten. In den USA vergeben Energieversorgungsunternehmen günstige

Kredite bis zu einer Laufzeit von 20 Jahren an Hausbesitzer, um z.B. solar-beheizte Warmwasseranlagen zu installieren. Der Hausbesitzer kann diese Neuanschaffung nahezu vollständig aus Einspareffekten finanzieren, während das Elektrizitätsunternehmen die Anlage als eigene Investition verbucht und damit den Bau von sehr teuren Großkraftwerken vermeiden kann. Solche Maßnahmen sind unter einzel- und gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten profitabel und auch im Bereich anderer Energietechnologien anzuwenden.

Derartige Überlegungen hat es in der Bundesrepublik kaum gegeben, weil die Energieversorgungsunternehmen primär am Verkauf von Energie interessiert sind und aufgrund des Energieversorgungsgesetzes eine Monopolstellung haben.

Während die Verbraucher bei ihren Ausgaben für Energieanlagen in relativ kurzen Zeiträumen denken, können die Stromkonzerne ihre Investitionen über längere Zeiträume abschreiben; hierin liegt ein Grund dafür, daß Energiesparinvestitionen im Vergleich zum Bau von Großkraftwerken als unverhältnismäßig teuer erscheinen. Die Energieversorgungskonzerne haben darüber hinaus die Möglichkeit, auch ihre Fehlinvestitionen in Überkapazitäten über die Preisgestaltung auf die Verbraucher abzuwälzen und selbst ungesicherte Projekte wie den Bau von Kernkraftwerken schon in der 10-jährigen Bauphase über den Strompreis zu finanzieren. Diese Rahmensituation ermöglicht »Rentabilität« und wirtschaftliches Florieren bei Energiekonzernen auch dann, wenn sie sich schwer verkalkuliert haben.

Es ist erforderlich, die Gesetzgebung zur Energieversorgung so umzustellen, daß die Macht der Energieversorgungskonzerne eingeschränkt wird, die Regionen/Kommunen die politische Autonomie zu einer sinnvollen Energieversorgung erhalten und eine Dezentralisierung der Investitionen mit dem Ziel der Energieeinsparung möglich ist.

3. Das Beispiel Saarbrücken

Im Rahmen einer Fachtagung des Kooperationsbereichs zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen im April 1984 zum Thema »Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?« wurde u.a. das örtliche Versorgungskonzept für Saarbrücken vorgestellt — ein Modell, das die weitere Bremer Diskussion stark beeinflußt hat.

Saarbrücken entwickelt und realisiert ein Versorgungsmodell, bei dem vier Grundüberlegungen eine zentrale Rolle spielen:

- Förderung von Energiesparmaßnahmen beim Verbraucher
- Nutzung der industriellen Abwärme
- Erschließung regenerativer Energiequellen
- Verstärkter Einsatz heimischer Kohle.

Die Stadtwerke Saarbrücken verstehen sich nicht nur als Energielieferant, sondern bieten Dienstleistungen zur Energieeinsparung an bzw. ermöglichen durch eine lineare Tarifgestaltung Energiesparanreize. Diese Politik führt zu einer Dezentralisierung der Investitionen, die jetzt entweder vom Verbraucher oder von den Stadtwerken vorgenommen werden — die vorhandenen Mittel werden beschäftigungsintensiv eingesetzt. Zur Realisierung eines Energiesparprogramms werden in Zusammenarbeit mit Banken und Behörden Energieeinsparinvestitionen zinssubventioniert. Die Stadtwerke bieten z.B. einen Kredit bis zu 30.000 DM ohne Sicherung mit einer Laufzeit von 20 Jahren an, um die Installation eines Fernwärmeanschlusses oder eine Modernisierung der Heizungsanlage bzw. Wärmedämmmaßnahmen zu ermöglichen. Der Fernwärmeanschluß kostet DM 7.000 DM und kann in Raten von DM 50,-- zinslos zurückgezahlt werden; Hausbesitzer können ihre Investitionskosten nur an den Mieter weitergeben, wenn dieser mit geringeren Heizkosten »belohnt« wird.

Die Stadtwerke führen auch Beratungsmaßnahmen durch, die von einfachen Informationen bis hin zu detaillierten Hausanalysen reichen. Neu entwickelt wurde ein »Wärme-Direkt-Service«, bei dem die Stadtwerke den Betrieb und die Wartung der Heizanlage übernehmen und dem Kunden einen linearen Tarif für den Energieverbrauch berechnen, der direkt kontrolliert werden kann, so daß die Energieabnehmer zu Einsparmaßnahmen angeregt werden.

Bei der Konzeption des Fernwärmenetzes werden die Möglichkeiten der industriellen Abwärme, der Kraft-Wärme-Kopplung und der Energiegewinnung aus Müll berücksichtigt. Im ersten Schritt werden lokale Fernwärmeinseln aufgebaut und spezielle Einspeisemöglichkeiten wie z.B. Energie aus Gaswärmepumpen gewählt. Der letzte Schritt ist die Einbindung der Netze in ein Fernwärmeverbundsystem. Diese Vorgehensweise senkt die Kosten ebenso wie spezielle Verlegeverfahren. Saarbrücken wird auch aus industriellen Ballungsgebieten über die Fernwärmeschiene Saar industrielle Abwärme einsammeln und in das innerstädtische Netzsystem einspeisen.

Bei den regenerativen Technologien steht die Gaswärmepumpe an erster Stelle, da sie eine Wärmeausnutzung von 180 Prozent hat (d.h. beim Einsatz von 100 Prozent Primärenergie-Gas wird eine nutzbare Wärmemenge von 180 Prozent erzielt). Die zusätzliche Wärme wird aus der Luft, aus dem Wasser oder dem Erdreich gewonnen. Diese Technologie läßt sich besonders gut für die nicht so dicht besiedelten Gebiete oder für Wohnblocks einsetzen.

Kleintechnisch sollen Sonnenenergie-Absorber-Dächer eingeführt werden; dafür stehen Modellhäuser zur Anschauung zur Verfügung. Im kleineren Maßstab (Bauernhöfe, Gärtnereien) soll auch Windenergie erprobt werden. Biogas kann bei Klärwerken gewonnen werden. Erprobt wird auch der

Einsatz von Blockheizkraftwerken mit Wirbelschichtbefeuerung in Völklingen.

Der Ausbau dieses Versorgungsprogramms dauert ca. 20 Jahre und liefert damit einen kontinuierlichen Beschäftigungseffekt in der Krisenregion Saarbrücken.

4. Energieversorgung in Bremen 1984

Die Bremer Region wird von den Stadtwerken (im öffentlichen Besitz) mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme versorgt; das Unternehmen hat fast 3.000 Mitarbeiter, einen Umsatz von ca. 1 Mrd. DM, ein jährliches Investitionsvolumen von ca. 100 Mio. DM und trägt durch eine »Konzessionsabgabe« zur Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Hand bei. Im Bereich der Stromversorgung beträgt die installierte Kraftwerksleistung ca. 1000 Megawatt, die maximal zu 60 Prozent ausgelastet wurden; bei der leistungsgebundenen Wärmeversorgung (insgesamt 36 Prozent) spielt die (zu einem Drittel allein vom Daimler-Benz-Werk abgenommene) Fernwärme eine untergeordnete Rolle (9 Prozent), während der Anteil des Gases (26 Prozent) dominiert (1 Prozent Elektrospeicherheizung). Es wurden keine wesentlichen Beiträge auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung geleistet, so daß bei der Stromerzeugung ca. 60 Prozent Primärenergieverluste entstehen und zudem eine längerfristige Abhängigkeit vom Erdgas zu verzeichnen ist. 90 Prozent des Stromes werden von den Stadtwerken selbst produziert, 10 Prozent vom Großkonzern NWK/PREAG gekauft — darunter auch Atomstrom. Der vom Landesparteitag der alleinregierenden Sozialdemokraten schon in den 70er Jahren geforderte forcierte Ausbau der Fernwärmeversorgung wurde von den Stadtwerken ignoriert und stattdessen mit allen Mitteln auf Erdgas gesetzt. Der Mitte der 80er Jahre beginnende Diskussionsprozeß über eine ökologisch sinnvolle, arbeitsplatzsichernde lokale Energiepolitik wurde durch das technisch bedingte Auslaufen eines Kraftwerkblockes zu einem öffentlichkeitswirksamen Politikum.

5. Die Kontroverse um die zukünftige lokale Energiepolitik 1985/86

Anfang 1985 forderte der Landesparteitag der Bremer SPD die Landesregierung zur Vorlage eines Energieversorgungskonzeptes auf, das durch »gezielte Energieeinsparung und intensive Nutzung der Abwärme« gekennzeichnet ist und bei dem ein zu einem Verbund zu vernetzender stufenweiser Ausbau der Nah- und Fernwärme sowie die Energieproduktion auf Basis

der Kraft-Wärme-Kopplung erfolgt. Die aus Gründen der Stabilisierung des öffentlichen Haushalts ins Auge gefaßte Veräußerung von Stadtwerke-Aktien z.B. an den (Atom-) Energiekonzern NWK/PREAG stand nach Meinung der SPD »einem solchen Konzept entgegen und wird abgelehnt«. Gefordert wurde der Neubau eines Kohlekraftwerkes (Block 15 im Stadtteil Hastedt) auf Basis neuester Umwelttechnologien, um die auslaufende Kapazität zu ersetzen. Diese Position wurde von der Gewerkschaft ÖTV mit Hilfe von Gutachten unterstützt, und auch die Grünen schlossen sich an: sie wollten allerdings eine kleinere Auslegung von Block 15 (80 statt 130 Megawatt) und dessen Ergänzung durch 20 Blockheizkraftwerke.

Diese Vorgaben schreckten allerdings weder die Stadtwerke AG noch den Energiebeauftragten der Landesregierung. Während die Stadtwerke im Sommer 1985 in großen Anzeigen für Sonderkonditionen beim Erdgasanschluß warben (Parteibeschuß: »Bei Erneuerungsbedarf... ist dann von den Stadtwerken nur noch Fernwärme anzubieten«), wurden im Hause der zuständigen Wirtschaftsbehörde teure Gutachten in Auftrag gegeben und eigene Berechnungen angestellt, die zu »eindeutigen« Ergebnisse kamen: der Ausbau der Fernwärme sei in Bremen weder sinnvoll noch kostengünstig, der Neubau eines eigenen Kraftwerkes produziere jährlich Mehrkosten in Höhe von ca. 5 Mio. DM und der Verzicht auf den Aufbau eigener Kapazitäten zugunsten der Erhöhung des Fremdanteils sei die zwingende Konsequenz.

Am 1. Oktober 1985 bestätigte der Unterbezirk Bremen-Ost der SPD den Beschluß des Landesparteitages vom März aus zumindest drei Gründen:

- die technischen Annahmen in bezug auf die Möglichkeiten und Kosten der Fernwärmeversorgung erfolgten in Unkenntnis der Erfahrungen z.B. in Flensburg, das unter ungünstigeren Bedingungen durch die Nutzung preiswerter Leitungssysteme eine Anschlußdichte von 100 Prozent realisieren konnte
- die positiven regionalen Beschäftigungsauswirkungen wurden unzureichend gewürdigt
- eine verengte betriebswirtschaftliche Sichtweise ist unangebracht, wenn es um die Aufgabe der Möglichkeit zu einer autonomen, dezentralen und nicht-atomaren Energieversorgung geht; die Öffnung des Bremer Marktes für die Atomlobby sollte unterbleiben, zumal der errechnete Preisvorteil von 5 Mio. DM pro Jahr sowohl zweifelhaft als auch relativ unbedeutend (angesichts eines Umsatzes von 1 Mrd. DM) ist.

In diese Kontroverse zwischen regierender SPD, Gewerkschaften und Grünen auf der einen und der Wirtschaftsbehörde, den Stadtwerken AG und der Handelskammer auf der anderen Seite platzte eine sensationelle Nachricht, die die Kräfteverhältnisse schlagartig zugunsten der Atomlobby verschob. Die Klöckner-Hütte, in Bremen einer der größten Arbeitgeber, for-

derte entschieden den Bezug von (Atom-)Strom von der NWK/PREAG und die Streichung der Pläne für einen Kraftwerkneubau in Bremen; die Hütte, zugleich größter Stromabnehmer (in Spitzenzeiten bis zu 36 Prozent) der Stadtwerke, drohte mit dem Bau eines eigenen Kraftwerkes oder einer Klage gegen die Monopolrechte der Stadtwerke, um einen von der PREAG angebotenen Super-Sondertarif (angebliche Einsparmöglichkeiten für Klöckner im Vergleich zu den Stadtwerke-Preisen: 9 Mio. DM pro Jahr!) nutzen zu können. Der Atomkonzern PREAG bot Atomstrom zu Dumping-Preisen an, um seine Überkapazitäten zu verringern und in einen neuen Markt einzudringen, und ein örtlicher Großkonzern mischte sich in die lokale Politik ein: »Wie es aus gut unterrichteten Quellen heißt, hat Klöckner die Stadtwerke unmißverständlich wissen lassen, daß die Hütte den Bau des Block 15 nicht hinnehmen werde« (Weser-Kurier vom 2.10.1985). Kurz vor dem entscheidenden Landesparteitag der Bremer SPD sah der Stadtwerke-Chef kaum noch Chancen für den Kraftwerk-Neubau (man kann Klöckner nicht mit 10 Mio. DM pro Jahr subventionieren und will nicht die Verantwortung für strompreisbedingte Entlassungen auf der Hütte übernehmen); die Stadtwerke-Belegschaft wehrte sich mit einer Kurzdemonstration gegen den Erpressungsversuch durch PREAG und Klöckner, weil sie in der Entscheidung gegen eine kommunale Energieversorgung einen Anschlag auf ihre Arbeitsplatzinteressen sah. Vor dem SPD-Landesparteitag am 12. November 1985 zeichnete sich ab, daß sich Handelskammer, FDP, Klöckner, PREAG, Wirtschaftsbehörde und Stadtwerke-Vorstand gegen Grüne, Jusos und Gewerkschaften durchsetzen würden: Die kritische Finanzlage Bremens schien keinen Widerstand gegen die — wie auch immer zustande gekommenen — Behauptungen des konkurrenzlos billigen Atomstroms zu erlauben. Ein Leitantrag des Landesvorstandes der Bremer SPD, der in der Konsequenz auf die Nicht-Realisierung des Neubaus in Hastedt hinauslief, kam nur durch eine überraschende Information an die Delegierten zu Fall: es wurde berichtet, daß bereits am 30. September ein Vorvertrag zwischen PREAG, Klöckner und Stadtwerke abgeschlossen und damit die Einspeisung des PREAG-Atomstroms in das Bremer Netz besiegelt worden war. Der Unmut der SPD-Delegierten über diese Politik der Hintertüren führte zur Verschiebung der Entscheidung auf den 7. Dezember 1985. Bis dahin wurde ein »Kompromiß« gefunden, der den Neubau eines kleinen Kraftwerks in Hastedt mit einer elektrischen Leistung von 45 statt 130 Megawatt und einer Fernwärmeleistung von 93 Megawatt (das Werk von Daimler-Benz ist der Hauptnutzer) vorsah und zugleich den von der PREAG gekauften Atomstrom-Anteil von 10 auf 23 Prozent erhöhte (angeblich mit einem Rabatt von jährlich 7 Mio. DM). Dieser Lösung stimmte der SPD-Landesparteitag gegen den Widerstand einiger Delegierter zu, die Gewerkschaft ÖTV akzeptierte sie und die SPD-

Bürgerschaftsfraktion war zum »Schlucken der Kröte Atomstrom« bereit, weil der Ausstieg aus der Kernenergie von Bremen aus alleine nicht zu schaffen sei.

6. Der Ausstieg nach Tschernobyl

Das Reaktorunglück in der Sowjetunion und die dadurch bedingten Verseuchungen in der Bundesrepublik haben in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung eine zunehmende Ablehnung der Kernenergie produziert; trotz aller Beteuerungen der Bundesregierung und der Stromkonzerne war die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr bereit, den Weg in den Atom-Staat weiter mitzugehen — allenfalls an der Frage, wie schnell und inwieweit ein Ausstieg aus dieser Technologie möglich ist, schieden sich die Geister. Während es in der Tiefe der Bremer SPD neue Diskussionen gab, beschränkte sich die Bürgerschaftsfraktion auf die Forderung nach einer kürzeren Laufzeit des PREAG-Vertrages (10 statt 20 Jahre) und der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Waltemathe hielt die Realisierung der »großen Lösung« des Neubaus in Hastedt schon aus finanziellen Gründen nicht für möglich: »Die Bundesmittel gibt es nur für die jetzige Konzeption« (Weser-Kurier vom 23.5.1986). Aber es formierte sich Widerstand. Eine Bürgerinitiative »Kein Atomstrom für Bremen« sammelte in kurzer Zeit 2000 Unterschriften und ca. 40.000 DM gegen den PREAG-Vertrag, und SPD-Gelegierte beantragten einen Sonderparteitag. Der Bezug von Atomstrom sollte durch eine Verringerung der Reservekapazitäten von 21 auf 6,5 Prozent, die (durch die Tarifgestaltung honorierte) Installation einer Ringschaltung zum Abschalten bestimmter Verbrauchsquellen in Spitzenlastzeiten und Veränderungen im Tarifgefüge (z.B. besonders günstige Tarife zu bestimmten Tageszeiten und Verringerung der Grundkosten zu Lasten der Verbrauchskosten, damit ein hoher Verbrauch nicht belohnt wird) sowie den Neubau eines Blockheizkraftwerkes überflüssig gemacht werden. Der Landesvorsitzende der Bremer SPD, Hans Dieter Müller, sprach sich im Vorfeld des Sonderparteitages entschieden gegen den Bezug von PREAG-Atomstrom aus und bekam für diese Position die Unterstützung vom DGB und den Grünen. Auch der Wirtschaftssenator schwenkte ein, bezog unter dem Eindruck von Tschernobyl Stellung gegen den PREAG-Vertrag und mußte sich dafür von der Handelskammer vorhalten lassen, er handele »betriebswirtschaftlich unverantwortlich«. Eine Tarifierhöhung von 4,8 Prozent für alle privaten Haushalte zur Abdeckung des rechnerischen Verlustes von 7,6 Mio. DM (wohl aufgrund der Zusicherung an Klöckner) wurde nun für durchsetzbar gehalten. Der SPD-Landesparteitag bestätigte am 18. Juni 1986 einmütig zwei Leitanträge des Landesvor-

standes, auf deren Basis die Landesregierung schon den Verzicht auf die erhöhte Lieferung von Atomstrom durch die PREAG beschlossen hatte. Gefordert wurde der »Bau von Hastedt/Große Lösung« d.h. der Neubau des Kraftwerkblockes 15 in der schon Anfang 1985 geplanten, von der Atomlobby abgeblockten Version (130 Megawatt elektrische Leistung). Auch für diese Entscheidung wurde im Nachhinein eine ökonomische Begründung gefunden, die Anlaß zu weiteren Überlegungen bieten muß. Erstens stellte sich sehr plötzlich heraus, daß mit Bundeszuschüssen auch für den Fall der »großen Lösung« zu rechnen sei, und zweitens überraschte der Stadtwerke-Vorstandschef mit der These, der »billige« Atomstrom sei im Grunde die teuerste Variante: »Man habe gerechnet, teilte er mit. Gestern nun war sogar von Kostennachteilen gegenüber dem billigen Atomstrom keine Rede mehr. Im Gegenteil: Czichon sprach sogar davon, daß der große Block von 1990 an zu einen Kostenvorteil von 1,5 Mio. DM führe. 'Wir haben die kleinen Beträge zu hoch bewertet', lautete die Begründung... Warum das grüne Licht für die 'große Lösung' Hastedt so spät kam, konnte der Stadtwerke-Chef nicht eindeutig beantworten. Er schob Zahlen vor, die nicht aufzurechnen gewesen seien. Daß auch politische Interessen im Spiel gewesen seien, stritt Czichon nicht ab« (Weser-Kurier vom 21.6.1986).

7. Fazit

Am Beispiel der Bremer Auseinandersetzungen läßt sich zeigen, wie konsequent die Atomlobby um neue Märkte kämpft und die Zerstörung dezentraler Energiekonzepte betreibt. Es werden von Managern, Bürokraten und hochbezahlten »Gutachtern« Zahlen so formuliert und dargestellt, daß sich die eigenen Absichten als unabweisbar kostengünstigste Variante erweisen — diese Zahlen sind nahezu beliebig austauschbar. Gerade deshalb spricht alles für das Durchhalten politischer Entscheidungen im Interesse des menschlichen Überlebens — auch gegen mächtige Industrie-Interessen. Am Beispiel der Energieversorgung läßt sich beweisen, daß es machbare und kostengünstige Alternativen gibt, die ökologisch vernünftig und beschäftigungspolitisch sinnvoll sind. Voraussetzung für ihre Durchsetzbarkeit ist allerdings ein in der Bevölkerung breit verankerter und unüberhörbar artikulierbarer Wille zur Veränderung, der allein den Wandel der Bremer Energiepolitik bewirkt hat. Beauerlich ist nur, daß dieser Wille auf einer Katastrophe basiert, deren Auswirkungen viele Menschen stark belasten und die nicht die zwangsläufige Voraussetzung zukünftiger Lernprozesse sein sollte.

Beschlüsse des Landesparteitages der Bremer SPD vom 18.6.1986

I.

Der Landesparteitag bekräftigt seinen Beschluß vom 12. Oktober 1985, mit dem der Senat zur Vorlage eines langfristigen Energieversorgungskonzeptes für das Land Bremen mit dem Ziel einer weitgehenden Energieeigenversorgung aufgefordert wird. Die Realisierung dieses Konzeptes ist nicht nur energiepolitisch dringlich, sondern auch ein wesentlicher Bestandteil des Programms »Arbeit und Umwelt«.

Das Kernreaktorunglück von Tschernobyl macht das geforderte Energieversorgungskonzept noch dringlicher.

Die Sozialdemokraten in Bremen wie im Bund fordern einmütig den Ausstieg aus der Atomenergie. Die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen sind darum gehalten, unter Ausschöpfung ihrer Handlungsmöglichkeiten konsequent zu handeln.

Der Landesparteitag fordert vom Senat entsprechend, seine nächsten energiepolitischen Entscheidungen an folgenden Punkten zu orientieren:

- 1. Der Vertrag mit der PreAG über eine weitere Zulieferung von Fremdstrom wird nicht unterzeichnet.*
- 2. Zur Sicherung der Stromversorgung für Bremen werden dafür folgende Schritte eingeleitet:*

2.1 Bau weiterer Kraftwerke

- Bau von Hastedt / Große Lösung*
- Späterer Zubau anderer Heizkraftwerke an anderen Standorten (z.B. Neustädter Hafen, Bahnhofsnähe oder Müllverbrennungsanlage)*
- Bei der Erneuerung von Großheizanlagen von Gebäuden sind, soweit irgend möglich, Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen zu installieren, deren Stromerzeugung in das öffentliche Netz eingespeist wird.*

2.2 Maßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs, insbesondere des Spitzenbedarfs

- Die Einführung eines linearen Tarifs, die die höheren Erzeugungskosten in Spitzenlastzeiten an den Verbraucher weitergibt (Beispiel: Saarbrücken)*
- Die Entwicklung eines Lastabwurfkonzeptes: Durch Fernschaltung werden Stromverbraucher wie Reklame, Kühltruhen u.ä. in Spitzenlastzeiten für Minuten bzw. maximal eine Stunde abgeschaltet. Die erzielbare Spitzenlastreduktion beträgt bis zu 10%. Als Anreiz zum Anschluß können Tarifsenkungen gewährt werden.*
- Verbraucherberatung zur Energieeinsparung.*

2.3 Weitere Maßnahmen zur Bewältigung des Spitzenbedarfs

Sollten die Maßnahmen zur Verringerung des Spitzenbedarfs nach 2.2 nicht ausreichen, ist zu prüfen, ob und wie die verbleibenden Spitzenbelastungen in den vorhandenen Kraftwerksblöcken aufgefangen werden können.

2.4 Einsetzung eines Energierates

Die beschriebenen kurzfristig realisierbaren Maßnahmen müssen unter breiter Beteiligung der Bevölkerung in ein ökonomisches und ökologisches Energieversorgungskonzept für das Land Bremen eingebettet werden, das unter den Gesichtspunkten der Ressourcenschonung, der Versorgungssicherheit und der Arbeitsplatzsicherung durch Einsatz innovativer Techniken der Energieerzeugung der langfristigen Sicherung bzw. Schaffung von Eigenerzeugungskapazitäten in beiden Städten des Landes Bremen dient. Es soll zu dem Bremer Programm »Arbeit und Umwelt« in enger Beziehung stehen. Dazu wird ein »Bremer Energierat« eingesetzt.

Bei der Entwicklung des integrierten Konzeptes sind folgende Vorstellungen zu berücksichtigen:

- Gezielte Energieeinsparung und intensive Nutzung industrieller Abwärme. Für die Einspeisung von Abwärme und überschüssigem Strom sind den Erzeugern höhere Abnahmepreise als bisher zu zahlen.
- Stufenweiser Ausbau eines flächendeckenden Nah-/Fernwärmenetzes in Form der sogenannten »Inselstrategie«. Dabei sind Erfahrungen anderer Städte (Vorbild Flensburg) zu berücksichtigen.
- Elektrizitätserzeugung auf der Grundlage regenerativer Energiequellen (Wind, Sonne, Biogas) besonders zu fördern.
- Offensive Ansiedlungs- und Strukturpolitik für Hersteller von Anlagen industrieller Kraft-Wärme-Koppelung, von Biogas- und anderen Anlagen zur Verwertung regenerativer Energie.
- Umgestaltung der Stadtwerkstarife mit dem Ziel, den Verbrauch zu reduzieren und Stromspitzen zu vermeiden.
- Umwandlung der Stadtwerke in ein Energiedienstleistungsunternehmen (Vorbild Saarbrücken)

2.5 Energieversorgung für Bremerhaven

Bremerhaven ist in das Konzept einzubeziehen. Wegen des bis zum 31.12.1999 bestehenden Vertrages mit dem Überlandwerk Hannover ist dies jedoch kurzfristig nicht möglich.

Danach ist ein Energieverbund zwischen Bremen und Bremerhaven vorzusehen, der auch dort den Bezug von fremderzeugtem Strom überflüssig macht. Sollten sich vorher Möglichkeiten ergeben, die Energieversorgungsstruktur zu verändern, so sind diese zu nutzen.

II.

Der Kernreaktorunfall von Tschernobyl hat gezeigt, daß auch mit der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht mehr kalkulierbare Gefahren für das Leben und Überleben von Natur und Menschen verbunden sind. Eine Technik, die im Falle von Störungen nicht mehr beherrschbar ist, darf von Menschen nicht eingesetzt werden.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist darum

- aus Sicherheitsgründen zwingend notwendig und dringlich;
- ohne nennenswerte Störungen in der Energieversorgung möglich;

- unter Kostengesichtspunkten vertretbar. Langfristig ist der Energiepfad K (Kernenergie) nicht nur unberechenbar risikoreicher, sondern auch teurer als der Energiepfad S (Sonnenenergie und Energiesparen).

Die Sozialdemokraten in Bund und Ländern, soweit sie in Regierungsverantwortung sind, werden darum folgende Maßnahmen ergreifen:

1. *Verhinderung des Einstiegs in die Plutoniumswirtschaft.*
 - *Der schnelle Brüter in Kalkar geht nicht in Betrieb. die Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet werden nicht fortgesetzt.*
 - *Der Bau der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wird eingestellt. Stattdessen wird der Weg der direkten Endlagerung beschritten.*
 - *Zur Erreichung des Zieles ergreifen die sozialdemokratischen Landesregierungen unverzüglich entsprechende Initiativen im Bundesrat. Das Atomgesetz wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt dahingehend geändert, daß der Einstieg in die Plutoniumswirtschaft gesetzlich verboten wird.*
2. *Einstellung des Baus von Atomkraftwerken.*
 - *Auf dem Wege über die Nichtgenehmigung der Inbetriebnahme im Bau befindlicher Atomkraftwerke wird unverzüglich ein Moratorium herbeigeführt.*
 - *Für neue Atomkraftwerke werden keine Baugenehmigungen erteilt.*
 - *Zur Erreichung beider Ziele werden die geltenden Gesetze unter Zugrundelegung erhöhter Sicherheitsanforderungen angewandt. Mit der Änderung des Atomgesetzes wird die Energiegewinnung durch Leichtwasserreaktoren nicht mehr zugelassen.*
3. *Stilllegung in Betrieb befindlicher Atomkraftwerke*
 - *Auf der Grundlage des Atomgesetzes werden Verordnungen mit erhöhten Sicherheitsanforderungen erlassen. Atomkraftwerke, die bei der folgenden Sicherheitsüberprüfung den Vorschriften der Verordnungen nicht entsprechen, werden sofort stillgelegt.*
 - *Alle übrigen Atomkraftwerke — einschließlich des Hochtemperaturreaktors — werden nach einem Szenario im Zeitraum der nächsten Legislaturperiode 1987 - 91 stillgelegt.*
Bezüglich der Sicherheitsvorkehrungen für stillgelegte Kernkraftwerke werden besondere Bestimmungen erlassen. Die rechtlich notwendige Entschädigung der Energieversorgungsunternehmen kann auf dem Wege der Sonderabschreibungen erfolgen.
4. *Reform der Energieversorgung der Bundesrepublik durch Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes*
Das heute noch geltende Energiewirtschaftsgesetz von 1935 diente der entstehenden Kriegswirtschaft des Dritten Reiches und der Stärkung von Strommonopolen. Es trägt den energiepolitischen Anforderungen für eine demokratische Gesellschaft, die in der Bundesrepublik auf der Selbständigkeit und Eigenkraft der Länder und Kommunen beruht, nicht mehr Rechnung.
Eine umfassende Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes ist darum Vorausset-

zung für ein neues Energiekonzept ohne Atomstrom. Die Änderungen betreffen vor allem:

- die Abschaffung der verbrauchsfördernden Stromtarife;
- die verbindliche Forderung regionaler Stromeinsparpläne;
- die Beseitigung der Benachteiligungen und Hindernisse für die kommunale Energieversorgung.

5. Nationales Forschungs- und Entwicklungsprogramm für nichtatomare Energie
Bund und Länder verständigen sich unverzüglich auf ein nationales Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf dem Gebiet der nichtatomaren, umweltschonenden Energieerzeugung und Energietechnik.

Mit Ausnahme der Förderung der Grundlagenforschung sowie der Erforschung der Endlagerungstechnik werden die bisher für Kernenergieforschung und Kernenergietechnik verwandten Forschungsmittel auf das neue Forschungs- und Entwicklungsprogramm umgeleitet. Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die auf dem Gebiet nichtatomarer Energie tätig sind, werden bevorzugt gefördert.

Matthias Kollatz / Joachim Wuttke

Neue Wege in der Abfallwirtschaft

1. Unser Müll

Beim Begriff »Müll« denken die meisten Menschen unwillkürlich an Hausmüll. Betrachtet man aber alle Abfallarten, so ergibt sich bei einer Gesamtmenge in 1975 von 611 000 000 000 kg folgende Aufteilung:

- Landwirtschaft und Massentierhaltung: 62,8 Prozent
- Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Straßenkehrschutt: 17,2 Prozent
- Inertmaterial (Bauschutt und Abraum): 5,2 Prozent
- Produktionsrückstände: 5,0 Prozent
- Klärschlamm: 4,1 Prozent
- ausgesonderte Investitionsgüter: 3,6 Prozent
- Sperrmüll: 1,6 Prozent¹

Von den Landwirtschaftsabfällen werden etwa 95% direkt am Abfallort wiederverwendet und als Düngematerial eingesetzt, so daß sich die zu behandelnde Abfallmenge stark verringert. Wegen der chemisierten Produktion einerseits und hoher Schadstoffgehalte andererseits sind die Produktionsrückstände, der Klärschlamm und der Hausmüll die Anteile mit dem höchsten Gefährdungspotential. Diese Müllfraktionen sind außer von Bundesgesetzen auch stark durch kommunales und regionales Handeln beeinflussbar, von der Industriestandortpolitik bis zur Abfallvermeidung und zur Ausweitung öffentlicher Aufgaben und Tätigkeiten.

Die Hausmüllmengen haben sich seit 1950 qualitativ und quantitativ verändert:

— Quantitativ: stieg die Hausmüllmenge je Einwohner z.B. in Stuttgart von 1900 langsam bis 1950 von 200 auf 400 Liter je Einwohner und Jahr an, so wuchs sie seitdem sprunghaft auf 2000 Liter in den 80er Jahren an. Das Gewicht der Abfälle steigt sehr viel langsamer an und hat sich seit 1950 nicht einmal verdoppelt.² Das Pro-Kopf-Aufkommen für 1977 und 1980 geordnet nach Ortsgröße zeigt Abbildung Nr. 1.

— Qualitativ: bestand der Hausmüll früher fast ausschließlich aus Abfällen von Kohleöfen (80%) und Eßabfällen (20%), so besteht er heute aus sehr viel mehr unterschiedlichen Komponenten mit hohen Chemieanteilen. Anfang der 80er Jahre lag bei sinkenden Anteilen von Papier (20%) und Glas

(13%), die relativ hohe Recycling-Quoten aufweisen, eine steigende Menge organischer Abfälle (40%) und des Giftmülls (0,5%) vor. Plastik (7%), Metall (5), Feinmüll (10) und Verbundstoffe (5%) weisen in etwa konstante Anteile auf³.

Beide Veränderungen haben zu einer Vervielfachung schwer abbaubarer und giftiger Stoffe im Hausmüll geführt, der Kunststoffanteil betrug 1964 z.B. nur 2%. Direkte Schadstoffe sind durch den stark gestiegenen Anteil von Heimwerkern im »do it yourself«-Bereich erklärbar (Lacke, Reinigungsmittel, Holzschutz), aber auch durch die Verpackungsindustrie (Verpackungen machen etwa 50% des Hausmülls aus) und einem verstärkten Einsatz chemischer Stoffe zu Hobbyzwecken (Labor, Batterie, etc.).

2. Zukunft ohne Müll?

Bei steigend getrennt erfaßten Mengen ist in den letzten Jahren eine Stagnation des Hausmüllanfalls zu beobachten:

- 1975: 31 012 000 000 kg
- 1977: 28 914 000 000 kg
- 1980: 32 616 000 000 kg
- 1982: 29 688 000 000 kg⁴.

Von einem umweltpolitischen Durchbruch zu einer ökologischen Abfallwirtschaft kann keineswegs die Rede sein. Immer mehr der vor Jahrzehnten mit geringen Sicherheitsstandards angelegten Deponieräume sind erschöpft, die Schäden der Altlasten werden allmählich sichtbar und Alternativen wie die Müllverbrennung führen ebenfalls zu Umweltbelastungen — all dies vor dem Hintergrund auf sehr hohem Niveau stagnierender Mengen mit wachsendem Gefährlichkeitsgrad.

Eine Zukunft ganz ohne Müll wird es aber prinzipiell nicht geben: Solange Menschen arbeitsteilig industriell produzieren und in dichten Bevölkerungszusammenballungen leben, unterscheidet sie das grundlegend von Tieren und Pflanzen, deren Abfälle biologisch-natürlich beseitigt und wiedereingesetzt werden.

Solange der Mensch als Jäger und Sammler und später als Bauer lebte, entnahm er der Natur was er brauchte und überließ ihr wieder seinen Abfall. Die Stoffumwandlung, die sich durch den Einfluß des Menschen vollzog, war fast ausschließlich eine biologische. So konnte der Abfall nach wie vor »natürlich« beseitigt werden.

Erst durch die Industrialisierung wurde Abfall sowohl zum ökologischen als auch zum gesellschaftlichen Problem. Zum einen kam es durch die erhöhte Güterproduktion zu entsprechend erhöhten Abfallmengen. Zum anderen gab es auch jetzt in immer größerem Maße den Abfall solcher Pro-

dukte, den die Natur mit ihren »Methoden« nicht mehr beseitigen konnte. Mehr noch: Oft wurde durch Produktion und Abfall Natur gefährdet oder zerstört.

Eine Alternative zur Müllanhäufung und meist nur vorläufigen Beseitigung muß entwickelt werden. Die bisherige Form der Abfallerzeugung und »-beseitigung« muß als gescheitert angesehen werden — sie ist schädlich und führt wirtschaftlich und umweltpolitisch in die Sackgasse. Gerade die Politik des »so Weitermachens wie bisher« — was im Klartext nur heißt, daß der Abfall dorthin geschafft wird, wo ihn keiner sieht, er aber keineswegs beseitigt ist — muß mit zunehmender gesundheitlicher Gefährdung, der mittelfristig eintretenden Verseuchung der Grundwässer und der Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche bezahlt werden.

Die Altlastenerzeugung und -beseitigung ist auf Dauer unbezahlbar und auch unmöglich:

— *unbezahlbar*: als krasses Beispiel sei die Deponie Georgswerder in Hamburg angeführt, bei der die Sanierungskosten etwa die Höhe eines Landeshaushaltes betragen;

— *unmöglich*: sollte wegen zu starker Abfalldeponierung gegen Ende dieses Jahrzehnts die Nordsee vollständig »kippen«, so ist das Klären solch riesiger Wassermengen technisch gegenwärtig gar nicht möglich.

Die bestehenden Müllmengen müssen also drastisch reduziert werden. Sind beim Hausmüll durch Vermeidungspolitik (Verpackungen) und einfaches Recycling (Wertstofftonne) kurzfristig ein Drittel, durch verstärkte Verwertung und Umstrukturierung der Konsumgüterproduktion mittelfristig etwa zwei Drittel vermeidbar, so sind die gefährlichen Industriemüllmengen und der Anfall von Klärschlamm nur durch Produktionsumstellung oder andere Filterverfahren »entschärfbar«. Nur auf der Basis einer Abfallvermeidungspolitik lassen sich aber sinnvolle und ökologisch verantwortbare Abfallverwertungsstrategien und Deponiegrundsätze formulieren.

3. Verfahren zur Müllverarbeitung

1982 wurden 72,0 Prozent der Müllmenge über Deponie entsorgt (mit sinkender Tendenz), 24,9 Prozent über Müllverbrennungsanlagen (mit steigender Tendenz), 2,1 Prozent über Kompostierungsanlagen, 1,0 Prozent über Sonderanlagen. Neben diesen sind jedoch weitere Verfahren in Diskussion. Im einzelnen lassen sich die Verfahren wie folgt kurz skizzieren: *Mülldeponierung* erfolgt heute in der BRD auf 530 Großmülldeponien, kostet mittlerweile (wegen des knapper gewordenen Raumes) 20 - 70 DM/Tonne und führt zu vollständigem Rohstoffverlust (Ausnahme: Depo-

niegase). Neben Lärm, Verkehr und schlechtem Geruch sind Biotopzerstörung, Grundwassergefährdung und Landschaftsverbrauch die Folge. Bisher angehäuften Deponieberge drohen wegzurutschen oder bei fehlender oder mangelnder Basisabdichtung die Grundwasserqualität zu beeinträchtigen. Eine absolut dichte Basisabdichtung ist bis heute nicht in Sicht.

Müllverbrennung führt zu Luft- und Wasserverschmutzung und ist selbst ohne Rauchgasreinigung teurer als Deponierung (ca. 100 DM je Tonne). Das Volumen wird auf etwa 10 Prozent reduziert, Wärme- und Stromgewinnung ist möglich. Bei Müllverbrennungsanlagen ohne weitergehende Rauchgasreinigung (nur Staubabscheidung) kommt es zu hohen Belastungen durch Chlorwasserstoff (HCl), Schwefeldioxid (SO₂), Fluorwasserstoff (HF), Schwermetalle und wirkungsrelevante organische Stoffe wie polycyclische organische Kohlenwasserstoffe (PAH's) oder Dioxine und Furane (PCDD, FCDF). Im Zuge der Altanlagenanierung auf Basis der TA Luft 86 sind alle Müllverbrennungsanlagen (soweit nicht vorhanden) mit einer leistungsfähigen Abgasreinigungsanlage nachzurüsten. Das Optimum stellt dabei die nasse Abgaswäsche mit anschließender Schwermetallfällung und Eindampfung der Abwässer dar. Eine so aufwendige Technologie lohnt sich ohnehin nur in Ballungsgebieten und bindet dabei viele Investitionsmittel, die für die Einführung von Getrenntsammlung und Recycling nicht mehr zusätzlich von den Gemeinden erbracht werden können. Hier sind zusätzliche Gelder (z.B. im Rahmen eines Programms »Arbeit und Umwelt«) von den Ländern bereitzustellen. Die Müllverbrennungstechnologie kann folglich den Umstieg in Verwertungsstrategien verhindern; sie wirkt gleichzeitig der Vermeidungsstrategie entgegen; deswegen ist das hessische Modell zur Abfallbeseitigung zur Zeit der einzig gangbare Weg, um der Vermeidungsstrategie zum Durchbruch zu verhelfen.

Müllpyrolyse wird mitunter als Geheimtip genannt und basiert auf der (niedertemperaturigen) Verschmelzung von Müll. Sie wird vermutlich etwa so teuer wie Müllverbrennung sein. Bisher arbeiten allerdings keine kommerziell betriebenen Anlagen für die Hausmüllpyrolyse. Auch in Zukunft dürfte nur die Pyrolyse definierter Abfallstoffe (z.B. Kunststoffabfälle) wie schon bisher auch in Frage kommen, da die Pyrolyse im Vergleich mit der Müllverbrennung eine kompliziertere Anlagentechnik und einen höheren verfahrenstechnischen Aufwand erforderlich macht.

Rohstoffrückgewinnungsanlagen versuchen aus der Not eine Tugend zu machen und verarbeiten unsortierten Müll. Die Recyclingprodukte sind jedoch von sehr viel schlechterer Qualität als bei vorsortiertem Müll, es entsteht nach wie vor ein hoher Landschaftsverbrauch und eine erhebliche Grundwassergefährdung, da noch erhebliche Mengen Restmüll deponiert werden müssen. Die Kosten liegen bei ca. 50 DM/Tonne. Politisch ist das der falsche Weg, da er nachträglich den Schaden zu begrenzen sucht, aber

weder die Gewinnung qualitativ hochwertiger Recycling-Rohstoffe noch ökologische Sondermüllbehandlung garantiert.

Kompostierung kostet ca. 130 DM/Tonne, führt bei unsortiertem Müll zwar zu einer erheblichen Verringerung des Volumens, aber auch zu erheblichen Schwermetallgehalten im Kompost, der dann nicht mehr genutzt werden kann. Bisher werden etwa 3 Prozent des Hausmülls kompostiert, einige Anlagen (z.B. die der Stadtreinigungsbetriebe in Berlin) arbeiten mit Gewinn — dies setzt allerdings Vorsortierung (mit der Hand) voraus. Der Anteil der Kompostierung an der Hausmüllentsorgung könnte gesteigert werden, wenn zukünftig die getrennte Sammlung verschiedener Müllfraktionen (insbesondere des biologisch-organischen Anteils) verstärkt durchgeführt wird.

Die Kosten der einzelnen Abfallbeseitigungsmethoden können, wie in Abb. 2 dargestellt, abgeschätzt werden.

In einem Bewertungsverfahren zwischen +16 (gut) und -16 (schlecht) ergeben sich für Deponie als Umweltbelastungsziffer -8, für die Müllverbrennungsanlage -6 (bzw. 0 mit Abgasreinigung), für die Pyrolyse -4, für die Rohstoffrückgewinnung ebenso und für die Kompostierung +2⁵. Eine Umstellung auf getrennte Wertstoffeffassung mit Kompostierung erreicht den Wert +10.

4. Konservative Müllpolitik — Private Verwertung erleichtern

Die SPD-FDP-Bundesregierung förderte die Entwicklung und Installation von Müllverbrennungsanlagen als energiepolitische Maßnahme zur Verringerung der Ölabhängigkeit sowie der Wärmeauskopplung und abfallpolitisch zur Verringerung der Abfallmengen. Von den 1976 — 85 im Forschungshaushalt ausgewiesenen 250 Millionen DM wurde allein über die Hälfte für Weiterentwicklung der relativ ausgereiften Müllverbrennung ausgegeben⁶.

Eine konsequente Neubewertung fand erst nach 1983 im sozialdemokratisch regierten Bundesland Hessen statt, das die Gemeinden zur Getrenntsammlung verpflichtet, ehrgeizige Abfallvermeidungsziele anstrebt, die Recyclingquote deutlich anheben will und die Müllverbrennung als letzte Möglichkeit der Abfallbeseitigung nennt, die es zu überwinden gilt⁷. Die Prioritätenliste lautet:

- Abfallvermeidung
- Abfallverwertung (z.B. Recycling)
- Abfallbeseitigung (z.B. Deponie, mit geringerer Priorität dann Verbrennung)

Die CDU-FDP Bundesregierung legte 1984 einen Entwurf fürs Abfallbeseitigungsgesetz vor, der zumindest auf der verbalen Ebene diese Reihenfolge aufgriff. So schrieb das Umweltbundesamt:

»Die Bundesregierung verfolgt mit dem Gesetzentwurf konsequent ihr Ziel weiter, der Abfallvermeidung und Abfallverwertung in der Abfallwirtschaft Vorrang zu verschaffen. Die Möglichkeiten der Abfallverwertung sollen auf allen Stufen der Abfallbeseitigung — also beim Einsammeln, Befördern, Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen berücksichtigt werden«⁸.

Bereits damals war also an eine Konzentration auf Abfallverwertung gedacht, auf die gerade durch Bundesgesetzgebung möglichen Eingriffe zur Abfallvermeidung sollte nur in krassen Fällen auf dem Verordnungsweg zurückgegriffen werden. Gleichzeitig sollten so weitergehende Regelungen der Bundesländer zu Fall gebracht werden.

Der Verwertungsbegriff wurde aber sehr schnell neu definiert, der Verband privater Städtereinigungsbetriebe räumte zwar ein, daß dem Recycling — der stofflichen Verwertung — »Vorrang vor der thermischen Verwertung«⁹ gebühre, doch wird damit — im Gegensatz zur hessischen Konzeption — die Müllverbrennung in der Prioritätenskala über der Deponierung angesiedelt. Aus reinen Schädigungsgesichtspunkten mag das noch vertretbar sein, eine Weichenstellung zur Abfallvermeidung erfolgt so mit Sicherheit nicht. Daß es nicht um Ökologisierung der Wirtschaft ging, belegt auch der im folgenden dargestellte Novellierungsvorschlag der Fraktionen von CDU und FDP, welcher die Verwertung bevorzugt, soweit sie technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist.

Dieser 1986 vorgelegte Entwurf für ein Abfallbeseitigungsgesetz geht im Gegensatz zum Zimmermann-Entwurf noch stärker auf die Industriewünsche ein. Kennzeichnungspflicht, Pfand- und Rücknahmepflicht, Pflicht zur getrennten Entsorgung, Beschränkung bis hin zum Verbot für bestimmte Anwendungen bestimmter Erzeugnisse, werden nur noch auf Vermeidung oder Verringerung schädlicher Stoffe in Abfällen beschränkt (und dienen nicht zur Minimierung des Abfalls). Verordnungen können nur noch erlassen werden, wenn die Bundesregierung in einem ersten Schritt in Absprache mit den beteiligten Industriekreisen Abfallminderungsziele definiert und veröffentlicht hat und diese von der Industrie verletzt werden. In einem zweiten Schritt findet dann eine Anhörung statt und die Bundesregierung kann gemeinsam mit dem Bundesrat Festlegungen treffen, wobei jedoch entweder die Mehrfachverwendung oder die Verwertung gefördert wird.

Für die Verwertung erhalten die Privatunternehmer den Vorrang gegenüber den öffentlichen Stadtwerken und Reinigungsbetrieben, ganz nach dem Motto »Privatisierung der Gewinne — Sozialisierung der Verluste«¹⁰.

Kommunen müßten sich rechtfertigen, »wenn sie von dieser Vorschrift abweichen wollen, um die Abfallverwertung selbst zu übernehmen«¹¹. Da hier die Auslagerung in den Privatsektor erfolgt, »rächt« sich die hohe Priorität für Verwertung doppelt: es ist letztlich — weder beim Altöl noch z.B. beim Kunststoff möglich, das Geschäftsgebaren der Unternehmen zu kontrollieren. Diese Unternehmen werden allzu häufig Altölsondermüll o.ä. in andere Länder als Heizmaterial verkaufen und auf etwaige niedrigere Standards setzen.

5. Kommunale Handlungsspielräume

Angeichts dieser veränderten gesetzlichen Situation — das Abfallbeseitigungsgesetz wurde im Sommer 1986 verabschiedet¹² — müssen die kommunalen und regionalen Handlungsperspektiven neu definiert werden.

1. In Bundesländern (und auch in Städten) können öffentliche »Landesregiebetriebe« gegründet werden, die durch Parlamente öffentlicher Kontrolle unterliegen, aber keine eigene Rechtsperson sind und sich deshalb nicht wie die Energieversorgungsunternehmen verselbständigen können. Die Gründung von Abfallwirtschaftszentren, die sich nicht bloß einige kommerziell interessante »Rosinen aus dem Kochen« picken, sondern flächendeckend Annahmestellen auch für Sondermüll anbieten und ihn möglichst ökologisch entsorgen, ist für Privatunternehmer im allgemeinen unattraktiv. Es muß allerdings damit gerechnet werden, daß sich einige Unternehmer auf Basis des Abfallbeseitigungsgesetzes als Privatanbieter per Klage aufzwingen wollen, deshalb müssen zusätzlich Initiativen zur Korrektur des Gesetzes erfolgen. Bei gleichen sozialen Standards für die Arbeitnehmer und gleicher Beachtung des Umweltschutzes erwartet die ÖTV keinen Kostenvorteil für die Privatunternehmer¹³.

2. In Kommunen können Abfallberater eingestellt und Abfallwirtschaftspläne vorgelegt werden. Sie können wichtige Schritte zur Abfallvermeidung vorbereiten und einleiten. In zahlreichen Fällen ist dieser Weg allerdings gerade von konservativen Politikern zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit beschritten worden, ohne daß reale Schritte eingeleitet wurden. Als Beispiel sei das Abfallwirtschaftsprogramm Berlin von 1984 genannt:

- für den gesamten Bereich wurden keine zusätzlichen Stellen geschaffen
- der Senat stellte für alle Aktivitäten nur 50000 DM zur Verfügung, die hauptsächlich zur Verbraucheraufklärung eingesetzt werden. Berücksichtigt man, daß in Berlin die Einwegpackungen für Getränke einen Anteil von 40% haben (Bundesgebiet 27%), so müßten zur Erreichung der Ziele intensivere Maßnahmen eingeleitet werden

- das Programm richtet sich an den fiktiven »souveränen Verbraucher«, der angeblich seine Produktwünsche der Industrie mitteilt die diese dann erfüllt. Hierbei werden milliardenschwere Werbeetats ignoriert, die häufig genug systematisch Bedürfnisse schaffen¹⁴.

Bei politisch sinnvoller Vorgabe und ausreichender Ausstattung können Abfallberater jedoch weit über das Berliner Konzept wirksam sein.

3. Bei kommunalen Bauvorhaben sind verstärkt Sekundärrohstoffe — also Recyclingprodukte einzusetzen, da gerade hier vielfältige Einsatzmöglichkeiten bestehen und so Recyclingmärkte stabilisiert werden können:

- aus Entschwefelungsgips kann ca. 60 Prozent des Baugipsbedarfs gedeckt werden,
- aus Kohlefeuerungsflugasche kann ca. 20 Prozent des Zementrohstoffs gedeckt werden¹⁵,
- zahlreiche Hausmüllrecyclingprodukte können Verwendung finden,
- die Bauvorhaben sind auf Getrenntsammlung und Kompostierung auszuliegen.

4. In Landkreisen bietet sich die (möglichst hochwertige) Abtrennung der kompostierfähigen Müllfraktion an. In Weiterentwicklung zum Witzenhausener Modellversuch wurde statt der Zwei-Komponenten-Sammlung eine Drei-Komponenten-Sammlung erprobt. Je nach Lage wird den Bewohnern angeboten, selbst zu kompostieren oder eine Biotonne zu füllen. Hierdurch ließen sich die Giftbestandteile wie Farb- und Lösereste fast vollständig abtrennen und das Müllvolumen um rund 30 Prozent reduzieren. Um die Kosten nicht zu steigern, mußten für jede Teilgemeinde differenzierte Transportfrequenzen und angepaßte Behältergrößen vorbereitet werden. Die Reinheit des Biomülls lag über 95 Prozent¹⁶. Auch in Mittelzentren wie der Stadt Giessen wird ein Drei-Tonnen-System gegenwärtig in die Praxis umgesetzt.

5. In vielen Bundesländern fallen die Reinigungs- und Müllabfuhrbetriebe nicht mit den häufig privatrechtlich organisierten Deponie- bzw. Müllverbrennungsbetreibern zusammen. Nur wenn der Landesgesetzgeber die Getrenntsammlung zwingend vorschreibt (und hier versuchte ja die CDU-Regierung durch Bundesgesetz einen Riegel vorzuschieben), ist eine Verwirklichung einer flächendeckenden Getrenntsammlung realistisch. Dies ist im hessischen Abfallgesetz geschehen.

6. Eine Aufarbeitung der Altlasten erfordert das Erstellen eines vollständigen Lageplans alter Deponien unter Mithilfe der Bevölkerung, eine Untersuchung aller Deponien und gegebenenfalls ihre möglichst weitgehende Sanierung. Hierzu sind in erheblichem Umfang Landesmittel erforderlich. Als einen (unzureichenden) ersten Schritt hat das Land Hessen Mittel für die Erfassung der Deponien der höchsten Gefahrenstufe bereitgestellt.

6. Grenzen kommunaler Handlungen

Aus dem dargestellten Maßnahmenkatalog geht hervor, daß die Kommunen den größten Handlungsspielraum bei der Ausgestaltung des Mülleinsammel- und Müllverwertungssystems haben. Dabei sind zwar wichtige Schritte für eine umweltfreundliche Abfallpolitik möglich und notwendig, insgesamt unterliegen sie jedoch bundesgesetzlich erheblichen Einschränkungen.

Wenn bundesgesetzlich versäumt wird, drastische Schritte für eine Verringerung des Verpackungsanfalls oder die Verbreitung von Einweggetränkedosen einzuleiten, so können die Gemeinden zwar alle Abfälle getrennt einsammeln, aber damit weder eine Verringerung der Abfallmenge durchsetzen noch eine energiesparende Produktionsweise. Zusätzlich wird für die sensibilisierten Bürger noch quasi das »gute Gewissen« mitgeliefert.

Als Beispiel sei die Alu/Weißblech-Getränkedose angeführt. Statt 400 Millionen Alu-Getränkedosen wie 1985 will die Alu-Industrie im Jahr 1990 bereits 1600 Millionen verkaufen. Um die Reserviertheit der Kundschaft zu brechen, wird neuerdings für die Wiederverwertbarkeit Reklame gemacht, gleichzeitig aber darauf verwiesen, daß sich Recycling erst bei hohen Stückzahlen lohne, aber selbst bei der enormen Recyclingquote von 50 Prozent wären im Jahr 1990 doppelt so viele Dosen auf dem Abfall wie heute. Der Energieverbrauch von Alu-Verpackungen bleibt auch bei Mehrfachnutzung um das 10fache höher als bei Mehrwegglaspackungen. Und der Konsument wird geschröpft: die Verpackung kostet etwa 0,25 DM, das Getränk selbst etwa 0,05 DM.

Ähnliches gilt für das Glasrecycling — wenn auch in abgeschwächter Form. Das Aufstellen von Altglascontainern heizt die Nachfrage nach Einweg- zu lasten der Mehrwegflaschen an.

Doch damit nicht genug: die Nachfrage für Recyclingprodukte ist gegenwärtig (z.B. Papier) nur unzureichend gesichert. Dies wäre zwar durch staatliches Handeln möglich (s.o.), aber nicht allein durch die Kommunen. Da aber für eine ökologische Abfallpolitik die Mobilisierung der Verbraucher unerläßlich ist, führen Rückschläge wie die Verfeuerung getrennt gesammelten Papiers in Verbrennungsanlagen aus Kostengründen zu rapidem Vertrauensverlust.

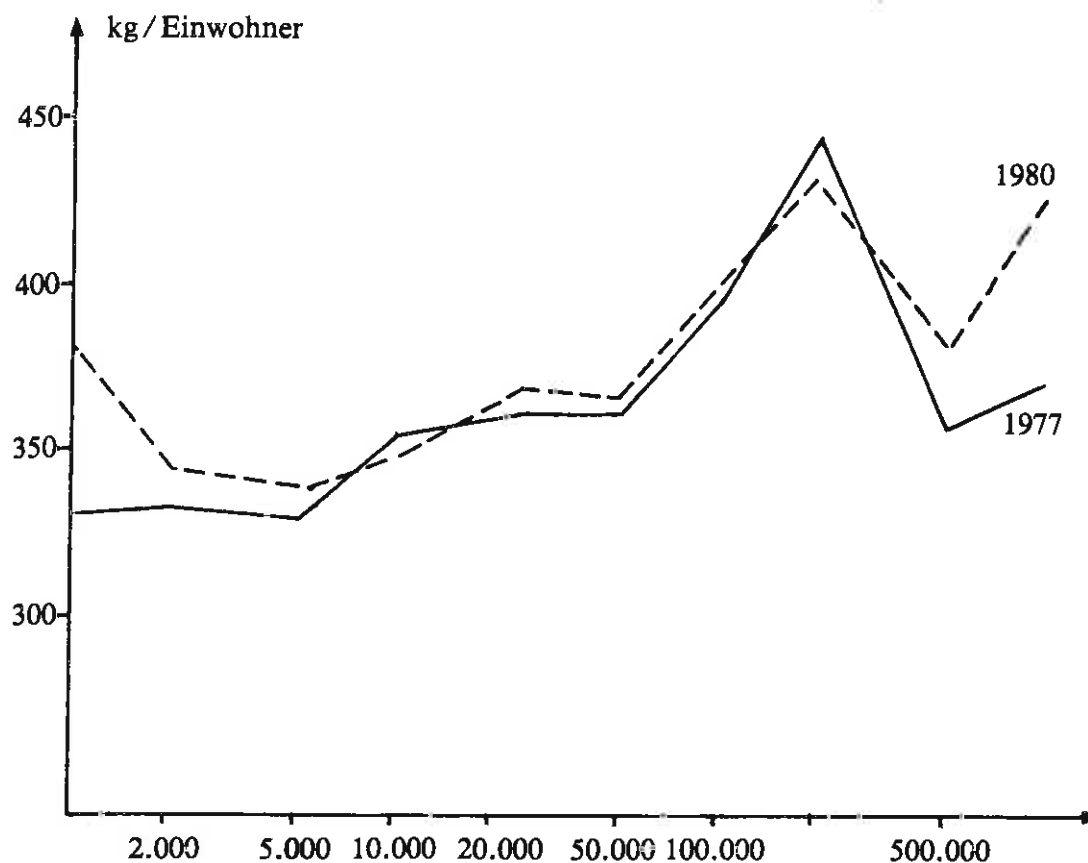
Was nur auf Bundesebene Verbindlichkeit gewinnen kann, aber auf kommunaler Ebene politisch Druck machen und Sogwirkung entfalten kann, ist die Einrichtung einer Warenprüfstelle zur Produktzulassung und Information, die nur Produkte zulassen soll, die zu einer minimalen Umweltbelastung durch Herstellung und Konsum führen. Zudem können umweltfreundliche Produktionen gefördert werden, auch wenn andere nicht

verboten sind, wie z.B. der relativ verpackungsmittelfreie Verkauf auf Wochenmärkten und die Auflage an Tankstellen, Mehrwegverpackungen anzubieten. Eine große Rolle bei der Abfallvermeidung spielt die Verlängerung der Produktionsdauer, auch hierzu sind Positivlisten und Förderungsmaßnahmen möglich.

Anmerkungen

- 1 Thilo C. Koch, Jürgen Seeberger: Ökologische Müllverwertung, Karlsruhe 1984, S. 31.
- 2 BMI: Was Sie schon immer über Abfall und Umwelt wissen wollten, Stuttgart etc., 1983 (4. Auflage), S. 14
- 3 IföR: Alternativen zum Müll, S. I.31.01
- 4 UBA Jahresbericht 1984, Berlin, S. 122
- 5 Koch/Seeberger a.a.o., S. 275
- 6 IföR a.a.O., S. VI.11.03
- 7 Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales: Hessens neues Abfallrecht, Handbuch für Kommunen, Parlamente, Wirtschaft, Dostojewskistraße 4, 6200 Wiesbaden, 1985
- 8 UBA a.a.O., S. 119
- 9 BfP: Aktiver Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Stellungnahme des Pressereferenten des Verbandes privater Städtereinigungsbetriebe K.P. Beuth, S. 76
- 10 Joachim Spangenberg: Pecunia non olet, Sozialistische Praxis 3/86, S. 20
- 11 ÖTV: Qualitatives Wachstum 1, Umweltschonende und rohstoffsichernde Abfallwirtschaft, Stuttgart, 1985, S.7
- 12 Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz - AbfG) vom 27. August 1986 BGBl Teil 1 (1986), S. 1410/1420
- 13 ebda, S. 41
- 14 IföR a.a.O., S. VI.21.11
- 15 Werner Schenkel: Materialhaushalt und Abfallrecycling in M. Kennedy (Hrsg.): Öko Stadt, Bd. 1, Frankfurt 1984, S. 132
- 16 Hermann-Josef Deutsch: Vom Hausmüll zum Biokompost, Entsorga 3/86, S. 33 ff.

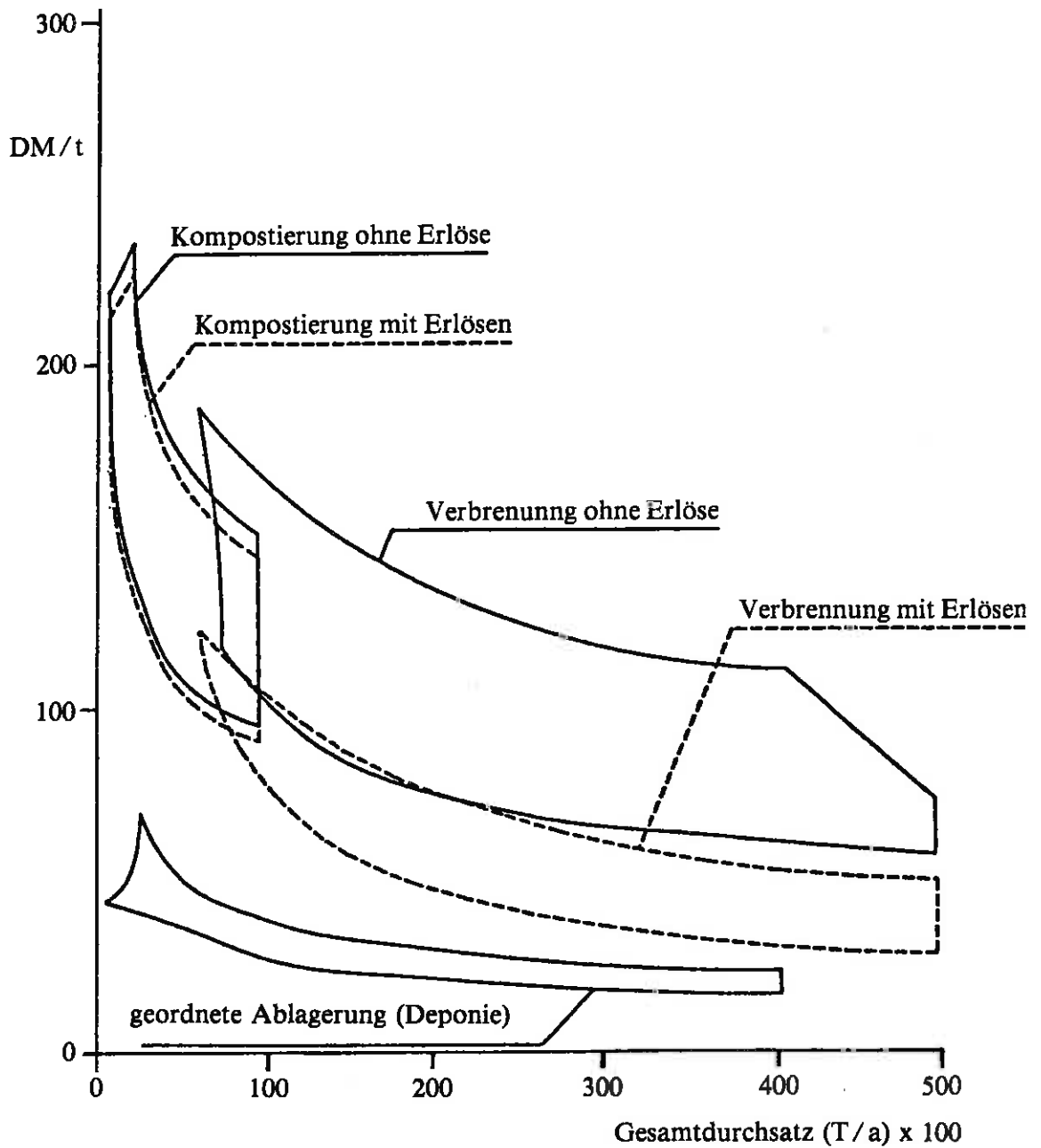
Abbildung 1: Eingesammelte Menge an Hausmüll, müllähnlichen Gewerbeabfällen und Sperrmüll in kg / Einwohner und Gemeindegrößenklassen kg / Einwohner



Gemeinden von ... bis ... Einwohnern

Quelle: Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft — TA Luft) vom 27.2.1986, GMBL

Abbildung 2: Darstellung der Abfallbeseitigungskosten (1980)



Quelle: Umweltbundesamt, Forschungsvorhaben Nr. 103 03 409

Peter Wilke

Alternativen zur Rüstungsproduktion: Betriebliche und regionale Ansätze

1. Die Realität: steigende Rüstungslasten und wachsende regionale Abhängigkeit

Die konservative Bundesregierung hat in den letzten Jahren mit verschiedenen Entscheidungen und einzelnen Planungsdokumenten die Weichen für ein umfassendes und ehrgeiziges Rüstungsprogramm gestellt. Bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus sind im Bundeswehrplan umfassende Investitionen für neue Waffensysteme vorgesehen.

Nach Berechnungen des Bundesverteidigungsministeriums sollen über 250 Mrd. DM für Rüstungsgüter aufgewendet werden. Kritiker des Programms wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Katrin Fuchs, Mitglied des Verteidigungsausschusses, rechnen sogar aufgrund zu erwartender Kostensteigerungen mit Gesamtkosten des Rüstungsprogramms von bis zu 500 Mrd. DM. Wird die Wunschliste des Verteidigungsministeriums Realität, dann muß der Anteil der Rüstungsausgaben an den Staatsausgaben notwendigerweise steigen. Schon im amtlichen Weißbuch 1985 hieß es: »Die Bundesregierung hält es für notwendig und trotz generell gebotener Dämpfung der Ausgabendynamik für vertretbar, die Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren überproportional gegenüber den Gesamtausgaben des Bundes steigen zu lassen.«

Steigende Rüstungsausgaben werden zum Teil als Motor der Wirtschaft angesehen und gerechtfertigt. Kanzler Kohl und auch sein Parteifreund Lothar Späth haben in der Diskussion um eine bundesdeutsche Beteiligung an der amerikanischen Weltraumrüstung betont, durch dies Programm würden ungeahnte Erfindungen und Produkte auch für den zivilen Bereich entstehen. Die Übertragungseffekte von militärischen in zivile Sektoren, der sogenannte »spin off«, die Abfall- und Zufallsprodukte, könnten ein neues technologisches Zeitalter einläuten.

Nun ist in vielen Analysen bestätigt worden, daß solche Erwartungen unrealistisch und teuer bezahlter Umweg sind. Sie sind allerdings eine konkrete Ausformung konservativer Wirtschaftspolitik: In Zeiten einer sogenann-

ten Sparpolitik (im Zeichen der Haushaltskonsolidierung) werden die Rüstungsausgaben erhöht und mehr Geld für militärische Forschung und Entwicklung ausgegeben. Konservative Politik stellt sich vor als Mischung aus Austerität (den Gürtel enger schnallen) und Aufrüstung. Bildungs-, Sozial- und Investitionsprogramme werden nicht in erforderlichem Maße getätigt, aber gleichzeitig werden mehr Mittel für Rüstung aufgewendet.

Steigende Rüstungsausgaben haben natürlich — wie andere Staatsausgaben auch — eine positive Wirkung auf die Beschäftigungssituation. Zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (im Sinne keynesianischer Politik) ist es im Grunde egal, wofür das Geld ausgegeben wird. Aber schon mit dem Blick auf die (regionale) Entwicklung der Wirtschaftsstruktur kann man die langfristig negativen Auswirkungen einer Fixierung auf Rüstung erkennen.

In Norddeutschland gibt es dafür mehrere Beispiele. Eins davon ist Kiel. Die Stadt ist seit mehr als hundert Jahren in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung vom Militär geprägt. Kriegshafen, Garnisonsstadt, Standort mehrerer großer Rüstungsfirmen. Allein zwei von diesen Firmen bestimmen wesentlich die industrielle Struktur der Stadt:

Zusammengenommen erzielten HDW/Kiel und MaK im Jahre 1980 rund 1,2 Mrd. DM Umsatz, das sind etwa drei Viertel des Kieler Schiff- und Maschinenbaus (1,66 Mrd. DM). Mit ca. 400 Mio. DM entfiel rund ein Viertel des Branchenumsatzes auf die Herstellung militärischer Geräte. Dabei sind kleinere, Komponenten zuliefernde Maschinenbauunternehmen in die Berechnung einbezogen. Nachdem die beiden großen Unternehmen ihre Militäranteile bis 1984 wesentlich erhöhten, dürfte sich der Rüstungsanteil des Kieler Schiff- und Maschinenbaus mittlerweile auf 50% belaufen. Entsprechend hängt mindestens jeder dritte Arbeitsplatz in den beiden Branchen von Rüstungsaufträgen ab. Auch im Sektor Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik ist der Anteil der in der Rüstungsfertigung Tätigen hoch. Mindestens 5.000 von gut 24.000 Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes dürften 1984 Rüstungsgüter produziert haben, d.h. jeder fünfte Industriebeschäftigte war 1984 in Kiel als Rüstungsarbeiter tätig.

Neben der Herstellung von Militärgütern sind in Kiel 6.700 Soldaten stationiert und 6.100 zivile Mitarbeiter in der Bundeswehr beschäftigt. Im Jahre 1980 waren rund 90.000 Beschäftigte im tertiären Sektor tätig. Unter der Annahme, daß sich diese Zahl auf 85.000 reduziert hat, war 1984 jeder siebte Arbeitnehmer in Kiel bei der Bundeswehr angestellt.

Dies ist sicherlich ein krasses Beispiel und eine Ausweitung der Region auf ganz Schleswig-Holstein würde die Zahlen relativieren. Trotzdem bleibt der Eindruck einer hohen regionalen Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion, der sich auch für Bremen und — mit Abstrichen — für Hamburg bestätigt.

Die Versuche der norddeutschen Länder, wirtschaftliche Branchen- und Strukturprobleme durch Rüstungsaufträge zu lösen, (wie im Schiffbau geschehen) waren nicht erfolgreich, sondern haben bestehende Strukturprobleme vertieft und die Abhängigkeit von immer neuen Rüstungsaufträgen verstärkt.

Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt dabei nur zu einem Teil bei der regionalen Politik. Rüstungsausgaben sind Bundesausgaben. Die Länder versuchen mehr oder weniger erfolgreich, sich einen hohen Anteil an diesen Ausgaben zu sichern, aber sie haben keine direkte Möglichkeit, sie zu beeinflussen. Für alle auf Abrüstung gerichteten Strategien, die regional oder kommunal ansetzen, ist dies eine reale Grenze.

2. Arbeitskreise »Alternative Fertigung«: neue betriebliche und regionale Ansätze

Die deutschen Gewerkschaften haben eine lange antimilitaristische Tradition — auch wenn es ein paar dunkle Flecken gibt. In den letzten Jahren ist diese Tradition gegenüber der Friedensbewegung nicht nur wieder einmal laut betont worden, sondern in einigen Fällen ist vor Ort Bewegung in die oftmals starren Strukturen gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik gekommen. In mehreren norddeutschen Rüstungsbetrieben haben Betriebsräte und Vertrauensleute sogenannte Arbeitskreise »Alternative Fertigung« gegründet, um machbare Alternativen zur Rüstungsproduktion für Betrieb und Region aufzuzeigen. Arbeitskreise gibt es u.a. auf der Hamburger Werft Blohm & Voss, bei der Kieler Werft HDW, dem Panzerbaubetrieb MaK in Kiel, im MBB-Werk in Bremen, der Werft Hapag-Lloyd in Bremen. Gemeinsam ist ihnen der Versuch, über neue zivile Produkte Alternativen für »ihren« Betrieb zu finden.

Mit Vorschlägen wollen sie beitragen zu:

- einer Sicherung der Beschäftigten im Betrieb und der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine Umstellung auf neue (sozial nützliche) Produkte (und regionalen Bedarf);
- einer Abrüstung und Reduzierung der Rüstungsausgaben;
- einer anderen Gestaltung der betrieblichen Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen;
- einer Verringerung der betrieblichen Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion;
- einer Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten bis hin zu einem Einfluß auf Investitions- und Produktentscheidungen;
- einer ökologisch besser angepaßten Produktionsweise durch ressourcen-

schonende Produktionsmethoden und neue Produkte, die ökologischen Kriterien genügen.

Im Vordergrund steht das Ziel, Arbeitsplätze zu sichern oder neue zu schaffen. In den Grundsatzserklärungen der Arbeitskreise drückt sich dies in Sätzen aus wie: »Wir wollen sichere Arbeitsplätze und sinnvolle Arbeit.« (Arbeitskreis Blohm & Voss).

Für Konversion, die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter, haben die Arbeitskreise jeweils betriebsbezogen eine ganze Reihe von Produktvorschlägen gemacht. An Beispielen aus zwei Arbeitskreisen soll im Folgenden die Verknüpfung von betrieblichen und regionalen Forderungen exemplarisch dargestellt werden. Gleichzeitig wird dabei auch deutlich, welche Grenzen einem betrieblichen und regionalen Ansatz im Falle der Rüstungsproduktion gesetzt sind. (Für eine ausführliche Analyse vgl. Einemann/Lübbing, 1985 für den Arbeitskreis bei MBB und Wilke, 1985 für den Arbeitskreis bei Blohm & Voss.)

3. Der Arbeitskreis »Alternative Fertigung« bei Blohm & Voss

Die Hamburger Werft Blohm & Voss, Teil des Thyssen-Konzerns, ist ein Betrieb, in dem Rüstungsproduktion eine lange Tradition hat. Der Kriegsschiffbau hat das Produktionsprofil der Werft immer entscheidend bestimmt. Seit Anfang der sechziger Jahre ist die Fertigung von Panzerwanen und Geschütztürmen hinzugekommen. Heute werden in zwei Sparten — »Wehrtechnik Land und Wehrtechnik See« — Waffensysteme bzw. Teile von Waffensystemen gefertigt (Fregatten, Schnellboote, Wannen für Leopard II, Türme für Roland). Die Werft hat seit den siebziger Jahren einen Rüstungsanteil von 50 - 70 Prozent.

Im zivilen Bereich versuchte das Unternehmen in den siebziger Jahren in andere Marktbereiche zu diversifizieren. Mit unterschiedlichem Erfolg. Es ist aktiv in schiffbaunahen Bereichen wie Off-shore- und Meerestechnik, aber auch im Turbinenbau, dem Maschinenbau, der Fertigung von Industrierobotern und Energieversorgungsanlagen.

Die Strategie einer Diversifizierung bei bleibend hohem und sogar steigendem Rüstungsanteil war — angesichts der Krise im zivilen Schiffsbau — verglichen mit dem Schicksal anderer Werften relativ erfolgreich. Trotz erheblicher Markteinbußen im Schiffbau, die dazu führten, daß der zivile Schiffsbau praktisch von der Unternehmensleitung eingestellt wurde, hat die Werft durchgängig immer Gewinn gemacht. Hierzu haben spektakuläre Rüstungsexporte von Fregatten nach Nigeria, Argentinien und in die

Türkei sicher erheblich beigetragen. Die anhaltend positive Gewinnlage ging allerdings mit erheblichen Beschäftigungsschwankungen einher. Seit Ende der siebziger Jahre hat ein kontinuierlicher Personalabbau eingesetzt: Von ehemals über 7.000 Beschäftigten auf unter 5.000 (1986).

Als 1981 Kollegen bei HDW in Kiel für Rüstungsexport streikten und die Arbeit niederlegten, war dies im Betriebsrat bei Blohm & Voss ein Anstoß, das Thema im Betrieb aufzugreifen, zumal Kapazitätsauslastungsprobleme durch ein Auslaufen der Fregattenaufträge für die Bundeswehr klar erkennbar waren und die Unternehmensleitung verstärkt auf Rüstungsexport setzte.

Um gar nicht erst in ein solches Dilemma — Rüstungsexport oder Beschäftigungsabbau — zu geraten, gründete die Vertrauenskörperleitung mit mehreren Kollegen einen Arbeitskreis »Alternative Fertigung«. Die ersten Sitzungen des Arbeitskreises — es nahmen 15-20 Personen teil — waren von dem Versuch bestimmt, überhaupt erst einmal ein gemeinsames Verständnis davon zu entwickeln, was ein »alternativer« Arbeitskreis machen kann und soll.

Die Diskussionen im Arbeitskreis hatten zwei Ergebnisse: die Verabschiedung eines »Grundsatzpapiers« als Basis für die gemeinsame Arbeit und die Sammlung von Produktvorschlägen für eine »alternative Fertigung«.

Die ersten Produktvorschläge des Arbeitskreises waren relativ allgemeine Nennungen von Produktbereichen, in die die Firma verstärkt einsteigen sollte. Sie wurden dem Vorstand im Wirtschaftsausschuß mitgeteilt. Vorgeschlagen wurden damals: Abfallaufbereitungsanlagen, Kläranlagen, Meerwasserentsalzungssysteme, Biogasanlagen, Windenergienutzung, Abwasserwärmetausch, Schiffsantriebsumrüstungen etc.

Der Arbeitskreis versuchte, an ausgewählten Beispielen eine Argumentation aufzubauen, in die Kriterien des gesellschaftlichen Bedarfs mit einbezogen wurden. Eine allein betriebliche Logik, die nur nach technisch neuen und marktfähigen Produkten fragt, wurde abgelehnt. Die Mitglieder des Arbeitskreises schätzten ihre Möglichkeiten, neue Produkte zu finden, von Anfang an realistisch ein:

»Wir entwickelten ja auch keine Produkte. Ich denke auch, daß das nicht unsere Aufgabe als Arbeitskreis ist. Wir sind einmal ausgegangen davon, was es bei Blohm und Voss an Anlagen und Produkten gibt, die wir herstellen können. Wir haben bestimmte gesellschaftliche Bedingungen aufgegriffen und haben geguckt, was Wissenschaftler für Lösungen vorgeschlagen haben. Dann haben wir uns gefragt, ob es sich lohnt, solche Produkte bei Blohm & Voss zu bauen. Wir sind überfordert, alle Nebenbedingungen und Auswirkungen eines Produktes zu untersuchen. Wenn uns Leute das gesagt haben, dann war das gut und dann konnten wir das berücksichtigen, aber das selber in den Griff zu bekommen, das ist eine Überforderung.«

»Es geht doch überall darum, daß die Kollegen, die Betroffenen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Das ist in Sachen Alternativer Fertigung nicht anders wie bei allen Fragen, die man gemeinhin als traditionell gewerkschaftspolitisch bezeichnet.« (Wachstum alternativ, 1983/84, S.22f.) Die Vorschläge des Arbeitskreises orientierten sich dabei stark an vorhandenen Problemen in der Region.

3.1 Erste Initiative: Energieversorgung in Hamburg

Der erste Produktvorschlag des Arbeitskreises stand in Zusammenhang mit Überlegungen zu einem neuen Energieversorgungskonzept für Hamburg, das stärker umweltpolitische und Energiesparkriterien berücksichtigen sollte. Fernwärmesysteme mit dezentralen Blockheizkraftwerken können für ein angepaßtes, regionales Energieversorgungskonzept eine technisch gute Lösung sein. Blohm & Voss hat Blockheizkraftwerke im Produktionsprogramm, kann aber auch Komponenten wie Turbinen, Kessel, Wärmetauscher und Schalldämpfer bauen. In einer Stellungnahme zum Thema »Energieversorgung in Hamburg — eine Möglichkeit für Blohm und Voss« forderte der Arbeitskreis 1982 den Ausbau des Fernwärmenetzes für Hamburg.

Damals — die Stadt Hamburg diskutierte gerade den Ausstieg aus Brokdorf — ging der Arbeitskreis davon aus, daß 20 Blockheizkraftwerke für Hamburg bei entsprechenden politischen Beschlüssen gebaut werden könnten. Gefordert wurde zusätzlich der Einsatz von Wärme-Kraft-Koppelung in der Industrie und die Versorgung von Blohm & Voss durch ein eigenes Blockheizkraftwerk.

Die Entwicklung der Energieversorgungslage in Hamburg nach dem Verkauf von Brokdorfanteilen läßt die Vorschläge des Arbeitskreises heute unrealistisch erscheinen. Zwar gab es u.a. Gespräche von Vertretern des Arbeitskreises mit den zuständigen Hamburger Senatoren, aber angesichts der vorhandenen Überkapazitäten in der Energieversorgung wird vorrangig eine Modernisierung des existierenden Kraftwerkbestandes geplant. Die Werft liefert hierfür Teile wie Turbinen, Kessel und Filter. Der Bau von zusätzlichen Blockheizkraftwerken ist angesichts der Überkapazitäten in der Hamburger Stromversorgung zur Zeit nicht vorstellbar.

Der Arbeitskreis hat den Schwerpunkt seiner Produktvorschläge deshalb mehr und mehr auf ökologisch angepaßte Technologien im Schiffbau und in der Meerestechnik gelegt.

3.2 Perspektiven der Arbeit

Im Betrieb selber ist der Versuch des Betriebsrates, den Arbeitskreis als feste betriebliche Einrichtung zu etablieren, an der prinzipiellen Weigerung des Vorstands gescheitert, Treffen in der Arbeitszeit zuzulassen.

Aber auch bei einzelnen Produktvorschlägen gab es nur wenig Entgegenkommen. Zwar erbrachten Kontakte zwischen externen Experten, Arbeitskreisvertretern und Fachbereichsleitern in einem Fall eine nochmalige Prüfung des Vorschlages durch die Firmenleitung und in einem anderen Fall eine (finanziell unbedeutende) Forschungsk Kooperation der Firma mit einer Hochschule, aber eine Übernahme der Anregungen blieb die Ausnahme. Kontinuierliche Zusammenarbeit wurde blockiert.

Der Arbeitskreis legte seine Aktivitäten in der Folge auf gewerkschaftliche Bildungsarbeit und eine Verbesserung der Kontakte im Betrieb. Für einen Teil des Maschinenbaus organisierten Vertrauensleute einen Informationsabend zu den Zielen des Arbeitskreises. Die Resonanz war beachtlich, vor allem jüngere Kollegen zeigten viel Interesse.

Zusammen mit der Innovationsberatungsstelle der IG Metall wurden mehrere Wochenendseminare bzw. Bildungsurlaubswochen durchgeführt. Auch hier kamen jeweils ca. 30 - 40 Interessierte. Zu der anhaltend hohen Beteiligung am Arbeitskreis trägt bei, daß die Produktion von Panzerwan nen und -türmen Ende 1986 auslaufen wird. Der Arbeitskreis schätzt, daß dann 300 Arbeitsplätze gefährdet sind. In einer Broschüre — die im Betrieb verteilt wurde — hat er Anfang 1986 noch einmal seine Forderungen nach Diversifikation und Produktumstellung dargestellt (Vertrauensleute und Arbeitskreis Alternative Fertigung Blohm & Voss, 1985).

Die Strategie der Unternehmensleitung und die Politik des Bundes stehen allerdings gegen solche Pläne. Mit dem Abschluß eines hoch durch deutsche Militärhilfe subventionierten Auftrages für drei Fregatten für Portugal im Frühjahr 1986 geht die Werft einen weiteren Schritt in die Abhängigkeit von Rüstungsproduktion.

Gleichzeitig setzt die Firmenleitung auf weiteren Personalabbau. Im Juni 1986 kündigte sie wiederum 5000 Entlassungen an. Der Betriebsrat forderte einen Beschäftigungsplan und einen neuen Innovationsansatz.

4. Der Arbeitskreis bei Krupp MaK

Der Kieler Betrieb MaK ist Teil des Krupp-Konzerns und beschäftigt ca. 3.400 Mitarbeiter. Bei MaK werden Leopard-II-Panzer für die Bundeswehr montiert, aber auch Bergepanzer, Pioniergerät und leichtere gepanzerte Fahrzeuge wie die Exportversion »Wiesel«. Ein kleiner Anteil der militärischen Produktion ist im Marinebereich (Torpedolaufrohre, Dieselmotoren) angesiedelt.

Im zivilen Bereich des Unternehmens werden Dieselmotoren für Schif fahrt, stationäre Anlagen und Lokomotiven gebaut. Daneben ist die Firma stark engagiert im Verkehrsbereich: Lokomotiven, Triebwagen, Waggons.

Mit dem Einbruch der Zivilschifffahrt — dem wichtigsten Kundenkreis für Dieselmotoren — und Rückgängen der öffentlichen Investitionen bei der Bundesbahn sank der zivile Umsatzanteil des Betriebs seit Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich auf heute ca. 30 Prozent. Nur der »sichere« Rüstungsabsatz, der mit dem Höhepunkt der Leopard-II-Montage sogar noch absolut anstieg, garantierte der Firma weiterhin Gewinne.

Im Februar 1981, angeregt durch die Initiative bei Lucas Aerospace, gründete der Vertauenskörper bei MaK den Arbeitskreis »Rüstung und Arbeitsplätze«. Der Arbeitskreis richtete seine Bemühungen auf die Suche nach »alternativen Produkten.« Die ersten Aktivitäten waren betriebsbezogen. Bei der Produktion von großen Dieselmotoren fällt in der Gießerei und auf den Motorenprüfständen eine große Menge Wärmeenergie an, die normalerweise nicht genutzt wird. Um eine effizientere und ökologisch angepaßtere Produktion zu erreichen, wurde der Geschäftsleitung ein Konzept zur Energienutzung unterbreitet: mit Hilfe von Wärmetauscher und Kraft-Wärme-Koppelung sollte die Abwärme für Heizwerke und zur Stromerzeugung genutzt werden. Von besonderer Bedeutung war die Möglichkeit, daß die Entwicklungs- und Fertigungsarbeiten bei der MaK durchgeführt werden könnten, um so auch das »Know how« für einen zukunftssträchtigen Markt zu gewinnen.

Der Vorschlag wurde von der Unternehmensleitung geprüft, aber wegen zu hoher Investitionskosten abgelehnt.

Aus dieser Idee entstanden im Laufe der Zeit weitere Vorschläge im Bereich der Energieversorgung: zunächst die Forderung nach einem Dieselmotor/Blockheizkraftwerk zur werkseigenen Energieversorgung und später — im Rahmen einer kommunalen Diskussion in Kiel um das Energieversorgungskonzept der Stadt — der Vorschlag einer integrierten Energieversorgung des Betriebes und des Stadtteils Friedrichsort.

Die Mitglieder des Arbeitskreises suchten sowohl die betriebliche Diskussion im Betriebsrat, dem Vertrauensleutkörper, auf Betriebsversammlungen und im Wirtschaftsausschuß, als auch die politische Diskussion außerhalb der Firma mit Parteien, Bürgerinitiativen, Stadtverwaltung und Landesregierung.

4.1 Ausgewählte Initiativen: Energieversorgung für Helgoland

In Anknüpfung an die Vorschläge zur betrieblichen Energieversorgung hat der Arbeitskreis schon sehr früh weitere Projekte verfolgt, in denen eine ökologisch angepaßte Energieversorgung erprobt werden kann. Gleichzeitig sollte die Arbeit im Betrieb selber verändert werden. Eine Möglichkeit für ein solches Projekt sah der Arbeitskreis in einer Anlage zur Energieversorgung der Nordsee-Insel Helgoland. Nach Kontakten zum Bundesforschungsministerium schlug er hierfür die Verwendung eines Dieselmotors

mit einem Windenergiesystem (Wagner-Rotor) vor und verband den technischen Projektvorschlag mit der Forderung nach einem Qualifikationsprojekt im Rahmen einer Förderung durch Mittel zur »Humanisierung der Arbeit« (HdA). Die Unternehmensleitung lehnte zwar das HdA-Projekt ab, suchte aber die Kooperation mit dem Bundesforschungsministerium und ist heute an dem Aufbau der Energieversorgung für Helgoland federführend beteiligt. Der Arbeitskreis war also in der Lage, Anstöße zu geben.

4.2 Verkehrstechnik

Der zivile Produktionsbereich der schienengebundenen Verkehrstechnik wurde vom Arbeitskreis als gesellschaftlich sinnvolles Betätigungsfeld der MaK gesehen. In der Vergangenheit hatte es immer wieder betriebliche Auseinandersetzungen für den Erhalt dieser Sparte bei MaK gegeben.

Stillegungsabsichten der Geschäftsleitung begegnete der Arbeitskreis mit einer ganzen Serie von Produktvorschlägen, Ideen für neue Umschlagterminals im Containerverkehr für die Bundesbahn, für Güterwaggons (der sogenannte Niederflurwagen), für einen Triebwagen im Personenverkehr (Happe-Triebwagen) etc. Die Vorschläge wurden zum Teil mit Berechnungen und technischen Zeichnungen genau durchkonstruiert. In Kooperation mit dem DGB-Berufsfortbildungswerk erstellte der Arbeitskreis ein Modell eines neuartigen Güterwaggons. Das Unternehmen prüfte die Vorschläge, fand technische Mängel, die vielleicht behebbar gewesen wären, lehnte es aber mit dem Hinweis auf das begrenzte Investitionsvolumen der Bundesbahn ab, in diesem Bereich stärker aktiv zu werden. Auch Gespräche des Arbeitskreises mit dem Bundesverkehrsministerium, der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Bundesbahn zeigten deutlich, daß eine ökologisch sinnvolle Umorientierung hier nur zu erwarten ist, wenn die einseitige Subventionierung des Straßenverkehrs beendet würde, d.h. dem Schienen-Güterverkehr Vorrang eingeräumt wird.

Die Aktivitäten des Arbeitskreises im Bereich der Verkehrstechnik haben mit zur Gründung des Fördervereins »Öffentlicher Verkehrs Schleswig-Holstein« geführt.

Das generelle Ziel des Vereins ist die Schaffung und Stärkung öffentlicher Verkehrsmittel im Lande Schleswig-Holstein, die sozial verträglich sind und den Gedanken des Umwelt- und Landschaftsschutzes Rechnung tragen. Die Gründungsmitglieder des Vereins sind Eisenbahner, die Grünen, Kommunalpolitiker der SPD und interessierte Bürger/innen und nicht zuletzt der Arbeitskreis »Alternative Fertigung«. Ein Ziel ist es, alte Strecken der Bundesbahn zu erhalten und dort Regionaltriebwagen im Personenverkehr einzusetzen. Der Arbeitskreis hat ein technisches Modell eines solchen Triebwagens vorgeschlagen, der bei der MaK gebaut werden könnte.

4.3 Forderungen nach einem Beschäftigungsplan

Die anhaltenden Auslastungsprobleme im Dieselmotorenbau und in der Verkehrstechnik führten dazu, daß der Arbeitskreis zusammen mit dem Betriebsrat Anfang 1985 nochmals den Versuch machte, die Unternehmensleitung für ein Humanisierungsprojekt mit dem Bundesforschungsministerium zu gewinnen. Das Projekt sollte Maßnahmen zur Qualifizierung der Arbeitnehmer und eine humane Gestaltung der Arbeitsplätze mit dem Vorschlag neuer, zukunftssträchtiger Produktion verbinden. 40 - 60 Arbeitsplätze sollten mit diesem Projekt bei der MaK gesichert und aus den Mitteln des BMFT finanziert werden.

Enthalten in den Vorschlägen des Arbeitskreises war eine Liste von 25 Produkten, die eine Diversifizierung ermöglichen sollten, aber auch Forderungen nach neuen Formen betrieblicher Mitbestimmung. Aus der Liste der Produktvorschläge des Arbeitskreises akzeptierte die Geschäftsleitung zunächst acht Vorschläge, die sie noch durch eigene Vorstellungen ergänzen wollte. Das Humanisierungsprojekt kam aber trotzdem nicht zustande: die Firmenleitung bestand auf Personalabbau. Daraufhin versuchte der Betriebsrat (mit Hilfe des Arbeitskreises) auf Grundlage des Humanisierungsprojektes einen erweiterten Sozialplan mit dem Unternehmen zu vereinbaren.

Im Oktober 1985 entwarf der Arbeitskreis das Grobkonzept eines Beschäftigungsplanes für MaK. Der zur Verhandlung vorgelegte Plan verband — wie der HdA-Projektantrag — Qualifizierungs-, Humanisierungs- und Innovationsvorschläge. Die Unternehmensleitung akzeptierte einen Teil der Qualifizierungs- und Umschulungsforderungen, bot Abfindungen an, lehnte aber jede Diversifikationsdiskussion ab.

Das Verhandlungsangebot der Unternehmensleitung ging über einen einfachen Sozialplanabschluß hinaus und die Mehrheit des Betriebsrates und die IG Metall-Ortsverwaltung nahmen dieses Angebot an. Der Arbeitskreis konnte sich auch innergewerkschaftlich mit seinen weitergehenden Forderungen nicht durchsetzen.

5. Ein regionaler Ansatz: Integration in Strukturprogramme

Die Beispiele aus den Aktivitäten zweier Arbeitskreise, die hier in Umrissen geschildert worden sind, zeigen einerseits, daß es vielfach regionalen Bedarf gibt, an den Vorschläge für eine andere Produktion anknüpfen können. Sei es in der Energieversorgung, im Verkehr oder in anderen Bereichen. Aber

für die einzelne Firma ist nicht ein politischer oder gesellschaftliche Bedarf entscheidend, sondern kaufkräftige Nachfrage. Und an der mangelt es, solange nicht andere politische Entscheidungen getroffen werden.

Zum anderen sind die Durchsetzungsmöglichkeiten eines gewerkschaftlichen Arbeitskreises im Betrieb sehr begrenzt, solange es keine Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen gibt. Von alleine werden Firmenleitungen nicht auf Rüstungsproduktion verzichten: dazu ist dieses Geschäft zu profitabel. Und falls es zu Abrüstung und Verringerung der Rüstungsausgaben kommt, so wird dies bei den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen nicht automatisch zur Konversion der Rüstungsindustrie führen, sondern zu einem Abbau industrieller Kapazitäten und wachsender Arbeitslosigkeit. Ein durch Abrüstungsmaßnahmen notwendig gewordener industrieller Strukturwandel in einer allgemeinen Wachstumskrise kann nur dann beschäftigungsneutral gestaltet werden, wenn die öffentliche Hand lenkend und stützend eingreift. Wird Abrüstung begleitet von konservativen wirtschaftspolitischen Konzepten, so hat der Strukturwandel in Form zusätzlicher Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Verödung ganzer Regionen, weiterer Steuer- und Sozialbeitragsausfälle etc. hohe soziale Kosten, d.h. erfolgt Strukturwandel allein nach einzelwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien, so bleiben soziale Nutzen und Kosten systematisch unberücksichtigt. Kriterien wie ökologische Verträglichkeit der Produktion, regionale Ausgewogenheit, Standorterhalt und die Gewährleistung eines hohen Beschäftigungsstands in allen Regionen müssen durch politische Eingriffe in die wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse eingebracht werden. Es ist daher sowohl eine reaktive als auch eine vorausschauende Strukturpolitik notwendig, die Eingriffs- und Steuerelemente enthält.

Ein Konversionsprogramm mit dem Ziel kurzfristiger Beschäftigungssicherung und einem langfristigen Erhalt von Industriearbeitsplätzen steht vor einem zweifachen Problem: zum einen muß kurzfristig eine Ersatznachfrage für ausbleibende Rüstungsaufträge mobilisiert werden, zum anderen muß es gelingen, mittel- und langfristig neue Produktlinien an Stelle von Waffenproduktion in den Rüstungsbetrieben aufzubauen, d.h. neben reaktive Elemente müssen vorausschauende Elemente einer Struktur- und Industriepolitik treten. Um ein industriepolitisches Nullsummenspiel zu vermeiden, bedarf es einer Strategie der Erschließung neuer privater und gesellschaftlicher Nachfragefelder für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Für die Küstenregion ist der Versuch unternommen worden, eine solche Politik exakter auszufüllen. Der Entwurf eines Strukturprogramms Küste kann als wirtschaftlicher Rahmen dienen, in den Konversionsprojekte einzuordnen sind und aus dem Nachfragepotentiale gezogen werden können. (Vgl. DGB, 1985, siehe Aufstellung der Vorschläge)

Natürlich steht — angesichts der generellen wirtschaftlichen Probleme der Küstenregion — Konversion vor zusätzlichen Schwierigkeiten, die aber von der Größenordnung her bewältigbar scheinen. Unterstellt man ein realistisches Abrüstungsszenario, in dem die Rüstungsausgaben eingefroren werden, so würden in den nächsten fünf Jahren rund 40 Mrd. DM eingespart werden. Der direkte Nachfrageausfall pro Jahr in der Rüstung läge bei 8 Mrd. DM.

Vorschläge zur Rüstungskonversion sollten sich einordnen in ein möglichst konsistentes wirtschaftspolitisches Programm, bei dem die Ziele Beschäftigungssicherung und bessere öffentliche und individuelle Versorgung im Vordergrund stehen, das aber auch eine strukturpolitische Zielvorgabe enthält. Einfach formuliert: wie soll die Produktionsstruktur in der Küstenregion sich entwickeln? Gegen die aktuelle Gefahr einer Deindustrialisierung muß das Konzept einer ökologischen Reindustrialisierung zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gesetzt werden. D.h. es sollen neue Produktionszweige aufgebaut werden, die eine tragfähige regionale Wirtschaftsstruktur bilden.

In zweierlei Hinsicht ist von vorneherein auf die Begrenzung eines regionalen Ansatzes hinzuweisen. Unter den Bedingungen einer national und international verflochtenen Wirtschaft können und müssen zwar die Aufgabenfelder regional definiert werden, die Beschäftigungseffekte sind aber kaum regional zu gewährleisten, auch wenn man über politische Eingriffe versuchen kann, in der Region ansässige Firmen besonders zu ermutigen.

Zum zweiten ist der Programmrahmen für eine regionale Politik aus volkswirtschaftlichen und fiskalischen Gründen bundesstaatlich zu sichern. Die Länder allein können die zusätzlichen Mittel nicht aufbringen, zumal die Refinanzierungseffekte eines solchen Programms über höhere Steuereinnahmen und sinkende Arbeitslosenzahlen vorwiegend beim Bund anfallen würden.

6. Schlußfolgerungen für ein Konversionsprogramm

Ein Programm zur Umstellung von Kapazitäten der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion ist nur als Bundesprogramm möglich, da die rechtlichen Kompetenzen und die finanziellen Möglichkeiten der Länder klar überschritten werden. In seiner Anlage sollte es orientiert an den Vorstellungen einer beschäftigungsorientierten Strukturpolitik sein, wie sie hier beschrieben worden sind. D.h. es geht darum,

- neue Nachfrage- und Beschäftigungspotentiale zu erschließen,
- die Anpassung alter Wirtschaftsstrukturen zu erreichen,
- regionale Beschäftigungskrisen zu mildern und

— u.U. politisch deklarierte Ausnahmereiche zu erhalten (z.B. noch gewünschte rüstungsindustrielle Kapazitäten).

Die inhaltliche Ausfüllung und Konkretion muß abgestimmt auf die jeweils vorhandenen Bedarfe vor Ort vorgenommen werden. Im Vorgehen bietet das Strukturprogramm Küste ein Beispiel, aus dem viele Ideen und Anregungen aufgegriffen werden können. Und ohne Zweifel können bei der Verwirklichung eines regionalen Programms Rüstungsfirmen von einer solchen Nachfrageentwicklung profitieren und in zukunftssträchtige Bereiche diversifizieren. Eine umfangreiche Konversion aber ist nur denkbar, wenn der Bund Rüstungsausgaben senkt und entsprechende Rüstungsminderungen politisch beschließt.

Eine angestrebte Verringerung der Mittel für Rüstungsbeschaffungen würde entsprechende Mittel freisetzen, die in ein Sondervermögen einzubringen wären, das zur Unterstützung einer industriellen Konversion eingesetzt wird.

Im Programm müßten konkrete Umstellungshilfen für einzelne Betriebe der Rüstungsindustrie enthalten sein, da eine Umstellung Kosten mit sich bringt, die die Betriebe zeitweilig außerordentlich belasten. Ausgehend von den Produktionsmöglichkeiten, gibt es in vielen Betrieben, die heute Rüstung produzieren, hinreichende Anknüpfungspunkte für eine Diversifizierung im Rahmen eines ökologisch ausgerichteten Strukturanpassungsprogramms. Dies zeigen auch die Vorschläge der Arbeitskreise »Alternative Fertigung«.

Aber die Schwierigkeiten gerade in diesem Bereich sind nicht zu unterschätzen: Rüstungskonversion bedeutet, angesichts weltweit steigender Rüstungsausgaben, angesichts der Betonung der Notwendigkeit rüstungsindustrieller Entwicklungen und Produktion und angesichts der praktizierten Wirtschaftspolitik in kapitalistischen Ländern, gegen den Strom zu schwimmen. Mit entsprechend großen Hindernissen muß gerechnet werden. Die politische Aufgabe ist es, Abrüstung durchzusetzen und freiwerdende Mittel für sinnvolle Zukunftsinvestitionen zu verwenden.

Beschäftigungsprogramm Küste — Übersicht über die Vorschläge

Energieversorgung

1. *Ausbau von Fernwärme- und Nahwärmeleitungssystemen.*
2. *Neubau bzw. grundlegende Erneuerung von Heizkraftwerken.*
3. *Bau von Blockheizkraftwerken, Umrüstung von gas- und schwerölbefeuerten Heizwerken.*

4. *Energiesparmaßnahmen und Heizungsumstellungen im Wohnungsbestand und bei öffentlichen Gebäuden.*
5. *Entwicklung regenerativer Energieträger (Windenergie- und Biogasanlagen).*
6. *Rauchgasreinigungsanlagen für Kraftwerke.*

Industrieller Bereich

1. *Reduzierung der Luftbelastungen durch Industriebetriebe.*
2. *Anlagenbezogene Abwasserreinigungsmaßnahmen in der Industrie.*
3. *Einsatz von Brauchwassersystemen und Reduzierung des Wasserverbrauchs in der Industrie.*
4. *Ersatz von gesundheits- und umweltgefährdeten Arbeitsstoffen und Produkten.*
5. *Austausch von PCB-gekühlten Transformatoren (auch im kommunalen Bereich).*

Verkehrsbereich

1. *Ausbau des schienengebundenen ÖPNV in den Ballungszentren der Region.*
2. *Ausbau der ÖPNV-Systeme in den anderen Städten unter Einbeziehung der Umlandverkehre.*
3. *Entwicklung eines ÖPNV-Angebots in ländlichen Räumen.*
4. *Elektrifizierung der Bundesbahn-Hauptstrecken in der Region.*
5. *Erhalt der Bundesbahn-Nebenzstrecken in der Region. Entwicklung und Einsatz energiesparender Triebwagen.*
6. *Ausbau der Kapazitäten im kombinierten Güterverkehr zur Verlagerung von Schwertransporten und Transporten gefährlicher Stoffe auf die Schiene.*
7. *Ausbau der Fahrradwege in den Städten und im ländlichen Raum.*

Abfallwirtschaft

1. *Aufbau von Systemen der Müllsortierung und getrennten Einsammlung (Müllbehälter, Fuhrpark, Zwischenlagerung).*
2. *Schaffung von Recycling-Anlagen für die verschiedenen Wertstoffe; Kompostierungsanlagen.*
3. *Einrichtungen zur Sondermüllentsorgung (Spezialdeponien, Hochtemperaturverbrennungsanlagen).*
4. *Modernisierung der vorhandenen Müllverbrennungsanlagen (Emissionsminderung).*
5. *Altlasten-Sanierungsprogramm (Absicherung, Bodenaustausch, neue Sanierungstechnologie)*

*Abwasserbereich**

1. *Sanierung der (älteren) Sielsysteme in den Städten.*
2. *Vervollständigung der Kanalisation in Städten und Ortschaften.*
3. *Schaffung kleiner dezentraler Kläranlagen in den übrigen Bereichen (z.B. Klärteiche, Wurzelraumkläranlagen).*
4. *Neubau und Erweiterung von Kläranlagen (zusätzliche Reinigungsstufen).*
5. *Sanierung von Mischwasserüberläufen durch Bau zusätzlicher Sammel- und Rückhaltebecken.*

6. Erprobung alternativer Rückhaltetechniken bei Mischwasserüberläufen (»Moby Dick«). Maßnahmen zur Bodenentsiegelung.
7. Kontrollierte Beseitigung oder Verwertung des anfallenden Klärschlammes.
8. Entsorgungs- bzw. Verwertungskonzepte für Hafenschlick/Baggergut; evtl. Einsatz der »Metha«-Anlage.
9. Renaturierung von Spülfeldern.
10. Infrastrukturprogramm »Hafenentsorgung«. Gewässerschutzprogramm Nord-Ostsee-Kanal, Schiffentsorgungseinrichtungen.
11. Verhandlungen mit der DDR über die Lieferung von Abwasserreinigungsanlagen für Elbe und Weser.

* Ohne Maßnahme im individuellen Bereich

Stadt- und Dorferneuerung, Landschaftsschutz

1. Wohnumfeldverbesserungsanlagen, Anlage von Grünflächen, Dach-/Fassadenbegrünung.
2. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Ortsumgehungsstraßen, Rückbau von Straßen und Stellplatzflächen.
3. Verlagerung störender Betriebe in Gemeindelagen bzw. Emissionschutzmaßnahmen.
4. Ökologische Erneuerung von Hochhaus-Großwohnanlagen.
5. Entwicklung von Brauchwasserkreisläufen im Wohnungsneubau und im Wohnungsbestand.
6. Austausch von Bleirohren im Altbaubestand an Wohnungen.
7. Dorferneuerung und -sanierung, Rekonstruktion historischer Bausubstanz.
8. Naturnahe Gestaltung von Flußläufen und Binnengewässern.
9. Landschaftsschutzpflege, Aufforstung/Waldpflege, Rekultivierung von Abbauflächen.

Literatur

- Arbeitskreis Alternative Fertigung Blohm & Voss (Hh.), Zukunftsperspektiven — aus der Sicht der Beschäftigten, Hamburg 1985.
- DGB-Landesbezirk Nordmark (Hg.), Arbeit und Umwelt in der Küstenregion, Hamburg 1985.
- Edgar Einemann / Edo Lübbling, Anders produzieren. Alternative Strategien in Betrieb und Region, Marburg 1985.
- Klaus Mehrens (Hg.), Alternative Produktion. Arbeitnehmerinitiativen für sinnvolle Arbeit, Köln 1985.
- Klaus Schomacker / Peter Wilke / Herbert Wulf (Bearbeiter), Sichere Arbeitsplätze und nützliche Produkte. Militärpolitik Dokumentation Heft 39/49, Frankfurt a.M. 1984.
- Rainer Duhm u.a. (Hg.), Wachstum alternativ. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1983/84, Berlin 1984.
- Johann Welsch, Ansätze der Strukturpolitik als Beschäftigungspolitik, in: WSI-Mitteilungen 5/1985, S. 263 - 274.
- Peter Wilke, Alternative Produktion: Zu den Erfahrungen des Arbeitskreises bei Blohm und Voss, in: Klaus Mehrens (Hg.), Alternative Produktion, Köln 1985. S. 91 - 112.

IV.

Dezentrale Politik: Begründungen und Begrenzungen

Dieter Eißel

Antithesen zum bürokratischen Kapitalismus

Chancen und Risiken dezentraler Steuerung der Wirtschaftspolitik im Kontext der neuen Informationstechnologien

1. Defizite zentralistischer Steuerungssysteme in Staat und Wirtschaft

Zentralistische Systeme der ökonomischen Steuerung sind in mehrfacher Hinsicht defizitär: Der Konzentrationsprozeß im Unternehmensbereich führte zu einem Industriebürokratismus, der in abnehmendem Maße auf Marktveränderungen und Wandel des Konsumentenverhaltens flexibel reagieren kann. Trotz des riesigen Potentials an Forschungs- und Entwicklungskapazität der großen Konzerne bleibt auch der tatsächliche Beitrag zu Innovationen — vor allem im Produktbereich — hinter den Möglichkeiten zurück.

Beschleunigt und begünstigt wurde der wachsende Zentralismus durch den fordistischen Weg, Konkurrenzvorteile und damit die Chancen zu Extraprofiten durch extreme Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Massenanfertigung zu erzielen. Die Fließbandarbeit wurde zum vorherrschenden Typ der Arbeitsorganisation. Der Arbeiter wurde in diesen Fabriken zu einer stationären Bearbeitung immer kleinerer standardisierter Arbeitsvorgänge verurteilt. Die voranschreitende Arbeitsteilung schmolz seine Fertigkeiten und erforderlichen Qualifikationen auf ein Mindestmaß ab. Eher waren es Arbeitstugenden wie Pünktlichkeit, Ordentlichkeit und die Fähigkeit, Monotonie zu ertragen, die als Bedingung tayloristischer Produktion gefragt waren. Dieser Entwertungsprozeß und die Destruktion menschlicher Fertigkeiten und Fähigkeiten hinterließ seine Spuren: Arbeitsmotivation, Absentismus, Fluktuation und ein hoher Krankenstand wurden zum Problem der standardisierten Massenfertigung. Bei fehlender Disziplinierung durch eine große Zahl von Arbeitslosen, d.h. relativ geringer Angst vor einem drohenden Arbeitsplatzverlust, können diese Demotivationsfolgen der Fließband-

arbeit auch zu betriebswirtschaftlichen Verlusten führen, wie das bekannte »Volvo-Experiment« zeigt. Hier wurde 1969 aufgrund derartiger Entwicklungen, die zu höheren Kosten und Produktverschlechterungen führten, die sogenannte »teilautonome Gruppenarbeit« eingeführt. Dies setzte neue Identifikations- und damit Motivationsprozesse frei. Humanere Arbeitsbedingungen verbanden sich mit einer besseren Relation der input-output-Rechnung (Kern u.a. 1975).

Insgesamt blieben derartige Experimente jedoch Ausnahmefälle, bzw. wurden unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit wieder beendet. Das gleichzeitige Interesse des Managements an betrieblicher Hierarchie führte zu einer Konservierung industrie feudaler Strukturen, die den Bandarbeitern wenig Dispositionsfreiheit in der Gestaltung der Arbeitsorganisation und auch — wahrscheinlich damit verbunden — demokratischen Veränderungen hinter den Fabrikatoren wenig Spielraum ließ. Der gewerkschaftliche Kampf gegen die fortschreitende Rationalisierung konnte diesen Trend nicht brechen. Erfolgreiche Auseinandersetzungen der Organisation der Lohnabhängigen zeigen sich eher in Abfindungsvereinbarungen bei wegrationalisierten Arbeitsplätzen (Bammel 1980, S. 293 ff.) als in requalifizierenden, neue Entscheidungsspielräume schaffenden Arbeitsstrukturen. Mangelnde Identifikationsmöglichkeiten der tayloristischen Arbeitsorganisation konnten höchstens durch »zufriedenstellende« Lohnforderungen kompensiert werden. Die Selbstachtung der Lohnabhängigen wurde durch monetäre Ersatzbefriedigung zwar nicht erreicht, andere Gradmesser für Arbeitszufriedenheit entchwanden jedoch. Die Kreativitätspotentiale der Massen waren nicht gefragt; damit lag zugleich die wichtigste Ressource für die Entwicklung der Produktivität brach.

Die wachsende Zusammenballung industrieller Fertigung und das Entstehen riesiger Konzerne führte auch zu einer bedenklichen Agglomeration in räumlicher Hinsicht. Verstädterungsprozesse wurden beschleunigt und damit ein ökologisch nachteiliger Ausbau der Infrastruktur (Straßenbau etc.) zur Verbindung der Metropolen erzwungen. »Die bisherige räumliche Entwicklung in den Industrieländern war mit einer starken Zentralisierung auf allen Ebenen verbunden. Die Stadtentwicklung, insbesondere die der Kernstädte, war eng gekoppelt mit der rapiden Expansion von Büros und ihrer Konzentration auf kleinem Raum. Technische und organisatorische Konzepte der Verwaltungsarbeit gingen von großen zentralen Einheiten aus, die beim gegebenen Stand der Kommunikationstechnik verkehrsgünstig, also räumlich zentral, liegen sollten« (Ballerstedt 1985, S. 219). Der hohe Bedarf an Transportkapazität drohte dabei auch die letzten Oasen der Natur und Erholungsräume für die Menschen unter Betonschneisen zu begraben.

Begleitet wurde der zentralistische Weg der Industrialisierung von einer entsprechenden Entwicklung auf der staatlichen Ebene. In der entstehen-

den bürgerlichen Gesellschaft konnte sich die oberste Gewalt des zentralen Staates noch darauf beschränken, mit Gerichten und Polizei sowohl den Schutz des Privateigentums und die daraus abgeleiteten Rechte (insbesondere Vertragsfreiheit) zu garantieren und allgemeinverbindliche Regeln für den gesellschaftlichen Verkehr (Austauschbeziehungen) zu erlassen. Rechnet man den Aufbau von Heer und Marine hinzu, die weitgehend der Beherrschung der Handelswege und der Sicherung von Ausbeutung der Kolonien in Konkurrenz mit den anderen Mächten dienten, so zeigt sich insgesamt, daß der aus diesen Funktionen folgende öffentliche Finanzierungsbedarf sich in relativ engen Grenzen hielt. In dem Maße, wie im Verlauf der Industrialisierung, der zunehmenden Verflechtung und Konzentration der Ökonomie die Sicherung der notwendigen Produktionsvoraussetzungen (Infrastruktur) und die Bewältigung der gesellschaftlichen Folgekosten der privat organisierten Produktion Aufgabe des Staatsapparates wurde, wuchs auch der zentralstaatliche Bürokratismus. In der Doppelrolle der Sicherung von Akzeptanz der Masse der Bevölkerung in Bezug auf die grundsätzlichen Systemstrukturen und in Vollzug der von der Arbeiterbewegung erkämpften Schutzrechte und materiellen Garantien erweiterte sich zusätzlich der Handlungsspielraum des Zentralstaates zugunsten sozialer Interventionen — insbesondere zugunsten sozialer Absicherung gegen Marktrisiken und Umverteilung unter Aspekten der sozialen Gerechtigkeit.

Aus dem »General Dr. von Staat«, wie Thomas Mann symbolträchtig das Leitbild des Obrigkeitsstaates beschrieb, wurde mit den Worten von Ulrich Wickert der »Amtmann Staat« (Wickert 1981). Die schleichende Allmacht der bürokratischen Institutionen, die undurchschaubare Verrechtlichung aller Lebensbereiche, hinter denen sich die »Amtmänner« wissend um die Macht der Rechtsnormen verschanzen, läßt dem einzelnen Bürger wenig Raum für Eigeninitiative und Selbstregulierung. Trotz zögerlicher Veränderungen der Rechtsgrundlagen (z.B. im Städtebauförderungsgesetz) fehlen durchweg die erforderlichen Strukturen für eine hinreichende Beteiligung und Kontrolle durch die Bürger. Die politische Regulation geriet in eine Größenordnung, die sich der unmittelbaren Partizipation der Bürger weitgehend entzog. Zentrale Willensbildungs-, Entscheidungs- und Verwaltungsprozesse höhlten auch die verbleibenden Autonomiespielräume der Kommunen und damit Selbstverwaltungschancen aus. Die Politik wurde zur Angelegenheit von Großorganisationen, insbesondere von großen Konzernen, die direkten Zugang und Zugriff auf die entsprechenden Exekutivorgane des Staates erhielten.

Die Investitionspolitik und die Umverteilungsinteressen der großen Unternehmen wurden zum dominierenden Faktor der staatlichen Steuer- und Transferentwicklung. Unter konservativer Ägide schlug dies in eine antisoziale Austeritätspolitik um, die einerseits die materiellen Reproduktionsbe-

dingungen der Massen kappte, andererseits durch volkswirtschaftlich fragwürdige Ertragsverbesserungen dem »müden Kapitalismus« zu einem neuen Investitionsboom verhelfen will. De facto häufen sich — auch infolge einer derartigen Umverteilungspolitik — bei den großen Konzernen riesige Finanzmassen an, die jedoch angesichts der weiter schwachen öffentlichen Nachfrage und stagnierenden privaten Kaufkraft nur zögerlich in Realkapital verwandelt, sondern eher als spekulatives Kapital angelegt werden. Die Ausprägung zentralstaatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik durch Großunternehmen zeigt sich auch in der extremen Privilegierung von Großtechnik (z.B. Kernkraft) und der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Konzerne. Außerhalb der zentralstaatlichen Einlösung von ökonomischen Ansprüchen der mächtigen Konzernlobby erweist sich der bürokratische Etatismus eher als unfähig, entstehende Probleme mit langfristigen Perspektiven anzugehen und sich um grundsätzliche Lösungen zu bemühen. Angesichts der drohenden Katastrophenszenarien fehlen offensichtlich im bürokratischen zentralstaatlichen Kapitalismus die wichtigsten Voraussetzungen für adäquate Problemlösungen. Wesentliches Kennzeichen ist eher eine Politik des »Durchwurstelns«. Es ist dies »die Eigenheit, daß Politik in weiten Bereichen nur reaktiv tätig wird und langfristig wirksame Lösung gesellschaftlicher Probleme in dem für erforderlich gehaltenen Umfang nicht leistet, weil sie sich vorher neuen, akuterer Problemen zuwenden muß« (Ballerstedt 1983, S. 201).

Der ansonsten in den Sonntagsreden für mündig erklärte Bürger und Souverän gerät dann in die Rolle eines zu emotionaler Übertreibung neigenden unreifen Kindes, dessen Ängste um die Zukunft, um Frieden und Bedrohung der Lebensbedingungen durch atomare Katastrophen, Giftunfälle wie in Seveso u.ä.m. zwar verständlich, aber nicht rational begründet seien. Anstelle radikaler Aufklärung und entsprechende Abhilfe gegen diese Bedrohung verkommt die Politik der Regierenden zur unangemessenen Beschwichtigung, zum Klein-Reden der vorhandenen Handlungsbedarfe. Anschaulich wurde uns dies im offiziellen Umgang mit der Katastrophe von Tschernobyl vor Augen geführt. Wenn wir alle in diesen Überlebensfragen handlungsfähiger werden wollen, dann müssen wir die Innovationsfähigkeit zuallererst gegen die zentralistischen politischen Regulierungen durchsetzen. Die Defizite im Umweltbereich, in der Ressourcenschonung und Energieeinsparung und der Weg zu einer friedlicheren Technologie (im Rüstungs- und Zivilbereich) kann nicht allein durch technische Innovationen behoben werden. Es kommt in erster Linie darauf an, die Lenkungskapazität und Struktur des bürokratischen zentralistischen Kapitalismus (auf Staats- und Unternehmensebene) insgesamt zu ändern (Lipietz 1985). Die strukturelle Analogie zwischen Großindustrie und bürokratischer Großorganisation erschwert die notwendige demokratische Inbesitznahme und

Kontrolle durch die Massen. Autonome Zielvorgaben und demokratische Verwaltung sind unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Dezentral, d.h. in den Regionen und Städten läßt sich viel besser der Zielkomplex Lebensqualität entsprechend den örtlich gegebenen Strukturen erfassen, d.h. detailliert beobachten, auswerten, analysieren und bewerten, um darauf aufbauend konkrete Schritte der Sicherung der örtlichen Reproduktion einzuleiten. Die weithin vernachlässigten sozialen und ökologischen Bereiche sind räumlich spezifisch strukturiert. Verkehrsverhältnisse (z.B. die Quote von Pendlern, der Ausbau von öffentlichen Nahverkehrsmitteln), Bildungsangebote, Gesundheitseinrichtungen, Umweltbelastungen und Energieversorgungsbedarfe ergeben sich aus der räumlichen Struktur, der Siedlungsweise, der spezifischen Infrastruktur u.ä.m. Diese Verhältnisse transparent zu machen und als politischen Entscheidungsdruck gegen den »Problem-Moden-Zyklus« (Downs) zugunsten vorausschauender, kontinuierlicher demokratischer Politik zu nutzen, erhöht die Legitimation politischer Handlungen durch ein höheres Maß an Öffentlichkeit und Partizipationsmöglichkeit der unmittelbar Betroffenen. Dezentral ansetzende Innovationspolitik kann auch über die Ausschöpfung der endogenen Potentiale der Region, über identifizierte örtliche Herausforderungen Allokationsvorteile besser nutzen. Wahrscheinlich wird auch die Produktivität zusätzlich steigen, weil erhöhte Partizipationschancen bei Bestimmung der Ziele und Formen von Produktion und Dienstleistung brachliegende vorhandene Ideen freisetzen und die Arbeitsmotivationen erhöhen.

2. Neue Informationstechnologien als Wegbereiter industrieller Demokratie und des Abbaus von Entfremdung

Die Pioniere in der Entwicklung der neuen Technologien für Information und Kommunikation erhofften und versprachen, daß deren Einsatz dazu führen würde, daß Entfremdungsprozesse und ausgeprägte betriebliche Hierarchiestrukturen abgebaut würden. Ein technischer Zeichner, der z.B. im traditionellen arbeitsteiligen Büro auf der untersten Stufe der betrieblichen Hierarchie auf ausführende Tätigkeiten beschränkt war, könnte jetzt selbst kreativ an der Entwurfsgestaltung mitwirken und in großer Schnelligkeit diverse Modelle und Perspektiven auf dem Monitor sichtbar werden lassen. Mit der dezentralen Verfügung mikroelektronisch gesteuerter Entwurfsarbeit (computer aided design) ließen sich demnach sowohl die Dispositionsfreiheit der Arbeitnehmer — also mehr industrielle Demokratie — erhöhen als auch eine Rückverlagerung der Produktionsintelligenz an die

Basis durchsetzen. Damit würden nicht nur humanere Arbeitsbedingungen realisiert, der so funktionierende Betrieb würde auch zusätzlich Innovationspotential freisetzen und die Produktivität erhöhen. Lothar Späth, einer der Hauptprotagonisten einer konservativen Modernisierungsstrategie im Zeichen des Silicon-Valley-Mythos, vertritt auch gegenwärtig, obwohl uns schon z.T. andere Erfahrungen vorliegen, nachhaltig eine solche Vision. Das Ende von Entfremdung, von Dequalifizierung und betrieblicher Hierarchie wäre als Folge des Einsatzes dieser neuen Technologie in Sicht (Späth 1985).

»Vielmehr wird es automatisierte Teilsysteme geben — vor allem bei der Fertigung, Montage, Verpackung und Verladung von Großserien —, denen vermehrt gruppenautonome Arbeitsbereiche mit relativ hoher Dispositionsbefugnis, etwa in der Planung, Arbeitsvorbereitung, Programmierung, im Design und beim Entwurf kundenspezifischer Lösungen, gegenüberstehen« (Späth 1985, S. 94). Flexible Fertigung, Produktionsvielfalt und verschiedenartige, kleine Serien (um individuellen Kundenwünschen zu entsprechen) erlauben eine programmgesteuerte Produktion kleiner Stückzahlen nur, wenn die technische Flexibilität der teuren Investition durch den »entsprechenden, autonom denkenden und entscheidenden Mitarbeitertypus« (ebenda, S. 95) ermöglicht wird. Ohne ihn ist eine rasche Anpassungsfähigkeit an den Markt nicht zu haben. »Bloßer 'Überwachungsdrill', das Reagierenkönnen auf technische Störsignale, reicht als Qualifikationsmerkmal keinesfalls aus« (ebenda, S. 95). Die Möglichkeit der CNC-Technik, nunmehr flexible Maschinenprogrammierung vorzunehmen, eröffnet vor allem dem gewerblichen Mittelstand ein neues Feld, denn sie sind eher in der Lage, kundenorientierte Maßarbeit mit ausgeprägter Anpassungsfähigkeit zu verbinden. »Durch die Verwendung flexibler Automatisierungstechniken lassen sich diese Vorteile noch ausbauen. Dazu bedarf es desselben qualifizierten und eigenständigen Mitarbeiterstammes wie in der Vergangenheit. Einziger und allerdings gravierender Unterschied: Die Selbständigkeit muß sich nun weniger am Werkstück als vielmehr im Verständnis des Fertigungsprozesses erweisen« (ebenda, S. 96). Eine an der Qualifikation der Beschäftigten ausgerichtete Produktion und die vergrößerte Chance zur Beteiligung der Arbeitnehmer kann demnach den Prozeß der industriellen Demokratie mit ökonomischen Vorteilen kombinieren. Dies haben weniger an Hierarchien festhaltende »Führungskräfte der Industrie« besonders in den USA, aber z.T. auch hierzulande erkannt. Von Japan schwappt die Etablierung von Qualitätszirkeln in die bundesrepublikanischen Unternehmen, in denen Facharbeiter ihre Kompetenzen absatz- und wertsteigernd einbringen können und sollen (Breisig 1984, S. 38 f).

Voraussetzung hierfür ist, daß das Management den »Mitarbeiter« aufwertet und einen Abbau hierarchischer Strukturen im Unternehmen hin-

nimmt (Kern/Schumann 1984), wohlwissend, daß die Richtung der Produktion und letztlich die Entscheidungen ihm nicht entgleiten. Kooperation statt Hierarchie heißt die von modernen Managementberatern ausgegebene Losung, um bei vorgegebenem Betriebsziel das Kreativitätspotential der Beschäftigten stärker ausschöpfen zu können (Diebold 1985). Die bürokratische, zentralistische Großorganisation auf der Basis extremer tayloristischer Arbeitsteilung ist nach solchen Vorstellungen passé.

Wirtschaft, Gesellschaft und auch die privaten Lebensbereiche werden sich insgesamt — so die Prognose — auf der Grundlage der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie in kleine überschaubare Einheiten auflösen lassen. In der Zukunftsvision wird sich der Telaarbeiter einen Standort seiner Wahl (Bahamas, Segelreviere, Großstadt) suchen und nicht mehr gezwungen sein, sein »electric cottage« zu verlassen. »Aus dieser Seßhaftigkeit resultiert eine stärkere Identifikation mit der Gemeinde, ein intensiveres Interesse an kommunalen Ereignissen, eine stärkere Bereitschaft zum Engagement in der Nachbarschafts- und anderen freiwilligen Organisationen« (Ballerstedt 1985, S. 219).

Allerdings befindet sich die Entwicklung von Tele-Heimarbeit erst im Versuchsstadium. Dort, wo diese Art der Fernarbeit etabliert wurde, sind die Produktivitätszuwächse enorm (zwischen 25 bis 50%). Hinzu kommen aus der Sicht der Firmen erhebliche Einsparungen an Raumkosten und an einem großen Teil der Lohnnebenkosten (Überstunden, Krankheitskosten, Weihnachtsgeld etc.). So hat Merican American Inc. den Dateneingabe-Betrieb in Oklahoma stillgelegt und nach Barbados verlagert. 200 Telaarbeiter erledigen jetzt auf dieser Karibik-Insel zu Stundenlöhnen von 4 bis 5 DM die anfallende Arbeit (Ballerstedt 1985, S. 220). Die Daten werden per Satellit nach Tulsa, der Zentrale des Konzerns, übermittelt. Die niedrigen Lohn- und Grundstückskosten in der Dritten Welt können mit Hilfe der neuen Technologie ausgenutzt werden. Neben diesen Satellitenbüros, in die komplette Abteilungen der Zentralen ausgelagert sind, gibt es auch sog. Nachbarschaftsbüros, die in z.T. strukturschwachen Regionen der USA eingerichtet und von mehreren Firmen genutzt werden. In der Regel wurden diese Büros mit staatlicher Hilfe und Subvention gegründet. Mittlerweile existiert als kommerzielle Variante auch so etwas wie Büro-Leasing: Büroeinrichtungen und Personal stehen für Standarddienstleistungen bereit und können für bestimmte Zeiträume gemietet werden (z.B. Office-hotel durch Rank Xerox in England). Eine Studie des Batelle-Institutes über die Einrichtung von Tele-Heimarbeitsplätzen belegt jedoch, daß der breiten Einführung derartiger Arbeitsorganisationen viele Hemmnisse wirtschaftlicher und auch organisatorischer Art entgegenstehen. Nicht kontrollierbarer Datenmißbrauch am Heimarbeitsplatz, von dem der Zugang zu den zentralen Daten der Unternehmen offen steht, ist nur eines dieser Probleme. Zum an-

deren müßten die Sachbearbeitertätigkeiten vereinfacht und standardisiert werden, was jedoch die Tätigkeitsvielfalt in manchen Bereichen nicht erlaubt (Batelle-Institut März 1982). Damit bleibt die Beurteilung der neuen Technologien ambivalent. Die »human-effiziente Kooperation zwischen Mensch und Technik«, die Späth für so offenkundig hält, wird schon dann sozial problematisch, wenn die Rationalisierungsgewinne nicht in mehr Freizeit weitergegeben werden. Ohne eine Politik der Arbeitszeitverkürzung wird die Vision einer »Zweidrittel-Gesellschaft«, in der ein Drittel marginalisiert ist, bald Wirklichkeit. Wie eine Studie des Vereins Deutscher Ingenieure (bearb. Werner Knetsch/VDI-Technologiezentrum) zeigt, gingen in den beiden Jahren 1982/83 durch die industrielle Anwendung der Mikroelektronik selbst im Bereich der Produktanwender Arbeitsplätze verloren, obwohl doch offiziell propagiert wird, daß Produktinnovationen zum Erhalt oder gar zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen sollen. Bezieht man die höheren Arbeitsplatzverluste bei den Prozeßanwendern mit ein, dann summierte sich der Verlust auf 30.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe (VDI 1985, S. 20 f). Diese Entwicklung wird sich nach allen Prognosen eher noch beschleunigen.

Mittlerweile hat sich aufgrund der Erfahrungen auch gezeigt, daß die Arbeitsorganisation auf der Basis der neuen Informationstechnik durchaus dem klassischen Muster der tayloristischen Arbeitsorganisation folgen kann. Arbeitsschritte werden spezialisiert, formalisiert und standardisiert; Leistungskontrolle wird durch ergebnisorientierte Formen der Belohnung bis hin an die Kapazitätsgrenzen der Beschäftigten getrieben (Batelle 1982, S. 185). Die Fordsche Revolution wäre demnach nicht — wie Späth annimmt — zu Ende, sondern würde auch auf die Bereiche der Informationsverarbeitung voll durchschlagen. Fest verdrahtet, die Welt zu Hause, aber isoliert, schlecht bezahlt, eventuell als neuer Selbständiger aus der Sozialversicherung, aus tariflichem Schutz der Arbeit und Regelung der Freizeit weitgehend ausgeschlossen, wird dieses Konzept der Telearbeit Routine, Monotonie und Einseitigkeit und damit erhebliche Streßfaktoren zur Folge haben. Besonders unter dem Aspekt der Kontrollierbarkeit bzw. formalisierten Kontrolle durch die zentralen Organisationen wird es wahrscheinlich zu einer Selektion von Tele-Heimarbeit kommen, die horizontal und vertikal begrenzt und deren Ergebnisse leicht quantifizierbar sind. Tätigkeiten wie Textverarbeitung, Datenerfassung und Änderung von Dateien, einfache Sachbearbeitung und Auskünfte werden demnach die bevorzugten ausgelagerten Tätigkeiten sein.

Es ist letztlich eine Herrschaftsfrage, wie die neue Technologie entwickelt und eingesetzt wird. Hiervon wird ihr »Segen oder Fluch« abhängen. Die Chance zur dezentralen, die Entfaltung menschlicher Kreativitätspotentiale freisetzenden und mehr industrielle Demokratie realisierenden Entwicklung

bleibt damit eine genuin politische Frage. Dies fordert in viel stärkerem Maße auch die Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiterbewegung heraus. Die Gewerkschaften selbst müssen mehr als nur eine einflußreiche Interessenvertretung mit stark ausgeprägten zentralistischen Organisationsstrukturen sein. Als bloßes »Verkaufskartell für die Ware Arbeitskraft« (Bob Kuttner, US-Wirtschaftswissenschaftler) sind sie den Anforderungen an eine umfassende und auf dezentrale Handlungspotentiale verweisende Strategie der Mobilisierung von politischen Steuerungskapazitäten und technischer Intelligenz nicht gewachsen. Für die gesamte Arbeiterbewegung gilt es insgesamt, die Frage von dezentral und zentral neu zu thematisieren. Hier gibt es in der Tradition Probleme und Einseitigkeiten.

3. Zur Frage von zentral und dezentral in der Arbeiterbewegung — einige Anmerkungen

3.1 Zentralismus gegen ökonomische Anarchie, als Machthebel und zur Sicherung materieller Gleichheit

Obwohl der Begriff vom »Absterben des Staates« und die Marxsche Dimension der Freiheit vor allem darin besteht, daß die »assozierten Produzenten (...) ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen« (MEW 25, 828), d.h. die Funktion eines Zentralstaates eher als überflüssig begreift, folgt die sozialistische Strategie, die sich auf den Marxismus beruft, eher zentralistischen Tendenzen. Es ist eher die Vision eines Saint-Simon, der die chaotische Entfaltung der modernen Industrie durch eine neue Ordnung von (großer) Industrie und Wissenschaft beenden und dadurch sozialen Fortschritt und Wissenschaft erzielen will. Wer jedoch nicht nur im Zentralstaat ein wichtiges, für die Revolutionierung der Gesellschaft unverzichtbares Machtinstrument sieht, sondern auch die Steigerung der Produktivität, den rationellen Umgang mit der Natur durch zentrale, zusammengefaßte Planung sichern will, versperrt sich den Weg für dezentrale, die Selbsttätigkeit der Menschen optimierende Organisationsformen der Gesellschaft. Wenn in der wirtschaftsliberalistischen Verfassung der Gesellschaft, in der Suprematie der Mikroebene, in der daraus folgenden Anarchie der ökonomischen Entwicklung, die Anlaß für Überproduktion, Verschwendung, Irrationalität bietet, das wichtigste Kriterium der bürgerlichen Gesellschaft gesehen wird, dann verkürzt sich auch die sozialistische Antithese auf eine (notwendigerweise) zentralistische Planung. Zwangsläufig entsteht auf diese Weise ein hierarchisches Modell von ökonomischer Steuerung unter der Aufsicht einer »capacité administrative«. In diesem Punkt gibt es dabei eine merkwürdige Kon-

vergenz mit der reaktionären Ablehnung der »Zerstückelung der Gesellschaft«, deren Bindungslosigkeit unter Rückgriff auf mittelalterliche Weltbilder harmonischer Ordnungen überwunden werden soll (siehe auch die Kritik von Bloch 1976, S. 659 ff).

Der Vergesellschaftungsprozeß der Arbeit, der zwar in system-spezifischer Einseitigkeit schon als eine historische Leistung des Kapitalismus gilt, und ein rationelles, durchorganisiertes Gesellschaftssystem wurde als Hauptaufgabe einer sozialistischen Ordnung betrachtet, die es ermöglichen sollte, den materiellen Reichtum unendlich zu mehren und Klassenherrschaft zugleich durch Verwaltung aller zu ersetzen. Chaos der Produktion und damit — wegen der herausragenden Bedeutung der Ökonomie für die Gesellschaft — Chaos der Gesellschaft war schon die wichtigste Herausforderung aus Sicht von Frühsozialisten (Owen 1919, S. 128). Das industrielle System bestand aus deren Sicht aus Irrationalität und Planlosigkeit (*C'est la manie de produire confusément*) so Fourier 1846, S. 48). Die Arbeiter verrichteten ihre Tätigkeiten ohne Feuer, langsam und mit Abscheu (*»Sans ardeur, lentement et avec dégoût«*, *oeuvres compl.*, Bd. III, S. 14). Allerdings zieht Fourier eine andere Konsequenz aus dieser gesellschaftlichen Lage als die Mehrheitslinie der Arbeiterbewegung. Für ihn kam es darauf an, die psychosoziale Befindlichkeit der Menschen, ihre hedonistische Struktur und ihr absolutes Freiheitsbedürfnis organisatorisch für die Freiheit von Not und Elend, d.h. für materielles Glück bei einem Maximum an Produktivität zu nutzen. Wenn man so will, propagierte er einen Weg, der die revolutionäre Befreiung des Individuums aus den Schranken der mittelalterlichen Ordnung durch den Liberalismus bewahrte, die Destruktivkräfte jedoch durch sozietäre Institutionen (Phalangen) vermied. Sein »utopischer« Gesellschaftsentwurf war darauf angelegt, die Vorteile der politischen Anarchie (Abwesenheit von Herrschaft) zu verteidigen, ohne sich den Gefahren der ökonomischen Anarchie (Planlosigkeit) auszusetzen.

Cosidéant, der bedeutendste Schüler und Protagonist von Fourier sieht die Notwendigkeit der Organisation der Industrie in der Kommune (Considéant 1906, S. 48 f). Angesichts des umfassenden Begriffs Industrie (bis hin zu Künsten) konkretisiert Considérant diese Aufgabe im Kern als Organisation der Arbeit. Allerdings muß die Kommune groß genug sein, »damit der Mensch auch alle Elemente des sozialen Lebens in ihr finden kann« (ebenda, S. 49). Zudem ist es erforderlich, daß die Leitung der Produktion nicht zerstückelt wird, sondern einheitlich erfolgt.

Die Hauptlinie der Arbeiterbewegung folgte jedoch nicht der dezentralen Linie gesellschaftlicher Organisation der Arbeit. Sie verhielt sich zum Konzentrations- und Zentralisierungsprozeß der Industrialisierung und der sie begleitenden Machtzusammenballung auf zentraler nationalstaatlicher Ebene konform. Ansatzpunkte für diese Strategie waren einerseits die An-

archie des Marktes und der Privateigentumsordnung und andererseits die Machtfülle des Zentralstaates. Aus dieser Sicht ist es verständlich, daß sich Bedürfnisse nach Veränderungen gesellschaftlicher Regulierung an die zentralstaatliche Kompetenz richteten und diese Ebene den wichtigsten focus der sozialen Auseinandersetzungen bildete. In der Entwicklung zum alles umfassenden und alle Schranken überwindenden »Finanzkapital« zeigt sich ein fortwährender Prozeß der Regulierung der Produktion durch Kartelle, bis letztlich ein »Generalkartell« (Hilferding 1973, Bd. II, S. 321) übrig bleibt. »Die ganze kapitalistische Produktion wird bewußt geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt« (ebenda, S. 321 f). Zwar spitzt sich die Frage nach den Eigentumsverhältnissen zu, aber »die Frage nach der Organisation der gesellschaftlichen Ökonomie (wird) durch die Entwicklung des Finanzkapitals selbst immer besser gelöst« (ebenda, S. 323). Die Durchorganisation des Kapitalismus, die fortschreitende Entwicklung von der freien Konkurrenz zur planmäßigen Produktionsgestaltung mit dem Ziel der monopolistischen Marktgestaltung hat an sich gewiß nichts mit einer Demokratisierung der Wirtschaft zu tun« (Naphtali 1977, S. 45). Im Gegenteil betont diese kapitalistische Machtzusammenballung die autokratische Stellung des Unternehmertums noch viel stärker. Aber sie provoziert den Ruf nach staatlicher Kontrolle, um das Gemeinschaftsinteresse zu sichern (ebenda). Das Machtinstrument Zentralstaat könnte dann durch Eroberung der politischen Macht (Stimmzetteldemokratie) dazu benutzt werden, um den unmittelbaren Vergesellschaftungsprozeß der kapitalistischen Produktion (quasi als Vorleistung des bürgerlichen Systems) öffentlich zu steuern. Ein evolutionäres Hineinwachsen in sozialistische Strukturen schien in derartigen deterministisch angelegten historischen Bildern selbstverständlich.

Außer der Orientierung auf Austausch der politischen Machteliten durch die Arbeiterbewegung begründete sich die zentralistische Strategie auf die Forderungen nach materieller Gleichheit, die regionale Rückständigkeit zugunsten eines kollektiv organisierten Ausgleichs der Lebenslagen zurückdrängen sollte. Dezentrale Strategien können sich nicht leichtfertig über diese Forderung hinwegmogeln. Wer z.B. die Umverteilung des monetär vermittelten Sozialprodukts ändern will, muß die Steuer- und Sozialansprüche insbesondere auf nationaler Ebene korrigieren. Für die Arbeiterbewegung wuchs diese politisch herausragende Rolle des Zentralstaates jedoch nicht nur aus einer pragmatischen Haltung bzw. Erfahrungen mit einer institutionalisierten obersten Kompetenz. Aus dem Gleichheitsprinzip konnte vielmehr abgeleitet werden, daß es eine zentrale politische Instanz geben müsse, die in allen Regionen für eine annähernde Gleichheit der Lebenslagen Sorge zu tragen habe. Dies erfordert nötigenfalls erzwungene Transfers von relativ reicheren Regionen an ärmere, die strukturell benachteiligt sind.

Selbstverständlich muß Gleichheit der Lebenslagen nicht auf quantifizierbaren »Wohlstand« — gemessen durch Wachstumsraten des Outputs der Erwerbsarbeit — reduziert werden, sondern hätte sich an sozialen Indikatoren (Bildung, Freizeit, Gesundheit...) zu orientieren. Aber selbst in diesen Fällen wäre eine zentral organisierte (regional übergreifende) Umverteilung der monetären Ströme weithin notwendig. Aus einer solchen Forderung das Konzept einer flächendeckenden Industrialisierung ableiten zu wollen, die auch die letzten Erholungs- und natürlichen Ausgleichsräume mit Fabrik-schloten durchzieht, ist allerdings ökologisch bedenklich. Diese Räume sollten vielmehr in ihrem Freizeit- und Erholungswert für Mensch und Tierwelt erhalten bleiben.

Nicht zuletzt mag es auch sein, daß die herausragende Position, die der Zentralismus in der Arbeiterbewegung spielt, Folge einer Alltagserfahrung ist, in der sich die soziale Lage der Lohnabhängigen in den immer größer werdenden Fabriken und Arbeitskollektiven abbildet.

3.2 Begründungen für einen »Kommunen-Sozialismus«

Unbestritten ergibt sich aus der Sicht der Umverteilung unter Gerechtigkeits- und Gleichheitsansprüchen ein zentraler Handlungsbedarf. Gleiches gilt für die Rechtsgleichheit als generelle Normierung der gesellschaftlichen Verkehrsverhältnisse bzw. als formelle Gleichheit. Die Zentralisierung ökonomischer Planung als Antwort auf das Problem von privatkapitalistisch und marktwirtschaftlich bedingter Anarchie ist jedoch zumindest einseitig. Für die Arbeiterbewegung kommt es darauf an, verschüttete Traditionen, die sich mit genossenschaftlicher Organisation verbinden und/oder mit anarcho-syndikalistischen (Rätebewegung) Strömungen, neu zu bewerten. Die Zielsetzung muß dabei sein: dezentral so weit wie möglich, zentral so weit wie nötig. Es wird notwendig sein, den liberalistischen Umbruch bzw. die entstehende bürgerliche Gesellschaft nochmals neu zu reflektieren:

Gegen die hierarchische Abhängigkeit und Ordnungsstruktur mittelalterlicher Kollektive wurde das »autonome« Subjekt, die Freiheit des Einzelnen revolutionär durchgesetzt, allerdings — und dies ist ja die Hauptkritik in den Frühschriften von Marx/Engels — nur als formelle Gleichheit und vor dem Hintergrund einer geteilten Gesellschaft, die einen wachsenden Teil vom Besitz und damit von der Verfügung über die Produktionsmittel ausschloß. Mit Ablehnung des Liberalismus ging jedoch auch die kritische Würdigung der individualistischen Position verloren, die auch ökonomische Bedeutung hat und nicht auf die politische Sphäre beschränkt werden darf: Die optimale Entfaltung individueller Kreativität, die Freisetzung innovatorischer Impulse und wachsende Produktivität setzt die Dominanz des sozietären Mikrobereiches voraus. Die Identifizierung mit einer Aufgabe, die Selbstbestimmung der Arbeit setzt ökonomische Ressourcen des

Menschen frei, die nur kompensatorisch — über die »mühsame Erziehung zum neuen Menschen« oder über indirekte Anreize (Held der Arbeit) im zentralistischen System des Sozialismus mobilisierbar sind, wenn nicht durch die »Diktatur des Proletariats gegen sich selbst« (Lukas 1975, S. 158 ff) Arbeitsdisziplin bzw. »Akkumulationsethik« (Gorz 1980, S. 68) bei mangelnder Eigenverantwortung gesichert werden soll.

Insgesamt ergibt sich also eine Dilemmasituation für sozialistische Gesellschaften: die Absicht, die Anarchie in der Ökonomie durch den Plan zu beseitigen, verweist auf eine Entfernung von der gesellschaftlichen Basis und damit von kleinen, überschaubaren Einheiten, in denen sich die Selbstverwaltung verwirklichen könnte, hin zu einer den Gesamtplan und die Koordination aller ökonomischen Teile und Regionen sichernden Zentralinstanz. Mit der Beseitigung dieses Übels dezentraler Produktionsentscheidungen wird damit zugleich ein anderes geboren: die schwindende Möglichkeit, den »Stoffwechsel mit der Natur« als eigenbestimmte Aufgabe wahrzunehmen. Identität wird schwieriger. Umgekehrt bleiben Tendenzen zur Etablierung einer dezentralen Steuerung mit dem möglichen Makel nicht ausreichender Abstimmung behaftet. Damit entsteht die Gefahr von Überproduktion, Verschwendung von Ressourcen und auch regional und/oder betriebs- und branchenbezogener Egoismen, die der Zielsetzung von annähernder Gleichheit der Lebenslagen entgegenstehen. Es gibt keine einfache Lösung, sondern nur Optimierungsprozesse, die auch sehr konkret auf die jeweiligen Produktionsstrukturen eingehen müssen. Kleinräumige Produktionsformen dürfen ebensowenig verabsolutiert werden, wie Produktionsaufgaben, die wahrscheinlich nur großtechnisch und national oder zumindest in größeren Regionen betrieben werden können (z.B. Bergwerke).

Einer der Theoretiker des Früh-Sozialismus, die sich an eine optimale Lösung herangetastet haben, ist wie bereits oben beschrieben, Charles Fourier. Auch wenn seine Konstruktionen der Phalanstère uns heute reichlich verschroben anmuten, so kommt es doch darauf an, hinter diesen »Gespinsten« eine Aufgabe wahrzunehmen oder wiederzuentdecken, die als »soziitärer Liberalismus« oder »freiheitlicher Sozialismus« beschrieben werden kann.

In drastischer Form hat Erich Mühsam dem Zentralismus den Kampf angesagt: »Die föderalistische Organisation entspricht den Forderungen der Gerechtigkeit, der Gegenseitigkeit, der Gleichheit, der gemeinsamen Selbstverantwortung, der Gemeinschaft aus Einzelnen. Die zentralistische Organisation entspricht den Bedürfnissen der Macht, der Obrigkeit, der Ausbeutung, des Klassenzwiespalts, der Bevorzugten. Föderalismus ist Ausdruck der Gesellschaft; Zentralismus ist Ausdruck des Staates« (Mühsam 1932, S. 26).

Wer sich jedoch nicht in die Nähe anarcho-syndikalistischer Traditionen begeben will, mag sich auch auf den »wiederentdeckten« Austromarxismus eines Otto Bauer berufen. Für ihn war die Verstaatlichung allein keine hinreichende Basis für die Herausbildung eines sozialistischen Wirtschaftssystems. Erst wenn die Arbeiter und Angestellten an der Verwaltung der sozialisierten Betriebe mitwirken, werde ein Gesellschaftssystem möglich, das die Lohnabhängigen von der Bevormundung durch eine neue Klasse von staatlichen Funktionären und Bürokraten befreie (Bauer 1977, S. 855). Planwirtschaft und die öffentliche Kontrolle über die Kommandohöhen der Wirtschaft können nicht ausreichend sein. Sozialisierung ist vielmehr ein Prozeß, an dessen Ende eine Planwirtschaft steht. Angesichts der gesellschaftlichen Strukturen des Kapitalismus, die sich darin zeigen, daß die Unternehmer nicht nur die Produktionsmittel monopolisiert haben, sondern auch »jene Kenntnisse und Fähigkeiten, die die Leitung der gesellschaftlichen Arbeit erfordert«, genügt es nicht, den Despotismus des Unternehmers durch eine staatliche Bürokratie abzulösen. Die Lohnabhängigen müssen durch Beteiligung an den Leitungsgeschäften eines Betriebes auch lernen, diese selbst zu übernehmen. Schulung und Bildung sind dabei eine wichtige Voraussetzung (März/Weber 1978, S. 85 ff). Für Bauer war klar, daß es in Kontinentaleuropa nicht darum gehen durfte, das Modell Deutschland mit preußischer Staatsidee durch das Modell Sowjetunion zu ersetzen, um den Sozialismus zu verwirklichen. Das Modell Sowjetunion stellte keine notwendige Befreiung von der preußischen Staatsidee dar. Bezogen auf die obrigkeitliche Orientierung war es nur die Übersetzung in eine andere Sprache und die Verwirklichung mit einer anderen Klasse. »Wir müssen dem Preußentum eine andere, ihm wirklich radikal entgegengesetzte Staatsidee entgegenstellen, einen Sozialismus, dessen Wurzeln der Freiheitsdrang der Individuen, dessen Quelle die Selbsttätigkeit der Massen, dessen Ziel die Selbstregierung aller Werktätigen ist« (Bauer zit. bei Radice 1978, S. 125). Nach wie vor gilt, was Marx 1868 an von Schweitzer schrieb: In Deutschland, »wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bürokratisch gemaßregelt wird und an die Autorität, an die vorgesetzte Behörde glaubt, gilt es vor allem, ihn selbständig gehn zu lehren« (MEW 32, S. 570). Aus Objekten der Verwaltung und Belehrung müssen Subjekte der Bewältigung der eigenen Lebenslage werden. Sozialismus muß dahin zurückkehren, wohin er gehört: Zur Gemeinschaft, in der die Menschen leben und arbeiten (Luard 1979, S. 150). Die Gefahr des Zentralismus zeigt sich in Subordination, in Entfremdung und Unifomität; dies gilt sowohl für den ökonomischen als auch politischen Sektor der Gesellschaft. Vielseitigkeit, Spontanität und Unabhängigkeit können nur dann realisierbare Ziele der Politik werden, wenn die Organisation auf kleinerer Ebene an Bedeutung gewinnt. Roger Garaudy rief in seinem Buch »Aufruf an die Lebenden« (1981) zu

Recht dazu auf, sich gegen die Politik von oben zu wehren. Aufgabe ist die »Sozialisierung des Marktes, des Staates, der Kultur von unten.«

Bei einer Neubewertung des Verhältnisses von »zentral-dezentral« sollte man sich auch auf jene »insuläre« Strategien (Novy 1978, S. 242 ff, 259 ff) der genossenschaftlichen Bedarfsdeckungswirtschaft zurückbesinnen, die bereits bei Fritz Naphtali zu lesen ist, obwohl Naphtali ansonsten »zentralistisch« in Anlehnung an die Konzeption des »organisierten Kapitalismus« von Hilferding argumentiert. In Ablehnung des »kostspieligen Luxus« der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, für den der Verbraucher zahlen muß (Naphtali 1977, S. 99), propagiert Naphtali die Vorteile konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion. Die Bedarfsdeckungswirtschaft ist dem privaten Produktionsbetrieb, der auf dem freien Markt Absatz suchen muß, überlegen. »Dieser Absatzkampf kostet Geld, er erhöht die Unkosten gewaltig; eine ständige Verkaufsorganisation, oft phantastische Reklameausgaben, Bearbeitung der Kunden durch Reisende, und dabei immer das Risiko, auf seinen Produkten sitzenzubleiben, das Risiko zu langsamen Eingangs des Geldes oder sogar der völligen Zahlungsunfähigkeit der Kunden. Geschmacks- oder Modeumschwung erfordert eine völlige Umstellung des Betriebes; ist der Konkurrent schneller, dann sind die Kunden verloren. All diese Unsicherheitsmomente müssen als Risiko auf die Unkosten aufgeschlagen werden« (Naphtali 1977, S. 99). Die Bedarfsdeckungswirtschaft als öffentlich installierte Produktion und Dienstleistung für politisch, d.h. öffentlich festgelegte Bereiche gesellschaftlichen und auch privaten Bedarfs bleibt von diesen Risiken und den Folgen privater Produktion weitgehend verschont. Lokale Eigenproduktion und genossenschaftliche Arbeit, die sich auf einen vorher festgestellten Bedarf und auch Kaufkraft (!) einlassen kann, findet einen Markt vor. Dezentrale Bedarfsdeckungswirtschaft z.B. für kostengünstige, umweltschonende und Beschäftigung sichernde alternative Energieversorgung, für Abfallvermeidung, Gesundheitsvorsorge, Trinkwassersicherung zahlt sich volkswirtschaftlich auf jeden Fall aus. Sie ist der privatkapitalistischen Organisation überlegen.

Zur Vermeidung betriebsegoistischer Strukturen und von Bürgermeisterkonkurrenz müssen jedoch in der Regionalplanung nicht nur die Belegschaften der betroffenen Betriebe beteiligt sein, sondern auch Konsumenten und Interessenvertreter, die von einzelnen Kommunen und Betrieben unabhängig sind. Dies ist in den traditionellen Konzeptionen der Arbeiterbewegung zu den Wirtschafts- und Sozialräten angelegt.

In Schweden wurde im letzten Jahrzehnt versucht, auf der Basis des sogenannten »Meidner-Plans« ein ähnliches Programm zu realisieren. Über eine Kapitalabgabe von überdurchschnittlich ertragsstarken Unternehmen, die angesichts einer wenig differenzierenden »solidarischen Lohnpolitik« relativ wenig durch Lohnforderungen belastet waren, sollte ein kollektiver

Fonds gebildet werden. Über die investive Verwendung dieses Fonds sollten dann Belegschaftsvertreter der Unternehmen, betriebsunabhängige Vertreter der Gewerkschaften und des Staates entscheiden. Auf Druck der konservativen Öffentlichkeit wurde dann von der sozialdemokratischen Zentralregierung ein schlechter Kompromiß gefunden, der die mögliche Kapitalbeteiligung an Unternehmen aus den Mitteln des Fonds beschränkte und die Regionalfonds damit weitgehend zu Kapitalsammelstellen für notleidende Industriebereiche degenerierte. Der beabsichtigte durchschlagende Einfluß auf die jeweiligen Konzernpolitik bleibt damit Makulatur. Dennoch ist dies im Kern ein richtiger Ansatz; geht es doch darum, Erträge der Unternehmen in kollektive Fonds einzuspeisen und über deren Einsatz nicht individualistisch oder börsenfeudalistisch, sondern aufgrund öffentlicher Entscheidungsprozesse in der Region zu befinden.

4. Psychostrukturelle Handlungsfähigkeit als Voraussetzung institutioneller Reformstrategien

Die logisch reduzierbaren Vorteile erhöhter Partizipation der Betroffenen stoßen allerdings auf Widerstände, die z.T. auch in der Psychostruktur liegen. Wie z.B. Christopher Lasch (1980) darlegt, leben wir in einem kriegsähnlichen Zustand: Der Überfluß an Bildern und Eindrücken, wachsende Verbürokratisierung, Konsumkult, Aushöhlung des Familienlebens und gewandelte Sozialisationsmuster lassen eine »Geborgenheitsunsicherheit« entstehen. Politik, die als Schauspiel verkommen ist, Erlebnisse von Entwertung der Qualifikation und die gegenwärtigen akut erfahrbaren Bedrohungen durch eine atomare und chemisierte Verseuchung der Erde führen zu Angst und Kontaktarmut, zur Verzweiflung, wenn nicht die Solidarität von Gleichgesinnten zur Geborgenheit beitragen kann. Die einsame Reise ins Innere führt unter solchen Umständen nicht in narzißtische Selbstzufriedenheit, sondern ins Leere. Die hedonistische Massenkultur ist in dieser Situation ein Opiat; es betäubt die Menschen. Besonders Jugendliche, denen man zumutet, ohne authentische Entwicklungsmöglichkeiten auszukommen und deren gesteigerte Leistungsanstrengungen in der Schule ohne Chancen auf Gratifikation ins Leere laufen, werden verunsichert. Anstatt der Schaffung und des Vorfindens gesellschaftlicher Freiräume für Probehandeln gibt es lediglich ein Überangebot für eine »innere Emigration« durch Drogen etc. (Lohmar 1980). Die Erwachsenen haben vielfach keine Zeit für die Frage nach dem Lebenssinn. Fixiert auf den Typus des »Habens« (Fromm 1979) geht es nicht um Selbstbewußtsein, sondern um Einkommen und Konsum, um abstrakte Verpflichtung auf Leistung im ständi-

gen Kampf gegen Entlassung und Konkurrenz durch andere. Für sie ist das Leben durch die »Philosophie des Maximalismus« einbetoniert. Reichtum entbehrt in diesen Vorstellungen der immateriellen Komponente nach besserer Gestaltung der Lebensbedingungen, nach allseitiger Entfaltung der Lebensbedürfnisse und — bezogen auf die Natur — nach einer »franziskanischen« Haltung. Wenn das Bedürfnis nach Autonomie und die Entfaltung der Kreativität voll zur Geltung kommen sollen, dann gilt es, sowohl die inneren als auch äußeren Entfremdungsstrukturen und Blockierungen zu durchbrechen. Ein radikaler Reformismus, der Emanzipationsstrategien nicht auf die institutionellen Reformen begrenzt, muß darauf gerichtet sein, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und die Abschottung des bürokratischen Kapitalismus in Staat und Unternehmen von der Basis her zu überwinden (Poulantzas 1978, S. 182 f). Dies schließt auch die Kontrolle der kommunalen und regionalen Verwaltungen und Unternehmenspolitik vor Ort mit ein. Zunächst wird es darauf ankommen, die Medien — insbesondere die örtliche Presse — mit dem sozialen und ökologischen Handlungsbedarf zu konfrontieren. Öffentliche Veranstaltungen jeder Art (von arbeitsmarktpolitischen Konferenzen des örtlichen DGB bis zu Podiumsdiskussionen über Notwendigkeiten und Möglichkeiten regionaler sanfter Energiepolitik) sind geeignet, hier Signale zu setzen. Bildungsveranstaltungen, Schulungen der Betriebsräte, Bürgerinitiativen, phantasievolle Demonstrationen in der Einkaufspassage, Ausstellungen u.ä.m. sind notwendig, um Informationen zu verbreiten und Kompetenz zu erwerben. Wenn man sich vor Augen hält, in welcher Geschwindigkeit Bürgerinitiativen zur Verbreiterung der Kompetenz in Rüstungsfragen beigetragen haben, dann ist nicht einsichtig, wieso die Bürger einer Stadt und/oder Region nicht ebenfalls kompetent werden können, um ihren Willen bspw. in den Fragen der Abfallwirtschaft, der Umweltsanierung, der Etablierung humaner Altenbetreuung usw. begründet öffentlich vorzutragen und von den Verwaltungen eine entsprechende Umsetzung erwarten bzw. entsprechenden Druck ausüben. Die Transmissionsarbeit der Parteien wird hierbei zwangsläufig unter Basisdruck geraten. »Kommunensozialismus« bedarf der öffentlichen Mobilisierung; vielleicht ist dies auch die Achillesferse. Ohne Rückschläge, Mißerfolge, Versandungen von Initiativen wird es in dieser Richtung sicherlich keinen Fortschritt geben. Es ist erfahrungsgemäß schwierig, Probleme auf der »Tagesordnung« zu halten. Aber: es kann auch Spaß machen und das Selbstbewußtsein stärken.

Literatur

- D. Albers u.a.: Otto Bauer und der »dritte Weg«, Ffm 1978
- E. Ballerstedt: Die soziale Indikatorenbewegung — ein Opfer des »Problem-Moden-Zyklus«? in: H.J. Hoffmann-Nowotny (Hg): Gesellschaftliche Berichterstattung zwischen Theorie und politischer Praxis, Ffm/New York 1983
- E. Ballerstedt: Telearbeit, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 3/1985
- H. Bammel: Technischer Fortschritt und Industriearbeit, Ffm 1980
- Batelle-Institut: Informationstechnisch gestützte Heimarbeit. Studie über Auswahl, Eignung und Auswirkungen. Schlußbericht der Vorstudie, Ffm März 1982
- O. Bauer: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, in: ders.: Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1977
- O. Bauer: Werkausgabe, hrsg. v. M. Ackermann, 9 Bde, Wien 1976-80
- E. Bloch: Das Prinzip Hoffnung, 3. Aufl., Ffm 1976
- T. Breisig: Qualitätszirkel, Risiken, Chancen und Handlungsmöglichkeiten aus Arbeitnehmersicht, Uni Trier (Manuskript) 1984
- V. Considérant: Fouriers System der Reform, Leipzig 1906
- J. Diebold: Die Zukunft machen, Düsseldorf, Wien 1985
- C. Fourier: Nouveau monde industriel et sociétaire, in: ders.: oeuvres complètes, 6. Bd, 3. Aufl., Paris 1846
- E. Fromm: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, München 1979
- A. Gorz: Abschied vom Proletariat, Ffm 1980
- R. Hilferding: Das Finanzkapital, 2 Bde, 2. Aufl., Ffm 1973
- H. Kern u.a.: Neue Formen betrieblicher Arbeitsgestaltung, Göttingen 1975
- H. Kern/M. Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung?, München 1984
- C. Lasch: Das Zeitalter des Narzißmus, München 1980
- A. Lipietz: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise, in: Prokla 58, 1985
- U. Lohmar: Die Ratlosen. Vom Dilemma der Jungen, Erwachsenen und der Alten, Düsseldorf 1980
- E. Luard: Socialism without the state, London/Basingstoke 1979
- G. Lukaács: Die Rolle der Moral in der kommunistischen Produktion, in: ders.: Taktik und Ethik. Pol. Aufsätze I. Darmstadt, Neuwied 1975
- E. März/F. Weber: O. Bauer und die Sozialisierung, in: D. Albers u.a.: Otto Bauer und der »dritte Weg«, Ffm 1978
- K. Marx: Brief an von Schweitzer, in: MEW Bd 32, Berlin (DDR) 1972
- K. Marx: Das Kapital Bd 3, in: MEW Bd 25, Berlin (DDR) 1972
- E. Mühsam: Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat, (1932) wiederabgedr. Berlin 1984
- F. Naphtali: Wirtschaftsdemokratie, 4. Aufl., Köln, Ffm 1977
- K. Novy: Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Ffm/New York 1978
- R. Owen und der Sozialismus, ausgew. u. eingel. von H. Simon, Berlin 1919
- N. Poulantzas: Staatstheorie, Hamburg 1978
- L.L. Radice: Wem gehört Otto Bauer?, in: D. Albers u.a.: Otto Bauer und der »dritte Weg«, Ffm 1978
- J. Sonn: Thesen zu einer ökologisch-humanistischen Industriepolitik, in: Kongreßbüro Zukunft der Arbeit (Hg): Materialienband, Bielefeld 1982
- L. Späth: Wende in die Zukunft, Hamburg 1985

- U. Thaysen: Bürger-, Staats- und Verwaltungsinitiativen..., Heidelberg, Hamburg 1982
- VDI (Hg): Die industrielle Anwendung der Mikroelektronik in der BRD, Frankreich, Großbritannien, 2. Aufl., Berlin 1985
- U. Wickert: Freiheit, die ich fürchte. Der Staat entmachtet seine Bürger, Königstein 1981

Hans-Ulrich Klose / Michael Müller

Selbstbestimmt arbeiten — freier leben

Die Wiedergeburt der Genossenschaftsidee als alternativ-ökonomischer Ansatz

I.

Seit über 10 Jahren leben wir in der Bundesrepublik mit der Massenarbeitslosigkeit, in dieser Zeit wurden mehr als 35 Millionen Fälle von Arbeitslosigkeit registriert. Aktuell sind mehr als 3 ½ Millionen Menschen, wenn man die »Stille Reserve« mit einbezieht, arbeitslos. Die Tendenz ist auf absehbare Zeit steigend. Die ökonomische Entwicklung ist instabil und mit beträchtlichen Risiken verbunden. Die gegenwärtige konjunkturelle Schubkraft der Weltwirtschaft geht in den USA bereits zurück, in der Bundesrepublik wird der Abschwung folgen. Erneut wachsender Protektionismus und verschärfte internationale Konkurrenz sind absehbare Folgen. Ohne eine Neuorientierung in der Beschäftigungspolitik ist mit einem zusätzlichen kräftigen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu rechnen.

Aber nicht nur die Nachkriegsentwicklungen von wirtschaftlicher Prosperität und Ausbau des Wohlfahrtsstaats ist an Grenzen geraten, auch kulturelle Umbrüche und Veränderungstendenzen sind bei breiten Bevölkerungsschichten unverkennbar. In der Regierungszeit sind viele soziale und kulturelle Entwicklungen an der SPD vorbeigelaufen, wurden nur unzureichend aufgenommen oder es wurde versucht, diese Veränderungen nur taktisch zu vereinnahmen. Für die kulturellen Veränderungen ist der Gegensatz zwischen Vergesellschaftung und Individualisierung im Wohlfahrtsstaat entscheidend:

Die Vergesellschaftung (z.B. die Systeme der sozialen Sicherung, die Bildungsangebote, rechtliche Vernormung, die Entwicklung der Informationssysteme und Medien) schafft soziale Großstrukturen, die aber von den Menschen nicht selbstbestimmt und souverän beherrscht werden, sondern eine weitgehende Eigengesetzlichkeit nach privatwirtschaftlichen Kriterien entwickeln. Andererseits wächst das Bedürfnis nach Entfaltung von Individualität. Die Möglichkeiten der Individualität werden aber durch die Arbeitsbedingungen, Lebensformen und gesellschaftlichen Regulierungsmechanismen begrenzt, die übergroße Zahl der Menschen wird nach wie vor in den meisten Lebensbereichen fremdbestimmt.

Der Sozialstaat hat die Voraussetzungen zur größeren Individualisierung erst geschaffen, weil die Mehrheit der Bevölkerung erst dadurch ausreichende soziale Sicherheit und sozialstaatlichen Schutz erfährt. Gleichzeitig entwickeln sich die Individualitätsbedürfnisse weiter. Dies schafft einen wachsenden Widerspruch zwischen den Individualisierungsprozessen einerseits und den Vergesellschaftungsprozessen andererseits: Die politischen Rahmenbedingungen hinken hinter der Bedürfnisentwicklung hinterher. Dies ist heute quasi die wohlfahrtsstaatliche Variante des Konflikts zwischen den vorhandenen ökonomischen und sozialen Potentialen und der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit.

Die Politik steht deshalb vor der doppelten Aufgabe, sowohl die Auswirkungen aus der Zuspitzung der ökonomischen Krise im Hinblick auf die Beschäftigung und Sozialsysteme durch eine weitreichende Reformpolitik zu beseitigen, als auch die politischen Ziele auf die Entfaltung von Individualität zuzuspitzen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben bislang zu wenig die ökonomischen und sozialstaatlichen Bedingungen entfalteter Individualität im Sinne von Fähigkeit, Engagement, Kreativität und Autonomie reflektiert.

Das meist stellvertretende Handeln für statt mit den Menschen läßt sich in der Zukunft nicht mehr fortsetzen.

Neokonservative Politik will die Spannungen zwischen Individualitätsbedürfnissen und sozialer Wirklichkeit ausnutzen, um auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise den Wohlfahrtsstaat abzubauen und die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu Lasten der abhängig Beschäftigten zu verschieben. Dagegen muß der Reformblock den Wohlfahrtsstaat weiterentwickeln und gestalten: Demokratische Partizipation und Gestaltung müssen die Entfaltung der Individualität in der Lebenswelt von Entfremdung und Abhängigkeit befreien. Aktive Beteiligung und demokratische Gestaltung müssen ins Zentrum gerückt werden: Die Politik der Reparatur und Abfederung fehlgelaufener Entwicklungen, typisch für die 60er und 70er Jahre, trägt nicht mehr.

II.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklungstendenzen hat es in der Sozialdemokratie in den letzten Jahren einen Schub gegeben, sich neuen und dennoch in der Geschichte der Arbeiterbewegung alten Ansätzen von genossenschaftlichen Zusammenschlüssen wieder zu öffnen. Die eigenverantwortliche Zusammenarbeit in solidarischen Organisationsformen ist ein Weg, um zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen beizutragen und zugleich veränderte kulturelle Ansprüche in der Arbeits- und Lebensgestaltung zu berücksichtigen.

In vielen gesellschaftlichen Bereichen haben die offenkundigen Fehlentwicklungen und auch neue Problemstellungen dazu geführt, die Idee der Genossenschaft wieder zu einem Element sozialdemokratischer Reformpolitik zu machen:

- Zentralisierung, Bürokratisierung, Vernormung und wachsende Ökonomisierung aller Lebensbereiche erdrücken Individualität, Eigenverantwortung und soziale Gestaltung der Lebensbeziehungen in einer kapitalistisch-vermachteten Gesellschaft. Die Strukturen und Interessen im wirtschaftlichen Verwertungsprozeß führen zu Entfremdung und einseitiger Funktionalisierung. Der individuelle Entfaltungsraum wird eingeengt; für Selbstentfaltung, soziales und gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein sowie Kooperationsfähigkeit bleibt wenig Raum, obwohl gerade diese Fähigkeiten für die demokratische und soziale Reformfähigkeit einer hochentwickelten gesellschaftlichen Ordnung unverzichtbar sind. Besonders angesichts der weitreichenden technischen Innovationen ist es für eine menschenwürdige Gesellschaft unverzichtbar, diese nach sozialen und kulturellen Zielen zu gestalten. Dafür kann die Idee der Genossenschaften für die Organisation der Arbeitsprozesse wichtige Impulse geben, denn sie verbindet die Entfaltung von Individualität und Kreativität mit sozialer Kooperation und demokratischer Gestaltung.
- Vor allem jüngere Menschen verweigern sich der Anonymisierung und Funktionalisierung vermachteter und bürokratischer Organisationsformen. Sie sehen darin eine wesentliche Ursache jener Fehlentwicklungen, die aus der Gleichsetzung des technisch-ökonomischen Wachstums mit gesellschaftlichem Fortschritt entstehen (ökologische Krise, Zerstörung von Sozialstrukturen). Es kommt nicht von ungefähr, daß vor allem viele junge Menschen in der heutigen Phase einer gesellschaftlichen Neuordnung mit der Reform der Genossenschaftsidee Zukunftshoffnungen verbinden.
- Die weitreichenden Veränderungen der »Dritten industriellen Revolution« eröffnen in einer Reihe von Wirtschaftssektoren auch neue Chancen für eine humane und soziale Gestaltung des Lebens. Bei einer sozialen und demokratischen Gestaltung können sie zur Neuordnung der Arbeit im Sinne von mehr betrieblicher Demokratie, ganzheitlicher Arbeitsgestaltung und beruflicher Qualifizierung genutzt werden, was gleichzeitig die Reformfähigkeit und die Stabilität unserer Gesellschaft stärken würde. Wegen des vorherrschenden Prinzips der höchstmöglichen wirtschaftlichen Verwertung nach privaten Interessen werden diese Möglichkeiten kaum genutzt. Im Gegenteil: Die Einführung neuer technischer Systeme geht heute zumeist Hand in Hand mit verstärkter Arbeitserteilung, mit dem Ausbau betrieblicher Hierarchisierung und mit

einer weitreichenden Dequalifizierung menschlicher Arbeit.

- Die 10-jährige Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik belegt auch praktisch das Ende des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wirkungszusammenhangs zwischen Wachstumsentwicklung und Beschäftigung. Angesichts der Modernisierungszwänge und Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt sowie des Rückgangs des Arbeitsvolumens im industriellen Bereich wird sich die Schere zwischen Wachstum/Produktivität und Beschäftigung/Verteilungsspielraum weiter öffnen. Nötig sind neue Wege in der Beschäftigungspolitik und ein ökonomischer und gesellschaftlicher Umbau. Auch hierfür bietet die Genossenschafts-idee prinzipiell wichtige Reformansätze.

Genossenschaften sind kein universales Mittel zur Beseitigung der ökonomischen und beschäftigungspolitischen Probleme sowie zum Umbau unserer Gesellschaft.

Sie können aber wichtige arbeitsmarktpolitische Beiträge erbringen und sind zudem ein Lernfeld für wirtschaftliche und soziale Reformen, für mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft:

- Genossenschaften sind positive Beispiele für notwendige wirtschaftsdemokratische Reformen in Betrieben, in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft. Sie geben Anstöße für Reformen, die weit über die unmittelbare Ökonomie hinausragen.
- Genossenschaften ermöglichen das Erproben neuer Formen der Arbeitsorganisation und der Betriebsgestaltung. Sie schaffen eine größere Identität zwischen den Arbeitenden und den Produkten der Arbeit.
- Genossenschaften tragen mit ihrer sozial-kulturellen Reformdimension zum notwendigen sozialen und ökologischen Umbau der Volkswirtschaft bei.
- Genossenschaften ermöglichen neue Formen der Organisation von Arbeit und Leben im Sinne eines ganzheitlichen Lebenszusammenhangs.
- Genossenschaften erbringen konkrete Beiträge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Ausbildungsnot, fördern die Kreativität der Beschäftigten und tragen zur größeren ökonomischen Stabilität durch den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe bei.
- Genossenschaften können eine geeignete Unternehmensform für die Fortführung konkursgefährdeter Betriebe (Belegschaftsbetriebe) sein.

Die Idee der Selbstverwaltung ist kein Patentrezept zur Lösung aller politischen Probleme. Sie ist aber ein Beitrag zur reformpolitischen Neuorientierung in der Bundesrepublik. Der bisherige Weg der großen Wachstumsentfaltung bei anschließender sozialer und ökologischer Abfederung ist kein Weg mehr, der angesichts der weitreichenden Veränderungen unseres ökonomischen Systems noch tragfähig ist. »Anders arbeiten und anders leben« in einem solidarischen Grundverständnis ist eine Leitlinie für die politischen

Kurskorrekturen, um mit der herausgebildeten ökonomischen Zerstörungslogik gegen Mensch und Natur zu brechen.

III.

Die Genossenschaftsidee hat in der Geschichte der Arbeiterbewegung einen wichtigen Platz, wenn sie auch häufig theoretisch umstritten war. Sie erlebte vor allem in den 20er und 30er Jahren ihre Blüte. Neben der vorrangig wirtschaftlichen Funktion der gemeinschaftlichen Versorgung stand immer auch der Wille zu einer grundlegenden sozialen, politischen und kulturellen Reform der Arbeits- und Lebensverhältnisse im Mittelpunkt.

Durch die Gleichschaltung der Genossenschaften in der Zeit des Nationalsozialismus und aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Situation nach 1945 hat die Genossenschaftsbewegung in der Bundesrepublik viel von ihrem ursprünglichen sozial-kulturellen Anspruch verloren und sich vorrangig auf die Erstellung wirtschaftlicher Leistungen verengt. Sie ist damit über lange Jahre zu einer vergessenen »dritten Säule der Arbeiterbewegung« geworden, auch wenn sie zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Sektor aufgestiegen ist. In den letzten Jahren sind auch bei den traditionellen Genossenschaften verstärkte Reformanstrengungen zu verzeichnen: Anknüpfungen an frühere reformpolitische Ziele sind unverkennbar.

Noch mehr zeigen Beispiele aus anderen Ländern, daß der mit der Genossenschaftsidee verbundene Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsansatz unvergessen ist und zur Bewältigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme beitragen kann.

Daraus ergibt sich:

- Niemand in der SPD sieht in der Genossenschaftsidee den alleinigen reformpolitischen Hebel. Vielmehr ist es selbstverständlich, daß eine reformpolitische Strategie eine Vielzahl von Elementen unterschiedlichster Art und unterschiedlichster Reichweite haben muß. Das bedeutet aber umgekehrt, daß es nicht nur einen strategischen Ansatz für die Verwirklichung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft gibt.
- Alle reformpolitischen Bestrebungen zur Neubelebung der Selbstverwaltungsidee stellen in Rechnung, daß sich die genossenschaftliche Entwicklung unter den Zwängen der Nachkriegszeit einseitig auf die betriebliche Rentabilität verkürzt und damit ihre soziale und kulturelle Dimension verschüttet hat. Dabei allerdings haben viele Genossenschaften noch weitaus stärker ihre historische Identität gewahrt, als das für andere Unternehmensformen gilt. (z.B. Gemeinwirtschaft)
- Bei der Neubelebung des Genossenschaftsgedankens handelt es sich nicht um eine modische Zeitströmung, sondern um einen experimentellen, strategischen Versuch, reformpolitische Auswege angesichts der Zu-

spitzung ökonomischer und gesellschaftlicher Krisentendenzen zu entwickeln. Die kapitalistischen Wirtschaftssysteme befinden sich heute weltweit in einem Prozeß tiefgreifender Neuordnungen von Rechts im Zuge einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Die Antwort kann nicht sein, sozialistische Positionen aufzugeben und sich diesen Strömungen anzupassen, sondern ihnen eine reformpolitische Alternative entgegenzustellen, die allerdings veränderte Bedürfnisse und soziale Bedingungen berücksichtigt.

- Zweifellos gibt es Versuche, die Genossenschaftsidee auch für eine konservative Variante der Subsidiarität, die in Wahrheit nur der Deckmantel für einen Sozialabbau ist, auszunutzen. Diese modische Antistaatlichkeit wird zum Teil auch in der Subsidiaritätsphilosophie mancher alternativer Gruppen aufgegriffen. Zugegeben, eine Reform im staatlichen Bereich ist unverzichtbar. Aber es wäre falsch, die Neubelebung des Genossenschaftsgedankens gegen die Weiterentwicklung des staatlichen Handelns auszuspielen. Vielmehr können sogar genossenschaftliche Prinzipien neue reformpolitische Impulse für die Verbesserung staatlicher Gestaltungsfähigkeit erbringen. Umgekehrt ist insbesondere die Entwicklung von »neuen« Genossenschaften nicht zuletzt davon abhängig, inwieweit durch staatliches Handeln Starthilfen und Rahmenbedingungen verbessert werden können. Aus diesem Wechselverhältnis von Reform des staatlichen Handelns und der Weiterentwicklung der Genossenschaftsidee muß ein sinnvolles Spannungsverhältnis entwickelt werden, da die bisherigen »sozialpartnerschaftlichen« Regulierungsmechanismen immer weniger tragen.

Die Grundlagenkrise der industriellen Arbeitswelt lenkt heute, wie vor hundert Jahren, erneut das Interesse der Reformbewegung auf die solidarische Selbstbehauptung als Chance zur Gestaltung einer ökologischen, humanen und sozialen Zukunft. Im Unterschied zu damals kann aber (und muß, wenn die Genossenschaftsidee an neuer Breite gewinnen soll) der Staat zum Partner einer solchen Reformbewegung werden, wenn es gelingt, ihn immer stärker zu einem Handlungsinstrument der demokratischen Mehrheit zu machen. Dies ist möglich als Ergebnis des langen Kampfes der Arbeiterbewegung und der Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses.

Die Weiterentwicklung der Genossenschaftsidee ist keine exotische Position, ist kein alternativer Randbereich; im Vergleich zu anderen Ländern hat die Bundesrepublik in der Entwicklung neuer Genossenschaftsformen einen Nachholbedarf. Dies zeigen Entwicklungen in Frankreich, Italien, England, Österreich, aber auch aus den USA. Auch wenn in den einzelnen Ländern unterschiedliche Schwerpunkte in der Weiterentwicklung bestehen, so hat insgesamt der Genossenschaftsgedanke doch an Aktualität gewonnen. In südeuropäischen Ländern beispielsweise stehen meist die Fra-

gen der Arbeitsplatzerhaltung und, vor allem im ländlichen Bereich, der Arbeitsplatzneuschaffung sowie der Demokratisierung der Betriebsstrukturen im Vordergrund. In nordeuropäischen Ländern geht es dagegen weit stärker um die Organisation eines gemeinschaftlichen, sozial-sinnvollen Arbeitens in kleineren Einheiten sowie um die Herstellung ökologisch-verträglicher Produkte mit umweltschonenden Herstellungsverfahren.

Diese Aspekte gehören zusammen: Die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen, die Veränderung der Arbeitsorganisation und die Demokratisierung der Betriebsstrukturen sowie die Entwicklung einer gesellschaftlich nützlichen und ökologisch-verträglichen Produktion.

IV.

In der Bundesrepublik sind in den letzten 10 Jahren eine Vielzahl von Selbsthilfeprojekten entstanden, meist aber nur als vorübergehende Lösung und unter den unzureichenden Bedingungen des Arbeitsförderungsgesetzes. Zwischenzeitlich ist es offenkundig geworden, daß die meisten dieser Initiativen und Beschäftigungsmaßnahmen keine tatsächliche Hilfe erbringen können, weil sie sich in ihren Aktionen auf vorübergehende Hilfsmaßnahmen beschränken. Drei verschiedene Typen von Initiativen sind zu unterscheiden:

1. Lokale Beschäftigungsinitiativen und Projekte;
2. Belegschaftsbetriebe und
3. alternativ-ökonomische Betriebe.

Die lokalen Beschäftigungsinitiativen sind als Reaktion auf Ausbildungsnot und Arbeitslosigkeit entstanden. Ziel dieser Initiativen ist es durchweg, als Ergänzung zu den unzureichenden Angeboten auf dem Arbeitsmarkt zumindestens zeitweilig Ausbildungs- und/oder Arbeitslosigkeit zu überwinden. Mit der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit ist aber klar geworden, daß diese arbeitsmarktpolitischen Hilfsmaßnahmen auf Dauer keine Lösung sein können. Genossenschaften, die auf Dauer angelegt sind, können hier eine Perspektive bieten.

Zahlreich zugenommen haben die Versuche, konkursgefährdete Betriebe in der Form von Belegschaftsunternehmen fortzuführen. Motiv des Handelns ist noch nicht die Arbeitslosigkeit, sondern der Versuch, die befürchtete Arbeitslosigkeit durch eine solidarische Selbsthilfe zu vermeiden. Die meisten Versuche dieser Art sind in der Bundesrepublik bisher gescheitert.

Bei allen Versuchen, Belegschaftsbetriebe zu gründen, zeigen sich ähnliche Probleme:

- Es muß schnell gehandelt werden;
- es fehlt den Gründern — außer dem Willen zur Fortführung des Betriebes — zumeist konkretes know-how über die Fortführung des Betriebes: ein Unternehmenskonzept;

- es fehlen — außer dem für die Gründung einer Gesellschaft erforderlichen Kapital, das zumeist die Belegschaft bereitstellt — ausreichende Finanzmittel, um die Übernahme der Liegenschaften und Anlagen sowie die neue Produktion zu finanzieren;
- die Bereitschaft der Geschäftsbanken, Belegschaftsbetriebe ausreichend zu finanzieren, ist gering;
- die Bürokratien von Kommunen und Ländern prüfen in der Regel zu langsam, um wirksam und schnell helfen zu können;
- häufig gibt es Widerstand von konkurrierenden Unternehmen am Orte gegenüber neuen Belegschaftsinitiativen.

In der Regel werden die Versuche zur Fortführung von existenzbedrohten Betrieben genossenschaftlich begründet: Vor allem die Idee der Selbstverwaltung wird betont. Dennoch gibt es in der Bundesrepublik bislang keine neuen Belegschaftsbetriebe in der Rechtsform der Genossenschaften.

Ähnliches gilt für die alternativ-ökonomischen Betriebe, die zumeist als GmbH, manchmal als Stiftungen und nur selten als Genossenschaft organisiert sind. Sie entstehen nicht (jedenfalls in der Vergangenheit nicht in erster Linie) als Reaktion auf die Krise des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes, sondern sind vor allem Ausdruck eines veränderten kulturellen Verständnisses von Arbeiten und Leben. Der Wille zur Selbsthilfe ist auch hier bestimmend. Die Mitglieder in solche Initiativen suchen nicht irgendeine Arbeit, sie sind in vielen Fällen auch gar nicht arbeitslos. Sie wollen eine sinnvolle, solidarische und selbstbestimmte Form der Arbeit. Besonders hier wird die Genossenschaftsidee begriffen und praktiziert als konkrete Reform.

V.

Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist die Förderung von Wohnungsbau-, Ausbildungs-, und Beschäftigungsinitiativen und genossenschaftlichen Wirtschaftsformen in der letzten Zeit verstärkt zu einem Thema geworden. Im einzelnen geht es insbesondere um folgende Maßnahmen:

- a) Einrichtung von regionalen und/oder lokalen Beratungs- und Förder-
einrichtungen zur Unterstützung selbstverwalteter Projekte und von
Wohnungs-, Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen durch
 - Beratung und technische Hilfe bei der Gründung und dem Aufbau
(betriebswirtschaftliche Organisationen, Marktchancen usw.);
 - Hilfen für die Nutzung nationaler und europäischer Finanzierungsmöglichkeiten;
 - Unterstützung bei einer möglichen Fortführung von Betrieben in Belegschaftsregie;

-
- Hilfen bei der Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte und Dienstleistungen, zum Beispiel im Umweltschutz und bei sozialen Diensten;
 - Unterstützung der Übertragung von Mietwohnungen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft auf genossenschaftliche Träger.
- b) Verbesserung des Zugangs zu öffentlich geförderten Beratungseinrichtungen für selbstverwaltete Projekte (einschließlich der Vernetzung) und lokaler Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen. Der Zugang zu staatlichen Wirtschaftsförderungsprogrammen soll grundsätzlich auch selbstverwalteten Projekten offenstehen.
- c) Verbesserung der Finanzierungs- und Kapitalbasis für selbstverwaltete Projekte und lokale Wohnungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen durch
- Unterstützung der Ökobank-Initiative;
 - Aufbau von Kreditgarantiegemeinschaften für eine Risikokapitalabsicherung, bei der neben dem Faktor der Wirtschaftlichkeit auch weitere Bewertungsmaßstäbe wie Beschäftigungswirkung, regionale Entwicklungschancen, wirtschaftsdemokratische Betriebsverfassung, umwelt- und sozialverträgliche Produkte und Dienstleistungen berücksichtigt werden müssen;
 - Verbesserter Zugang zu staatlichen Forschungsprogrammen und öffentlichen Aufträgen;
 - Sonderfonds für Selbstverwaltungsbetriebe (wie nach dem Beispiel des Landes Hessen).
- d) Erweiterung von Arbeitsmarktinstrumenten mit Hilfe des Bundes für lokale Beschäftigungsinitiativen, selbstverwaltete Projekte und Belegschaftsunternehmen durch Beihilfen als unverzinsliche und verzinsliche Darlehen, als Zuschuß und als Haftungsübernahme für die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen, wenn das der Verbesserung der Regional- und Wirtschaftsstruktur, dem Umweltschutz und der Verbesserung sozialer Dienstleistungen dient.
- e) Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts, insbesondere für:
- Verkauf von gemeinnützigen Wohnungen an genossenschaftliche Wohnungsunternehmen;
 - Lockerung der Baupflicht zugunsten der Bestandssicherung;
 - Öffnung der Gemeinnützigkeit für soziale und kulturelle Aktivitäten von Genossenschaften;
 - Einführung einer Experimentalklausel
- f) Unverzichtbar ist die Erweiterung des Genossenschaftsrechts insbesondere in folgenden Punkten:
- Vereinfachtes Formangebot für Kleinstgenossenschaften;

- Unterstützung bei der Gründungsprüfung, zum Beispiel durch Förder- und Beratungsgesellschaften, Aufstellung von Mustersatzungen, Begründungspflicht bei Ablehnung;
- Umstellung von Prüfungsgebühren auf umsatzabhängige Beiträge;
- Trennung zwischen Interessenvertretung und Verbandsprüfung (Verbandspluralität).

In den SPD-regierten Bundesländern haben sich in der letzten Zeit konkrete Projekte und Programme zur Förderung neuer Initiativen entwickelt. Diese Entwicklung muß weiter ausgebaut werden.

Überblick der Förderung selbstverwalteter Betriebe und Beschäftigungsinitiativen
in SPD-regierten Bundesländern (mit Erwerbswirtschaftlicher Ausrichtung)
ohne ausreichende bankenübliche Sicherheiten

<i>Bundesland</i>	<i>Art des Programms</i>	<i>Zuständigkeit</i>	<i>Volumen</i>
HAMBURG	Alternativfonds für die Förderung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen (selbstverwaltete Betriebe und sozialökonomische Projekte)	Senator für Arbeit, Jugend und Soziales	Für alternative Betriebe 1,0 Mio (als Darlehen) über drei Jahre. Für sozialpolitische Projekte 1,5 Mio (als Zuschüsse) über drei Jahre verteilt.
BREMEN	»Programm zur Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen« (lt. EG-Definition). Selbstverwaltete Betriebe genossenschaftlicher Selbsthilfe sind eingeschlossen. Ferner soziale und kulturelle Betriebe, soweit sie den Anspruch eigenständiger Wirtschaftlichkeit erfüllen.	Senator für Soziales, für Arbeit, für Wirtschaft. Federführung: Senator für Soziales	1,2 Mio (1984/85) 0,68 Mio (1986) ausschließlich aus Darlehen (revolvierender Fonds)

<i>Bundesland</i>	<i>Art des Programms</i>	<i>Zuständigkeit</i>	<i>Volumen</i>
NRW	Programme für Beschäftigungsinitiativen (unter Einschluß selbstverwalteter Betriebe).	Für eine im Aufbau befindliche Beratungsgesellschaft: Min. für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) Für den Bereich Wirtschaftsförderung: Min. für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (MWMT)	Beratungsgesellschaft (MAGS): rd. 1 Mio DM im Anlaufjahr; Beratungsförderung (MWMT) in Stahlstandorten: 1 Mio DM Landeskreditprogramm für Beschäftigungsinitiativen (MWMT): 1 Mio Bar, 3 Mio VE; (Kreditvolumen 20-25 Mio DM) Haftungsfreistellung Finanzminister (FM); Gesamtvolumen max. 25 Mio DM; Modellförderung neuartiger Unternehmensgründungen (MWMT): 1 Mio DM, 1 Mio VE
HESSEN	»Programm zur Förderung selbstverwalteter Betriebe auf genossenschaftlicher Basis«	Minister für Wirtschaft	7 Mio (1984) 7 Mio (1985) 5 Mio (1986)
SAARLAND	Programm »Untersuchung und Förderung von selbstverwalteten Betrieben« (in der Abstimmungsphase)	Min. für Wirtschaft Eingerichtet: Bei der Abteilung Mittelstand des Referat »Alternative Betriebe«	0,3 Mio (1986) Min. f. Wirtschaft 0,6 Mio (1986) Min. f. Arb., Ges. und Sozialordnung (Aufstockung auf 1,2 Mio vorgesehen)

<i>Bundesland</i>	<i>Verhältnis zur herkömmlichen Mittelstandsförderung</i>	<i>Förderungskriterien</i>	<i>Vergabep Praxis</i>
HAMBURG	Alternative für Betriebe, für die eine herkömmliche Mittelstandsförderung nicht in Frage kommt.	Laut vorhandenen Richtlinien	Abwicklung über den »Verein Hamburger selbstverwalteter Betriebe« (projektiert)
BREMEN	Gewährung von Darlehen und Zuschüssen im Rahmen der herkömmlichen Mittelstandsförderung	Richtlinien in Anlehnung an Kriterien der Mittelstandsförderung	Zur Zeit entscheidet unter der Geschäftsführung des Senators für Jugend und Soziales ein Vergabeausschuß. Der Vergabeausschuß setzt sich zusammen aus je einem Vertreter des Senators für Wirtschaft und Außenhandel und des Senators für Jugend und Soziales. Die Überleitung der Geschäftsführung an den Senator für Arbeit ist vorgesehen.
NRW	(MWMT): Öffnung der Mittelstandsförderung	Kreditprogramm: In Anlehnung an die Mittelstandsförderung unter Berücksichtigung der Besonderheiten von Beschäftigungsinitiativen. Modellförderung: Unkonventioneller, neuartiger und exemplarischer Ansatz bei der Unternehmensgründung, ggfls. mit Anstoßwirkung für weitere Gründungen	Kreditprogramm: Bankenverfahren/Interministerieller Ausschuß; Beiziehung externen Sachverständigen (Gutachten/Sachverständige). Modellförderung: Entscheidungsvorbereitung durch einen Arbeitskreis; Entscheidung Wirtschaftsminister

<i>Bundesland</i>	<i>Verhältnis zur herkömmlichen Mittelstandsförderung</i>	<i>Förderungskriterien</i>	<i>Vergabeproaxis</i>
HESSEN	Gleichberechtigte Förderung von selbstverwalteten Betrieben in herkömmlichen Programmen der Mittelstandsförderung	Richtlinien zur Förderung selbstverwalteter Betriebe auf genossenschaftlicher Basis	Bewilligungsausschuß: Minister für Wirtschaft Minister für Finanzen Minister für Arbeit 3 Vertreter selbstverwalteter Betriebe Entscheidung: Minister für Wirtschaft
SAARLAND	Öffnung herkömmlicher Mittelstandsförderung	Keine Richtlinien. Einsetzung eines AK. Zusammensetzung: Zukunftswerkstatt, AK Selbstverwal. Betriebe, Minister für Wirtschaft, Soziales und Finanzen. Modellversuch »Selbstverwaltete Wirtschaft an der Saar« in der Planung.	Gepplant ist eine Beteiligungsgesellschaft beim Land unter Mitwirkung von selbstverwalteten Betrieben und Beschäftigungsinitiativen.

<i>Bundesland</i>	<i>Beratungshilfen</i>	<i>Bürgschaftsregelungen</i>	<i>Programm für Belegschaftsbetriebe</i>
HAMBURG	Aufbau eines staatlich finanzierten Beratungsbüros.	Bürgschaftsmöglichkeiten wie bei der Mittelstandsförderung	Belegschaftsbetriebe sind in den Fonds mit aufgenommen.
BREMEN	Keine eigene Beratungsgesellschaft, Einschaltung bestehender Einrichtungen für Beratung, auch RKW.	Persönliche Bürgschaft sowie Sicherungsübergabe	Kein spezielles Programm. Einzelfallhilfe. Richtlinien vorhanden
NRW	Eigene Beratungsgesellschaft (ab 1.6.86) landesweit tätig. 10 Planstellen zentral in Bottrop. Einsatz weiterer Kräfte auf ABM-Basis geplant. Beratungsförderung des MWMT in Stahlstandorten (zeitlich begrenzt)	Haftungsfreiheit. (FM) Gesamtvolumen: max. 25 Mio	Kein spezielles Programm. Landesbürgschaften von Fall zu Fall. Kontakt mit RKW und Technologieberatungsstelle des DGB in Oberhausen.
HESSEN	Keine eigene Beratungsgesellschaft. Beratung über die Einschaltung fremder Beratungseinrichtungen wird vom Land bezuschußt. (»Förderwerk e.V.«)	Kein Bankenobligo. Persönliche Haftung der Kollektivmitglieder und dingliche Sicherheiten.	Kein spezielles Programm. Landesbürgschaften von Fall zu Fall.
SAARLAND	Keine eigene Beratungsgesellschaft. Beratung über die Einschaltung von: — Saarkonsult — Zukunftswerkstatt	Rückbürgschaftsfonds	Kein spezielles Programm. Landesbürgschaften von Fall zu Fall.

Edgar Einemann

Anmerkungen zur begrenzten Reichweite lokaler Alternativen

Die Diskussion über alternative regionalpolitische Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde an einzelnen Orten zwar schon vor längerer Zeit begonnen, über umfassende praktische Versuche ihrer Umsetzung läßt sich allerdings nur vereinzelt berichten. Dafür kann man Gründe angeben, die von erheblich größerer Tiefe sind als z.B. vorschnelle Schuldzuweisungen an Politiker zum Ausdruck bringen — es ist an der Zeit, neben der Betonung der Notwendigkeit und Möglichkeit alternativer dezentraler Ansätze auch über strukturelle Durchsetzungshindernisse nachzudenken und die politischen Voraussetzungen alternativer Strategien zu thematisieren.

1. Eine Schwäche dezentraler Ansätze liegt in der geringen Zahl der Experimente und in ihrer Vereinzelung. Strategische Gesamtkonzepte wurden nur an solchen Brennpunkten entwickelt, an denen die einsetzende »Abwärtsspirale« die Handlungsmöglichkeiten schon eingeschränkt hatte: in Dortmund und Bremen fehlte z.B. schon weitgehend die ökonomische Kraft für neue Aktivitäten, während in Baden-Württemberg zwar ausreichend Geld, aber kein akuter Handlungsbedarf vorhanden zu sein schien.

Während die vorherrschende wirtschaftspolitische Orientierung (auch von Sozialdemokraten) in der Regel auf die Bewältigung der Krisentendenzen mit traditionellen Mitteln (Hoffnung auf Wachstum und Unternehmensansiedlungen) setzte, wurden Alternativen im wesentlichen von den Hauptbetroffenen, den Gewerkschaften, entwickelt. Die lokalen Gewerkschaftsstrukturen und ihr Zugriff auf know how sind allerdings ebenso unterschiedlich wie die politischen Einflußmöglichkeiten vor Ort — zentrale Rahmenbedingungen dafür, daß nur an einzelnen Orten an der Realisierung von beschäftigungspolitischen Alternativen gearbeitet wird.

2. Auch da, wo ein hoher Problemdruck, soziale Bewegungen, linke politische Mehrheiten und alternative Ideen zusammentreffen, wird nicht unbedingt eine neue Praxis entwickelt. Teilweise ist die lokale Steuerungsmöglichkeit einfach zu gering: Öffentliche Unternehmen sind kaum vorhanden, die Haushaltslage ist durch ein geringes Volumen und hohe Defizite gekennzeichnet, die lokale Entwicklung ist stark von einzelnen Unternehmen abhängig etc. Wo kaum Mittel für die »Wirtschaftsförderung« bereitste-

hen, können diese auch nicht beschäftigungspolitisch genutzt werden; wo kaum öffentliche Arbeiten vergeben werden, gibt es nur wenige Steuerungsmöglichkeiten.

3. Ein alternativer politischer Wille in der Kommune ist nicht in der Lage, die international und national geprägten gesellschaftlichen Realitäten außer Kraft zu setzen; die ökonomische Gesamtentwicklung schlägt auf die regionale Wirtschaft, die Branchen und Betriebe vor Ort durch und bewegt sich z.T. in Dimensionen, die durch lokale Politik nicht bewältigt werden können (z.B. im Falle von Stilllegungen größerer Betriebe oder Betriebsteile). Den Kommunen fehlen sowohl die finanziellen als auch die inhaltlichen Voraussetzungen dafür, relativ kurzfristig tausende von Arbeitnehmern sinnvoll zu beschäftigen und sie dafür zu bezahlen oder gar durch konjunkturpolitische Maßnahmen eine regionale Wende herbeizuführen. Damit ist zugleich klar, daß die anhaltende Abhängigkeit der regionalen Entwicklung von unternehmerischen Entscheidungen, die häufig in fernen Konzernzentralen getroffen werden, ein wesentlicher Hemmschuh für eine alternative Politik ist. Die Spitzen multinationaler Konzerne sind in der Lage, durch Federstriche ganze Regionen auszutrocknen — diese Realität führt häufig zu einer begründeten Vorsicht bei der Propagierung antikapitalistischer Ansätze.

4. Die Abhängigkeit von überregionalen Trends und unternehmerischen Entscheidungen gilt auch für den Einsatz neuer Technologien und die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben. In einem System der nationalen und internationalen Konkurrenz mit der theoretischen Möglichkeit und vorfindlichen Realität der »Strafe des Untergangs« für einzelne Betriebe, Branchen und ganzen Nationen (wenn man z.B. an das Schicksal der englischen Industrie denkt) gibt es kaum Chancen für kommunale Abkopplungen im »florierenden« Bereich der Ökonomie, der auch im Falle von Arbeitslosenquoten von über 15 Prozent noch immer das gesellschaftliche Leben prägt.

Dies gilt umsomehr, wenn die Region von Großbetrieben mit hohen Exportanteilen geprägt ist; eine Befragung der IG Metall in der Küstenregion kam z.B. zu dem bei der Strategiebestimmung für ein Küstenstrukturprogramm nicht näher gewürdigten Ergebnis, daß ein Drittel der Betriebe einen Exportanteil von über 50 Prozent hatte und dieser durchschnittlich bei 45 Prozent lag (GEWOS 1984, S. 8/9).

5. Forderungen nach einer sozial und ökologisch sinnvollen Produktion setzen häufig nationale Umstellungen voraus und sind auf der dezentralen Ebene — wenn überhaupt — nur zu unbezahlbaren Preisen durchsetzbar. Das gilt in besonderem Maße für die Rüstungsproduktion, bei der der Bund Hauptauftraggeber ist und viele Kommunen in Form von Arbeitsplätzen »profitieren«; von den betroffenen Betrieben und Arbeitnehmern kann ein

Ausstieg aus der Herstellung von Kriegsgeräten nur erwartet werden, wenn sich alternative Beschäftigungsmöglichkeiten bieten — und die setzen öffentliche Aufträge in einem Rahmen voraus, der kommunale Möglichkeiten ohne Heranziehung des Rüstungsetats übersteigt. Sinnvolle und prinzipiell realisierbare dezentrale Alternativen z.B. im Energie- und Verkehrsbe-
reich kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß der Bund mit riesigen Summen die Kernenergie und den privaten KFZ-Verkehr subventioniert — die nationalen politischen Verhältnisse sind ein einschneidendes Hemmnis für eine offensive Kommunalpolitik zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

6. Das differenzierte System der Steuer- und Aufgabenverteilung zwischen den unterschiedlichen staatlichen Ebenen konstituiert einen Zustand der Abhängigkeit der unteren Einheiten. Nur zu häufig wurden in einer Region erwirtschaftete Mittel zu einem großen Teil zentral »abkassiert«, um dann teilweise in der einen oder anderen Form zurückzufließen. Dieser Rückfluß-Prozeß über die Vergabe von Ausgleichszahlungen, Projektmitteln oder Kostenbeteiligungen ermöglicht die externe Kontrolle dezentraler Politik mit der Chance der ökonomischen Bestrafung: die Vergabe zentraler Mittel wird mit politischen Auflagen verbunden oder weitgehend zurückgenommen, um unliebsame Entwicklungen zu verhindern.

7. Auf der kommunalen Ebene realisierbare Beschäftigungsalternativen werden häufig durch die Funktionsmechanismen von Unternehmen und Verwaltungen sowie die Arbeits- und Denkweise von Managern und Bürokraten blockiert. Betriebliche Auffangstationen wie Arbeitskräftepools nach schwedischem Muster werden selten konzipiert, von der Bereitstellung hoher Fördermittel abhängig gemacht und dann aus betriebspolitischen Gründen nicht realisiert: Gesicherte Renditen sind dem Management allemal wichtiger als die Schaffung von Arbeitsplätzen; die Verbindung von Ingenieur- und Betriebswirts-Denken produziert Effizienzkriterien, die gegenüber menschlichen und gesellschaftlichen Werten weitgehend immun sind.

Für die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung gilt, daß sie sich im Tagesgeschäft behaupten müssen, stellvertretend für andere mit begrenzten Handlungsspielräumen unter kurzfristigem Erfolgsdruck entscheiden und in der Tat mit der Lenkung der Ökonomie überfordert wären. Die notwendige Konsequenz aus der oft vorgetragenen These, die Regierungsräte könnten nun einmal nicht die Unternehmen managen, wäre der Aufbau entsprechenden Steuerungs-know-hows in einer speziellen Abteilung (z.B. als eigenständige Gesellschaft der öffentlichen Hand) mit den erforderlichen Kompetenzen — eine bisher allerdings nur selten realisierte Alternative.

8. Lokale Politik kann gegen den »Bundestrend« kaum mehr als eine Linderung der Probleme erreichen, modellhafte Aktivitäten realisieren und die

Voraussetzungen für eine politische Wende vorbereiten: durch die Entwicklung alternativer Konzepte »auf Vorrat« und die Aufklärung und Mobilisierung der Wähler. Erforderlich ist ein strategischer Gesamtansatz, der alle Handlungschancen der öffentlichen Hand ausschöpft und sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Sanierung der Umwelt gebündelt einsetzt. Nur so ist die Koordination unterschiedlicher Maßnahmen möglich und — bei begrenzten Mitteln — eine optimale Ausnutzung aller Möglichkeiten realisierbar. Für einen solchen Gesamtansatz stehen die Konzepte und ersten Praxisschritte der inzwischen von der konservativen Zentralregierung zerschlagenen Londoner Stadtverwaltung, über die Mike Cooley in diesem Band berichtet. In London wurde nicht nur versucht, über eine Vielzahl von Eingriffen der öffentlichen Hand zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen und neue Strukturen der Kommunikation z.B. zwischen Hochschulen und Genossenschaften, Bauarbeitern und Mietern oder Produzenten und Nutzer von Energie zu schaffen. Die regierende sozialistische Partei und der Bürgermeister haben auch versucht, einen Wandel der politischen Kultur zu fördern und ihre kreative und konfliktorientierte Politik öffentlichkeitswirksam darzustellen: ist es in der Bundesrepublik vorstellbar, daß vom Rathausdach einer Großstadt in riesengroßen Lettern die neueste Arbeitslosenzahl als »Mahnmal« verkündet oder beim Besuch eines südafrikanischen Repräsentanten ein öffentlich finanziertes Anti-Apartheid-Festival gefeiert wird? Über ein strategisches Gesamtkonzept und politische Konfliktbereitschaft hinaus hat die Aufklärung und Mobilisierung der Bürger eine zentrale Bedeutung. Der systematische Einsatz der Erwachsenenbildung zur beruflichen und politischen Qualifizierung und die Förderung von Bürger- und Beschäftigungsinitiativen sowie von Genossenschaften (und deren Beratung und Vernetzung) ist eine weitere zentrale Rahmenbedingung zur Konkretisierung und Absicherung einer Politik der lokalen Alternativen (vgl. den Beitrag von Mike Cooley in diesem Band sowie u.a. Einemann/Lübbing 1984, 1985).

9. Ein wirklicher Durchbruch für lokale Alternativen ist erst für den Zeitpunkt einer grundlegenden Wende der Bundespolitik in Aussicht. Nationale Beschäftigungsinitiativen z.B. in Form eines Programms »Arbeit und Umwelt«, Schritte zur Rüstungskonversion und einer Umwidmung des Verteidigungsetats, eine Energiewende mit der Konsequenz der Förderung dezentraler Technologien und veränderte Prioritäten in der Verkehrspolitik wären Anknüpfungspunkte für finanzierbare Aktivitäten vor Ort, die zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeits- und Umweltsituation führen. Auch die dazu dringend notwendige Stärkung der Gemeindefinanzen sowie einschneidende Arbeitszeitverkürzungen wären ein Schritt mit höchster Priorität nach einem — hoffentlich baldigen — Wechsel der Regierungsmehrheiten in Bonn.

Literatur

- Edgar Einemann, Edo Lübbing: Politische Alternativen in London. Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Universität Bremen 1984
- Edgar Einemann, Edo Lübbing: Anders produzieren. Alternative Strategien in Betrieb und Region, Marburg 1985
- GEWOS (Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung): Bestandsaufnahmen zum Beschäftigungsprogramm Küste, Hamburg 1984

Die Autoren

- Jörg Bourgett*, Sozialarbeiter, seit 1945 hauptamtlicher Stadtrat der Stadt Wiesbaden für den Dezernatsbereich Personal, Liegenschaften, Organisation, Wirtschaft und Beschäftigung; vorher 12 Jahre Leiter des Wiesbadener Jugendamtes
- Heiner Brülle*, Soziologe, Abteilungsleiter für Grundsatz und Planung des Amtes für Jugend, Soziales und Wohnen der Stadt Wiesbaden
- Udo Bullmann*, Politologe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft in Gießen
- Mike Cooley*, Dr. Ing., ehemaliger Belegschaftsvertreter bei Lucas Aerospace, Technologie-Direktor im Londoner Amt für Beschäftigung und alternative Produktion, 1985/86 Gastprofessor an der Universität Bremen
- Günther Dey*, Akademischer Rat am Institut für Betriebswirtschaftslehre der Universität Oldenburg, Vorstandsmitglied im NETZWERK Bremen/Nord-Niedersachsen
- Edgar Einemann*, Dr. rer. pol., seit 1975 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen
- Dieter Eißel*, Dr. phil., Privatdozent am Gießener Institut für Politikwissenschaft, Mitglied der Memorandum-Gruppe, Mitglied des Arbeitskreises Hochschule/Gewerkschaft beim Landesvorstand des DGB Hessen
- Gerhard Grandke*, Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes in Offenbach, Dozent und Betriebsrat beim Berufsfortbildungswerk des DGB, Mitarbeiter am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt
- Hans-Ulrich Klose*, ehemaliger Hamburger Bürgermeister, Mitglied im Parteivorstand der SPD und Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Matthias Kollatz*, Dipl. Physiker und Dipl. Ökonom, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten
- Gerd Lobodda*, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Nürnberg
- Wilhelm Meemken*, Dipl. Soz., Geschäftsführer des Vereins »Arbeit und Wissenschaft« und Leiter des Projektes »Entwicklungs-Centrum Osnabrück (ECOS)«

Michael Müller, Dipl.-Betriebswirt, Bundestagsabgeordneter der SPD

Hans Nauber, Dipl.-Politologe, Wissenschaftlicher Angestellter in der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales in Hamburg, bis 1981 Fraktionsgeschäftsführer der SPD-Bezirksversammlungsfraktion Hamburg-Harburg

Heinz Pfäfflin, Projekt »Arbeitnehmerorientierte Regional- und Strukturpolitik in der Industrieregion Mittelfranken« bei der IG Metall Nürnberg

Bernhard Pollmeyer, Referatsleiter in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB Bundesvorstand, von März 1985 - Mai 1986 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Entwicklungszentrums Dortmund e.V.

Jürgen Sosna, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Arbeit und Leistung in lokalen Beschäftigungsinitiativen« (ALLBI) an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Bremen, Vorstandsmitglied im NETZWERK Bremen/Nord-Niedersachsen

György Széll, Dr., Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück

Johann Welsch, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI)

Peter Wilke, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg

Joachim Wuttke, Dr. rer. nat., Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Umweltbundesamt